blätter des iz3w

nr. 11/12 nov dez 71 herausgegeben v. informationszentrum dritte welt 78 Freiburg Lorettostr. 20a

Zur Sache

Aufruf zum Verrat 1

Dt. Entw. hilfe

Netto-Leistungen 197o 3

Privatinvestitionen

US-Gewinne aus Latein-Amerika 5

Welthandel

Tabelle zur Rohstoffabhängigkeit 6

Südl. Afrika

Kulturabkommen SAU - BRD 8

SAU - Interessen im Südlichen Afrika 11

Interview mit S. Machel 16

Hintergrundsinformationen 18

Kirchengeld in Mozambique (ÖRK) 2o

Dachau in Mozambique - ein Umerziehungslager 21

Weiße Väter berichten über Massakrer 22

Beilage: Südafrikas Dialogpolitik

Frankreich in Afrika

Fr. Interessen in den ehem. Kolonien 24

Strukturdaten

Nigeria 28

Strategie-Aktionen

Seminarkonzeption zum Südlichen Afrika 31

Aktionsvorschlag Blutspende 33

Konzeption Portugal-Tribunal 35

Papier einer JUSO-Gruppe 38

Rezensionen

Lee: Der Einfluß des Marxismus auf die Befreiungsbewegungen in Südafrika 41

Albrecht: Der Handel mit Waffen 43

Kein Lehrstuhl für die Dritte Welt 46

Lateinamerika

Episkopat gegen Kapitalismus; Erklärung der Bischöfe Perus 47

2. Jahrgang

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, S. Bartels, G. Cremer, H.-K. Flemming, F. Hemmerich, E. Knörich, H. Pöttker, P. Riedesser, G. Stingl, L. Teubner. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg, Nr. 1 o22 623 3; Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239; SCHWEIZ: G. Stingl, Aktion Dritte Welt Freiburg i. Br. ,Postscheckkonto Basel 4o - 35899 .

Zur Sache

1. Zunächst die obligate Bitte an säumige "blätter" - Abonenten, sich möglichst noch vor Jahresende der von uns dringend benötigten 15,- DM (vielleicht auch ein wenig mehr, falls hochwichtige Konsum- und Geschenkinvestitionen zur Anheizung des diesjährigen Weihnachtsboom das Weihnachtsgeld oder die Weihnachtsprämie nicht schon vollends aufgezehrt haben) zu entledigen. Wie gewöhnlich, haben wir wieder jedem Abonenten eine Zahlkarte beigelegt. Wir bitten zahlungsfreudige "blätter" - Leser,dies nicht mißzuverstehen. Für jede Nummer aus der Kartei zu ermitteln, wer im einzelnen gezahlt hat und wer nicht, wäre ein Arbeitsaufwand, der auf diese Weise einfach zu umgehen ist. Sogenannte "zahluhgsunwillige" Abnehmer der "blätter" bitten wir andererseits, nicht auf eine individuelle Zahlungsbitte zu warten. Auch ginge das weit über den Rahmen dessen hinaus, was von uns büro-technisch als unumgänglich anerkannt wird. Mit dem Ausbleiben von individuellen Zahlungsanforderungen wird von unserer Seite natürlich auch auf sog. "offizielle" Schritte verzichtet, was bedeutet, daß ganz klevere Leute mindestens mindestens ein Jahr lang die "blätter" beziehen können, ohne dafür zahlen zu müssen. Wer also den Ehrgeiz hat, eine Zeitungsredaktion, in der jedermann ohne Gehalt und Lohn arbeitet, finanziell reinzulegen, weiß jetzt, wie er es anzufangen hat: bestellen und einfach nicht zahlen. Es gibt bestimmt keine Komplikationen!

2. Unser Geschenktip ist ihnen sicher schon, auf der beiliegenden Karte warm angepriesen, zu Augen gekommen. Wir wünschen, sie verstehen uns in diesem Punkt richtig, d.h. nehmen uns damit nicht so ganz ernst, sehen sie darin aber nicht unbedingt einen Scherz. Die "blätter" sind bislang gut eingeschlagen. Wir müssen aber, um "am Markt" bestehen zu können, die Abonentenzahl allmählich auf 3 - 4ooo erhöhen. Eine Soldidaritätsbezeugung mit unserer Arbeit könnte deshalb beispielsweise darin bestehen, in ihrem sozialen Kontaktkreis Abonenten zu werben.

Telegramm von CABRAL

Übersetzung

Conakry 9.11.1971

komitee Südliches afrika'-
heidelberg

Verzweifelt über große Siege unserer Partei in diesem Jahr starteten verbrecherische Kolonialisten seit Monat August Welle von Luftangriffen auf friedliche Bevölkerung in unseren befreiten Gebieten, zerstörten bis Oktober 38 Dörfer, wobei 7 Frauen, 8 Kinder tot, 28 verletzt. Stop.
Konnten unser Volk nicht ängstigen und nicht demoralisieren in seinem Willen, gerechten Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit fortzusetzen. Erlauben uns Sie zu informieren, daß die portugiesischen Kolonialisten sich fieberhaft darauf vorbereiten, chemische Giftstoffe abzuwerfen,um vor der nächsten Ernte unsere Kulturen zu zerstören mit dem deutlichen Ziel, unseren Kampf durch Hunger zu beenden. Stop. Angesichts düsterer Perspektiven aus diesen Vorbereitungen bitten wir Sie, alle Ihnen erreichbaren Maßnahmen zu ergreifen, um im voraus dieses gräßliche Verbrechen gegen die Menschen in Afrika zu denunzieren und zu verdammen. Stop. Vorzügliche Hochachtung

Amilcar Cabral

wichtig

Die Redaktion der "blätter" und jene Leute, die zwar nicht am iz3w mitarbeiten,mit uns aber sympathisieren, sehen einen wichtigen Stellenwert der "blätter" in der Recherchierung und Weitergabe von Informationen, die bislang in der entwicklungspolitischen Diskussion in der BRD gefehlt haben oder nur wenigen "aufgeklärten" Leuten verfügbar waren. Der Stab von Leuten, der für diese Aufgabe zur Verfügung steht, ist klein. Insofern sind wir ganz wesentlich auf externe Mitarbeit angewiesen. Wir denken dabei besonders an Personen, die in entwicklungspolitischen Organisationen arbeiten und denen ständig hochwichtige Informationen über den Schreibtisch gehen. Natürlich beinhaltet ein solcher Appell auch die Aufforderung zur Indiskretion oder, wenn man so will, "Geheimnisverrat". In der Tat hat sich das iz3w darin bereits geübt (vergl. z.B. Ring - Affäire Nr.6/7) und schreckt auch nicht davor zurück, "blätter"-Leser in einen "Abgrund von Landesverrat" schauen zu lassen. Da wir jedoch als politisch "kleiner Fisch" für Informationsdienst nicht zahlen können, sollte klar sein, daß jene; die uns nicht offiziell sanktionierte Informationen zuspielen, sol-

ches aus einem Verbundenheitsgefühl heraus tun - nur, nicht gegenüber ihrem Brotgeber, sondern gegenüber unserer politisch aufklärerischen Arbeit. Wir betreiben deshalb die Weitergabe von Informationen, die auf dem Wege der Indiskretion zu uns gelangt sind, mit äußerster Vorsicht. Das heißt, wir prüfen sehr genau, welchem Risiko setzen wir den Informanten aus. Wir überlegen genau, wie groß ist der Kreis der Mitwisser; kommt der Informant bei offiziellen Nachprüfungen als einzige oder sehr verdächtige "undichte" Stelle in Verdacht? Am sichersten ist es allerdings, wenn der Informant selbst genaue Regieanweisung über die Art der Veröffentlichung der Information beifügt. Der Kreis der Mitwisser im iz3w-Team bleibt übrigens stets auf 3 - 4 Leute beschränkt. Um diesen Punkt abzuschließen: Wir wissen, was die "blätter" oder das iz3w einem Informanten wert sind und wissen , was ein Informant dem iz3w wert ist.

Um nicht falsch verstanden zu werden: es kommt uns nicht prinzipiell auf Landes- der Hochverrat an oder auf den Stempelabdruck "geheim". Wichtige Informationen sind vielfach nur einfach aufzulesen oder irgendwie gefahrlos auszugraben oder aus einem esoterischen Kreis von Personen auf völlig legale Weise in eine breite Öffentlichkeit kerauszubefördern. Was fällt unter "wichtige Informationen"?
Aufgezählt seien hier unter anderem: Länderstrukturdaten, die ihr Schwergewicht in der Nennung polit-ökonomischer Daten haben, Daten zu Privatinvestitionen(z.B. welche Firma plant wo, welches Projekt?) , Daten über Kapitalhilfeverträge (was hat Scheel in der Elfenbeinküste oder in Kamerun an vertraglichen Abkommen eingeleitet oder abgeschlossen?), neuere Daten zur Entwicklung der Welthandelssituation (z.B. welchen neuerlichen Trend zeigen die Rohstoffpreise?),Daten zu Entwicklungshilfeprojekten, Daten zur Personalpolitik in Institutionen, die mit Entwicklungsländerpolitik zu tun haben. Wichtige Informationen können im weiteren Literaturhinweise sein, vor allen Dingen solche, die im Ausland erscheinende Publikationen nennen. Wichtig können Tagungs- Konferenz- Seminarpapiere sein, soweit sie neue Informationen enthalten oder bereits bekannte Sachverhalte analytisch aufarbeiten oder soweit sie, wie das Papier der peruanischen Bischofskonferenz einen politischen Stellenwert haben. Wichtig als Information können auch Hinweise auf Personen sein, die über einer Dissertation oder Diplomarbeit zu wichtigen Informationsträgern in Spezialgebieten werden und an die man beispielsweise Anfragen, die bei uns zu sehr speziellen Themen eintreffen, weiterleiten kann. u.s.w.

4. Die vierte Folge der Kenia-Serie war leider bis zum Redaktionsschluß dieser Nummer nicht fertigzustellen. Interessenten dieser Serie müssen vom Autor auf das Januarheft vertröstet werden.

Auf der folgenden Seite veröffentlichen wir eine Hausmitteilung des BMZ, die die "Gesamt-Nettoleistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen" (darin werden erfasst: Privatinvestitionen, private Kredite und Exportkredite, öffentliche Kredite und Technische Hilfe) von 197o und den Jahren zuvor. Die Zahlen für 197o sind bisjetzt noch nicht veröffentlicht worden, weder in den Pressemitteilungen des Ministeriums, noch in der vom BMZ finanzierten Zeitung "Entwicklung und Zusammenarbeit", auch nicht im Handbuch für Entwicklungshilfe; nicht einmal eine Pressekonferenz wurde zu diesem Thema gegeben. Diese Maßnahmen wurden bei den Zahlen für 1969 schon im April 71 getroffen.

In den Jahren zuvor hat man durch Subsumierung des privatwirtschaftlichen Kapitaltransfer mit Entwicklungsländern unter die Gesamt-Nettoleistungen oder in der Presse manchmal noch gröber unter "öffentliche und private Entwicklungshilfe" bei steigendem privatwirtschaftlichem Engangement der Öffentlichkeit steigende deutsche Hilfsbereitschaft aufgezeigt. Besonders bemerkenswert war die Veröffentlichung der "Netto-Gesamtleistungen" für 1969: Die dt. Hilfe sei um 3o% gestiegen, übersteige die Forderung, 1% des Brutto-Sozialprodukts für Entwicklungshilfe aufzuwenden, um 0,48%, die BRD sei damit zweitstärkstes Geberland. Die Presse reagierte promt und verleih der BRD die Silbermedallie für internationale Hilfsbereitschaft ("Deutschland bekommt Silbermedallie").
Die Öffentlichkeit sollte mit der Gesamtsumme Hilfe indentifizieren, mit der Steigerung des Transfer Steigerung der Hilfe.

197o ging der privatwirtschaftliche Transfer, der 1969 die starke Steigerung bewirkt hatte, erheblich zurück (Die Exportkredite sanken von 958 Mio DM auf 685 Mio DM 197o, der Posten "Kredite und Direktinvestitionen von 3,5 Mrd DM 1969 auf 1,5 Mrd DM 197o, die privaten multilateralen Kredite gingen von 1,4 Mrd DM auf 23o Mio DM zurück), während der öffentliche Anteil sich nur geringfügig veränderte.
Die Gesamtsumme sank somit von 7,9 Mrd DM auf 5,4 Mrd DM. Für den, dem die Argumentationsweise, durch Subsumierung steigenden privaten Transfers, also bei steigender Gesamtsumme, steigende Hilfe nachzuweisen, einleuchtend schien, muß jetzt das Sinken der Gesamtsumme den Rückgang Deutscher Hilfsbereitschaft beweisen.

Man wird die Zahlen der Netto-Gesamtleistungen für 1970 sicher nocht veröffentlichen. Aber aus dem eben genannten Dilema für die ministerielle Öffentlichkeitspolitik wird verständlich, daß die Zahlen der Deutschen Öffentlichkeit nicht gerade aufgedrängt werden. Mit dieser Öffentlichkeitspolitik ist man ins eigene Messer gelaufen.

(Es ist wohl unnötig zu sagen, daß mit den Zahlen der Netto-Gesamtleistungen nichts gesagt ist über Hilfe oder Nicht-Hilfe: in ihnen wird ein Kredit an Indonesien erfasst, eine gewinnbringende Investition in Sao Paulo oder ein Exportkredit zur Zeit einer Absatzflaute zu 7% Zinsen.)

Es ist aber falsch, vom Rückgang des privatwirtschaftlichen Kapitaltransfers auf den Rückgang des Interesses der Privatwirtschaft an den Ländern der Dritten Welt zu schließen. Aus offiziösen Quellen weiß man, daß die Privatinvestitionen weiter gestiegen sind und 197o die 1 Mrd.DM - Grenze überschritten haben. Der Rückgang von Krediten (bes. von Exportkrediten) ist wohl auf die Hochkonjunkturlage 197o zurückzuführen; Die Kreditbedingungen, die sich 197o verschlechterten, machten den deutschen Kapitalmarkt für multilaterale Stellen uninteressant.
Es ist somit möglich, daß die Öffentlichkeit in den nächsten Jahren wieder durch die Meldungen vom "starken Anstieg der deutschen Hilfe" erfreut wird.

Gesamtleistungen 1970

Bonn, den 28. April 1971

G E S A M T Ü B E R S I C H T

der Netto-Leistungen der Bundesrepublik Deutschland an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen 195o - 197o in Mio DM

Sektor der Leistungen	195o bis 1960	1961 bis 1968	1969	197o	195o bis 197o
A. Bilaterale Netto-Leistungen	11.860,1	24.o68,3	6.299,9	4.533,2	46.761,5
I. Öffentliche Leistungen	4.518,7	13.465,9	1.833,0	1.997,2	21.814,8
1. Kredite (einschl. Umschuldungen)[1]	2.183,8	8.962,7	1.o19,6	1.094,6	13.26o,7
a) Entwicklungshilfe - Kredite	(6o7,1)	(7.721,9)	(956,8)	(803,3)	(1o.089,1)
b) Sonstige öffentliche Kredite	(1.576,7)	(1.24o,8)	(62,8)	(291,3)	(3.171,6)
2. Zuwendungen (Entwicklungshilfe)					
Technische Hilfe, Wiedergutmachungen und sonstige Zuschüsse	2.334,9	4.5o3,2	813,4	902,6	8.554,1
darunter: Technische Hilfe im weitesten Sinne	188,6	2.841,5	583,2	695,6	4.308,9
II. Private Leistungen	7.341,4	1o.6o2,4	4.466,9	2.536,0	24.946,7
1. Private Entwicklungshilfe[2]	.	.	.	284,6	284,6
2. Kredite und Direktinvestitionen	2.318,4	6.222,9	3.5o8,6	1.566,0	13.615,9
3. Exportkredite (Nettozuwachs)	5.023,0	4.379,5	958,3	685,4	11.046,2
B. Multilaterale Netto-Leistungen	2.837,7	4.393,8	1.651,1	919,9	9.802,5
1. Zuwendungen (öffentl.Entw.hilfe)[3]	785,1	1.998,5	5oo,8	496,9	3.781,3
2. Kredite	2.052,6	2.395,3	1.15o,3	423,0	6.021,2
davon: öffentlich	1.776,2	699,9	-265,6	192,1	2.402,6
privat	276,4	1.695,4	1.415,9	230,9	3.618,6
Gesamte Netto-Leistungen[4]	14.697,8	28.462,1	7.951,0	5.453,1	56,564,0
davon: öffentlich	7.080,0	16.164,3	2.068,2	2.686,2	27,998,7
darunter: öffentliche Entwicklungshilfe[5] (ODA)	3.727,1	14.223,6	2.271,0	2.202,8	22.424,5
privat	7.617,8	12.297,8	5.882,8	2.766,9	28.565,3
darunter:	.	.	.	284,6	284,6
Anteil in % öffentlich	48	57	26	49	49
privat	52	43	74	51	51

1) alle Kredite mit Laufzeit über mehr als 1 Jahr; 2) Leistungen privater Organisationen (Kirchen, Gewerkschaften, Verbände, Stiftungen usw. aus Eigenmitteln; 1969 erstmals erfaßt mit 196,2 Mio DM, ab 197o anrechenbar auf die Leistungen. 3) Zuschüsse und Kapitalzeichnungen für multilaterale Stellen (EWG, UN, Weltbank, IDA, usw.); 4) Ohne Erstattungsteil für Getreidelieferungen. 5) Bi- und multilaterale Kredite zu weichen Bedingungen (Punkte AI 1a + AI 2 + B1)

Gewinne der US-Konzerne

Kapitalbewegung Lateinamerika - USA aufgrund der US-Direktinvestitionen
(in Millionen Dollar)

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967
1) Gewinne der Direktinvestitionen	985	1029	974	1111	1175	1267	1194
2) davon wurden reinvestiert	255	268	173	216	306	302	172
3) Überweisungen an die USA ((1) minus (2))	730	761	801	895	869	965	1022
4) Neuinvestitionen in Lateinamerika (Zugänge aus den USA)	173	-32	69	143	176	190	191
5) Nettoüberweisungen an die USA ((3) minus (4))	557	793	732	752	693	775	831

Aus dieser Aufstellung, die von der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika - CEPAL - (s. Quellenangabe) erarbeitet wurde, ergibt sich, daß zwischen 1961 und 1967 für 5 Dollar, die an die USA überwiesen wurden, nur 1 Dollar in umgekehrter Richtung übertragen wurde. Die lateinamerikanischen Länder haben in diesem Zeitraum über 5 Milliarden Dollar für Gewinn- und Dividendenzahlungen sowie den Kapitalrücktransfer allein der US-Konzerne aufwenden müssen, wobei diese Summe schon um die Reinvestition von Gewinnen und den Neuzufluß von Anlagekapital reduziert ist.

Die obige Tabelle entstammt der folgenden Veröffentlichung:

Comisión Económica para América Latina, Examen del cumplimiento de los compromisos financieros contraídos por los Estados Unidos de América en la Alianza para el Progreso (CECLA VI E/3 Mai 1969), veröffentlicht in Cuadernos de Marcha, Nr. 34, Montevideo, Februar 1970, zit. nach: K.H. Stanzick, Privates Auslandskapital und lateinamerikanische Wirtschaftspolitik, S. 199, in: K. Lindenberg (Hrsg.), Politik in Lateinamerika, Hannover 1971

Rohstoffabhängigkeit

Hauptexportprodukte einzelner Entwicklungsländer und Anteil am Gesamtexport 1969

(Anteile in vH des Gesamtwertes)

Land	Hauptexportprodukte/vH	Gesamtanteil am Export
Äthiopien	Kaffee 58,2	58,2
Afghanistan (1)	Obst 32,4, Karakulfelle 16,9 Baumwolle 20,6	69,9
Argentinien	Fleisch 26,8, Getreide 12,0, Weizen 8,6	47,4
Bolivien	Zinn 49,0	49,0
Brasilien (2)	Kaffee 41,2, Baumwolle 7,0	48,2
Burundi	Kaffee 79,5, Baumwolle 9,8	89,3
Ceylon	Tee 54,9, Gummi 22,5	77,4
Chile	Kupfer 77,7	77,7
Dahomey	Palmprodukte 33,9	33,9
Dominikanische Republik	Zucker 51,2	51,2
Ecuador	Bananen 53,4, Kaffee 14,6, Kakao 13,3	81,3
El Salvador	Kaffee 44,2, Baumwolle 9,0	53,2
Elfenbeinküste	Kaffee 25,5, Kakao 22,3, Holz 29,7	77,5
Gabun	Erdöl 34,7, Holz 25,4, Mangan 20,8	80,9
Ghana	Kakao 51,5	51,5
Guatemala (2)	Kaffee 33,5, Baumwolle 18,4, Bananen 4,3	56,2
Haiti	Kaffee 38,2, Bauxit 16,5, Sisal 6,4	61,1
Honduras	Bananen 47,7, Kaffee 11,6	59,3
Indien	Juteerzeugnisse 14,8, Tee 8,6	23,4
Indonesien	Roherdöl u. Erdölprodukte 44,9, Gummi 21,7	66,6
Iran	Erdöl 86,1	86,1
Irak	Erdöl 93,1	93,1
Kamerun	Kakao 28,2, Kaffee 20,2, Aluminium 10,2	58,6
Kenia	Kaffee 29,3, Tee 19,6	48,9
Kolumbien	Kaffee 53,9, Erdöl 5,7	59,6
Kongo, Dem. Republik	Kupfer 58,9	58,9
Kongo, VR	Holz 63,3	63,3
Libyen	Erdöl 99,6	99,6
Malawi	Tabak 28,8, Tee 21,7, Erdnüsse 12,8	63,3
Malaysia	Gummi 40,2, Zinn 18,6, Nutzholz 15,4	74,2
Mali	Fisch 14,4, Erdnüsse 9,1, Baumwolle 10,4	33,9
Mauretanien	Eisenerz 87,0	87,0
Mexiko	Baumwolle 13,7, Zucker 7,3, Kaffee 5,2, Zinn 3,5	29,7
Marokko	Phosphat 22,4, Zitrusfrüchte 15,8, Tomaten 5,9	44,1
Nicaragua	Baumwolle 29,4, Kaffee 13,2, Fleisch 13,5	56,1
Niger	Erdnüsse 59,5	59,5
Nigeria	Palmnüsse u. Palmöl 17,6, Erdöl 42,2, Kakao 14,4	74,2

Land	Hauptexportprodukte/vH	Gesamtanteil am Export
Pakistan	Baumwolle 8,1, Jute 21,5, Jutewaren 22,2	51,8
Panamá	Bananen 59,8, Erdöl 19,9	79,7
Paraguay	Nutzholz 23,0, Fleisch 22,1, Tabak 11,0	56,1
Perú	Kupfer 30,0, Fischmehl 23,2, Baumwolle 7,5	60,7
Philippinen	Kokosnußprodukte 19,1, Zucker 17,4, Holz 26,4	62,9
Rwanda (2)	Kaffee 56,9, Zinn 23,1	70,0
Senegal	Erdnüsse u. Erdöl 53,6	53,6
Sierra Leone	Diamanten 69,3, Eisenerz 11,1	80,4
Somalia (2)	Bananen 25,8, Häute u. Felle 5,5	31,3
Südjemen	Erdöl 74,2	74,2
Sudan	Baumwolle 60,1	60,1
Syrien	Baumwolle 38,6, Gerste 4,8	43,4
Tansania	Sisal 9,6, Kaffee 15,3, Baumwolle 14,1	39,0
Tschad	Baumwolle 82,1	82,1
Thailand	Reis 19,9, Gummi 18,5, Zinn 11,0, Getreide 11,3	60,7
Tunesien	Erdöl, roh 24,4, Phosphat 20,0, Wein 11,5	55,9
Togo	Kakao 35,2, Kaffee 15,3, Phosphat 27,3	77,8
Uganda	Kaffee 55,8, Baumwolle 18,0, Kupfer 8,6	82,4
VAR	Baumwolle 40,3, Reis 17,0	57,3
Venezuela	Erdöl 91,6	91,6
Sambia	Kupfer 94,5	94,5
Zentralafrikanische Republik	Diamanten 44,8, Baumwolle 25,9, Kaffee 15,3	86,0
Zypern	Kupfer 16,1, Zitrusfrüchte 18,2	34,3
Uruguay	Wolle 33,6, Fleisch 31,0, Felle 11,9	76,5

Anmerkungen:
1) Angaben von 1966
2) Angaben von 1968
3) Angaben von 1967

Quelle: Berechnet nach IMF: International Financial Statistics, Vol. XXIV, No. 2, Washington, D.C., Febr. 1971, p. 40 ff.

SÜDLICHES AFRIKA

KULTURABKOMMEN SAU-BRD

Es beginnt sich in der Bundesrepublik die Erkenntnis zu verbreiten, daß in Südafrika nicht alles so ist, wie es sein sollte. Berichte tauchen auf, die zeigen, daß dort Menschenrechte in weniger verhüllter Form als anderswo mißachtet werden; daß Farbige dort in archaischer, direkter, unverschleierter und brutaler Weise ausgebeutet und unterdrückt werden. Unbehagen breitet sich aus, weil allmählich offenbar wird, daß zwischen Apartheid und Sklaverei kaum mehr als ein nomineller Unterschied besteht.

Dieses Unbehagen muß verstärkt werden, denn es bietet die Grundlage zu Veränderungen und zu weiterer Aufnahme von Informationen. 1963 wurde zwischen der BRD und der SAU (südafr. Union) ein Kulturabkommen geschlossen, das inzwischen halbjährlich gekündigt werden kann. Dieses Abkommen soll aufgrund des Drucks einer informierten Öffentlichkeit beendet werden. Es gibt Argumente, die es den offiziellen Stellen schwer machen, den Vertrag noch zu rechtfertigen, und Sie können dazu beitragen, diese Stellen in einen Legitimationsdruck zu bringen. Den Anfang hat Pfarrer Schmidt gemacht, der an Bundeskanzler Brandt, an die Fraktionsvorsitzenden und an Zeitungen schrieb, um die Kündigung des Abkommens zu verlangen. Es besteht eine reale politische Möglichkeit dafür, daß der Vertrag auslaufen kann, denn seit 1963 hat sich die Situation gewandelt, und er kann nicht mehr mit der damals möglichen Naivität verteidigt werden.

Schreiben Sie ebenfalls an den Bundeskanzler, an den Außenminister, an Parlamentarier und/oder an Zeitungen und verstärken Sie den Druck. Aus dem Spiegel-Artikel über Südafrika und dem nachstehenden Brief läßt sich eine Fülle von Einwänden schöpfen, um sie in solchen Briefen zu verwenden - unterstützen Sie den Widerstand gegen die Apartheidspropaganda Südafrikas in der Bundesrepublik und gegen die Versuche dieses Landes, aus seiner Isolierung herauszukommen am konkreten Fall des Kulturabkommens. 1971 wurde von den Vereinten Nationen zu einem Jahr der Bekämpfung des Rassismus erklärt, und die Bundesrepublik pflegt (und hätschelt) kulturelle Beziehungen zu einem Staat, der auf Rassismus aufgebaut ist!

Karl Schmidt 7124 Bönnigheim
Olgastr. 2
den 1. Sept. 71

Herrn Bundeskanzler W. Brandt
53 B O N N
==========

Betr.: Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika

Beil.: 1 Abschrift von zwei Erklärungen der Kirchenleitungen zweier Evang. Luth. Missionskirchen in Südwestafrika an ihre Gemeindeglieder und an Premierminister Vorster, vom 30.6.71

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Durch meinen 5-jährigen Missionsdienst (1966-1971) in Südafrika bin ich über die zunehmenden dortigen Rassenspannungen und ihre Auswirkungen zutiefst besorgt. Darum möchte ich mich mit diesem Brief an Sie wenden.

Ich gebe gerne zu, daß ich nur eine beschränkte Sicht vieler politischer Fragen besitze. Aber ich kann nicht verstehen, daß das obengenannte Kulturabkommen, das am 25.12.63 laut Bundesgesetzblatt Nr. 1/1964, S. 13-17 in Kraft getreten ist, in dieser Fassung bis heute noch nicht revidiert oder gekündigt wurde.

Als Gründe möchte ich nennen:

(1) Gründe allgemeiner Art:

Es ist kein Geheimnis, daß die südafrikanische Regierung an der Unterstützung westlicher Staaten, die als frühere Kolonialmächte gemeinsame Interessen haben, in Form von Investitionen, Immigranten und Touristen und auf andere Weise großes Interesse hat. Besonders große Hoffnungen setzt sie dabei auf die BRD, wo sie eine stattliche und aktive Botschaft in Köln besitzt. Diese verschickt regelmäßig auch an Pfarrämter ihre zahlreichen und hervorragend aufgemachten Informations- und Propaganda-Schriften wie z.B. das "Südafrikanische Panorama", wozu sie auf Grund jenes Kulturabkommens ohne Zweifel auch das Recht hat.

Dennoch oder deswegen scheint es mir dringend geboten, daß sich verantwortliche Persönlichkeiten in Regierung, Bundestag und darüber hinaus überlegen, ob der südafrikanischen Regierung mit ihrer Rassenpolitik solche Unterstützung gewährt werden kann und soll, und welche Folge ihre Politik und die Verwicklung der BRD darin haben wird, wenn der Rassenkonflikt im ganzen südlichen Afrika und in Südafrika als dem Rückgrat des weißen südlichen Afrika im Besonderen zunehmend gefährlichere Formen annehmen wird.

Mir scheint es dringend geboten zu sein, das genannte Kulturabkommen zu überdenken - und zu kündigen. Über angemessene Schritte anderer Art maße ich mir kein Urteil an.

(2) Artikel 8 des Kulturabkommens besagt:

"In diesem Abkommen bedeutet 'Land' auf deutscher Seite die Bundesrepublik Deutschland, auf seiten der Republik Südafrika die Republik Südafrika und das Gebiet Südwestafrika."

1966 erklärte aber die UN-Vollversammlung das Völkerbundsmandat Südafrikas über Südwestafrika für erloschen.

Am 21.6.1971 erklärte der Internationale Gerichtshof in Den Haag in seinem Rechtsgutachten über die Südwestafrika/Namibia-Frage:
"Die fortgesetzte Präsenz Südafrikas in Namibia ist illegal."
Dennoch wird in Artikel 8 des Kulturabkommens Südafrika und Südwestafrika als ein Land behandelt. Das scheint mir nun nicht länger tragbar und verantwortbar zu sein.

(3) Präambel des Kulturabkommens:

An dem ganzen Kulturabkommen scheint mir aber die Präambel das fragwürdigste Stück zu sein, da hier die ganze Zweideutigkeit und Lüge der Lage und des Abkommens verankert ist.

a) In der deutschen Fassung wird mit gutem Recht als Ziel des Kulturabkommens genannt, "das gegenseitige Verständnis zwischen beiden Völkern zu fördern" (Unterstreichung von mir). Das entspricht normalen, deutschen Vorstellungen, nicht aber der südafrikanischen Politik vielvölkischer, multinationaler Entwicklung, wie die Apartheidspolitik in Südafrika gegenwärtig bevorzugt genannt wird; dabei wird allerdings nur bei den nichtweißen Bevölkerungsgruppen, vor allem den Bantus, nicht aber bei der weißen Bevölkerung, die sich bekanntermaßen auch aus verschiedenen Volksgruppen zusammensetzt, von verschiedenen Volksgruppen zusammensetzt, von verschiedenen Völkern und Nationen gesprochen und dementsprechend unterschieden.

b) Dieser Auffassung der südafrikanischen Regierung trägt dafür die afrikaanse und englische Fassung der Präambel Rechnung, wo nicht mehr nur von "beiden" Völkern gesprochen wird. Dort wird eben nicht vom "gegenseitigen Verständnis zwischen beiden Völkern", d.h. dem Volk der Bundesrepublik und dem Südafrikas (einschließlich Südwestafrikas) ungeachtet ob weiß oder nichtweiß gesprochen, sondern von der "onderlinge verstandhouding tussen hulle onderskeie volke" bzw. von "mutual understanding between their respective peoples" (Unterstreichungen von mir).

Darum meine ich, ist in der deutschen bzw. nichtdeutschen Fassung der Präambel die ganze Zweideutigkeit und Lüge der Lage und dieses Abkommens in geschickter Weise verschleiert, aber in typischer Weise verankert.

Aus den genannten Gründen scheint es mir geboten, das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika zu kündigen, zumal Artikel 10, Absatz 3 besagt:
"Dieses Abkommen kann nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit schriftlich gekündigt werden; es tritt sechs Monate nach seiner Kündigung außer Kraft."

<u>(4) Erklärungen zweier Evang. Luth. Missionskirchen in Südwestafrika:</u>

Ferner möchte ich Sie hinweisen auf die zu Ihrer Information beiliegende Abschrift der beiden beachtenswerten Erklärungen der Kirchenleitungen der Evang. Luth. Ovambokavangokirche und der Evang. Luth. Kirche in Südwestafrika (Rheinische Mission) vom 30.6.1971:

a) in dem Offenen Brief an den Ersten Minister Südafrikas, B.J. Vorster, wird gegen die als Politik der vielvölkischen Entwicklung getarnte Rassenpolitik der Südafrikanischen Regierung

1. in fünf beispielhaften Punkten auf die Menschenrechte der UN-Charta verwiesen, die genauso wie Artikel 3 des Grundgesetzes der BRD Benachteiligung und Bevorzugung wegen Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft usw. verbietet;
2. ferner wird klar gesagt: "Wir können nicht anders als Südwestafrika mit all seinen Volksgruppen als eine Einheit zu sehen", und wird zum Schluß der dringende Wunsch ausgesprochen, dafür Sorge zu tragen, "daß die Menschenrechte vollgültig in Kraft gesetzt werden, und daß Südwestafrika ein selbständiger und unabhängiger Staat werden kann".

b) In dem seelsorgerlichen Brief an die eigenen Kirchengemeinden beschreiben die beiden genannten Kirchenleitungen den bedrohlichen Rassenkonflikt, vor dem auch die Öffentlichkeit und die Politiker in der Bundesrepublik die Augen nicht verschließen können, unter anderem in folgender Weise:

"Das Mandat, das Südafrika übertragen wurde, hat auch die Verpflichtung auferlegt, für alle Einwohner Südwestafrikas Frieden und Freiheit zu schaffen und zu garantieren. Wahrer Friede erlaubt es nicht, daß die Menschen einander hassen. Wir sehen jedoch, daß die Unseren ängstlich sind, daß der Haß unter den Menschen dieses Landes zunimmt, vor allem zwischen Weiß und Nichtweiß. Diese schicksalhafte Entwicklung ist unserer Meinung nach die Folge der Apartheidspolitik und sie wird dadurch unterstützt. Wir glauben, daß ein falscher Eindruck erweckt wird, wenn dem Ausland gegenüber behauptet wird, daß in unserem Land Frieden herrsche. Der Friede wird aufrechterhalten durch Zwangsmaßnahmen."

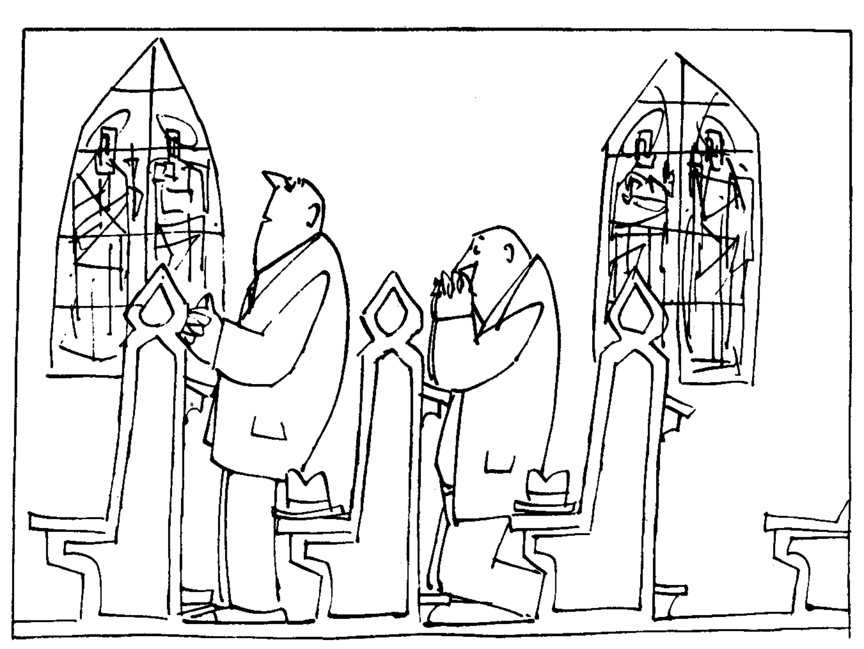
Ich bitte Sie, hochverehrter Herr Bundeskanzler, dieses Schreiben in dem von den Vereinten Nationen zum Jahr der Bekämpfung des Rassismus erklärten Jahr 1971 als Beitrag eines Mannes entgegenzunehmen, der aus eigener Erfahrung in Südafrika, welches wiederum nur <u>ein</u> Fall ist aus der gesamten Problematik des Verhältnisses der weißen, technisch entwickelten Völker zu den farbigen Völkern der sogen. Dritten Welt.

In Erwartung Ihrer Antwort und mit den besten Wünschen für Ihr verantwortungsvolles Amt verbleibe ich

hochachtungsvoll

Ihr

gez. K. Schmidt, Pfarrer



„Lieber Gott, laß alle Menschen Brüder werden und erlöse uns von den Farbigen."

SAU-Interessen im südlichen Afrika

Südafrikas Interessen in Mozambique müssen im größeren Zusammenhang seiner Interessen im gesamten Subkontinent gesehen werden.

Aufgrund einer veränderten politischen (1) und wirtschaftlichen (2) Situation ist Südafrika zu einer "Politik der Öffnung" (outgoing policy) gegenüber dem übrigen Afrika gezwungen. (3) Oder wie es ein Zeitungskommentar in "Die Transvaler" vom 12.6.68 formuliert (4): "Solange wir noch Zeit haben, muß Südafrika seine Position konsolidieren, besonders als einflußreiches Land im südlichen Afrika." Eine Woche später, am 18.6.68, präzisiert das Blatt seine Vorstellungen (5): "Es ist möglich, daß der Bure seinen ihm zustehenden Platz um so schneller erhält, je mehr er die Führung in der Schaffung eines Wirtschaftsblocks übernimmt, der sich nördlich des Sambesi und des Kunene erstreckt. Im Hinblick auf die Sicherheit der Republik und ihres wirtschaftlichen Wohlstandes ist ein solcher Block von äußerster Wichtigkeit."

Im gleichen Jahr (1968) veröffentlichte das "Bureau for Economic Policy and Analysis" in Pretoria eine Schrift (6), in der vorgeschlagen wird, die Länder Malawi, Rhodesien, Zambia, Botswana, Lesotho, Swaziland, Angola, Mozambique, Südafrika, Südwest-Afrika (Namibia) und die Bantustans der Republik aus wirtschaftlichen Gründen als eine Einheit zu betrachten. (7) Dieser Wirtschaftsblock würde mehr als 5 Millionen Quadratkilometer umfassen und 45 Millionen Einwohner und ungeheure wirtschaftliche Resourcen haben. Das Hauptziel der südafrikanischen Wirtschaftsexperten und Politiker ist eine systematische Kooperation bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebietes und letzten Endes die vollkommene Integration.

Wie sind die Chancen der Verwirklichung eines "Common Market" im südlichen Afrika?

Allgemeine Situationsbeschreibung der Wirtschaftsbeziehungen im südlichen Afrika

Der beherrschende Wirtschaftssektor ist, mit der Ausnahme Südafrikas, der der Primärproduktion (extraktive Industrie). Der größte Teil der Bevölkerung lebt auf dem Lande, und außerhalb Rhodesiens und Südafrikas gibt es praktisch keine Industrie. Die Ökonomien der Länder des südlichen Afrika mit Ausnahme der Südafrikas und Rhodesiens zeigen die typischen Merkmale einer kolonialen Geschichte: sie wurden geformt durch den Zwang, für einen Exportmarkt zu produzieren, und durch das Einfließen fremden Kapitals. Sie sind alle vom Export abhängig und müssen Industrie- (manufactured products) und Investitionsgüter (investment goods) importieren.

Zambia - 93 % des Exporterlöses - Kupfer
Malawi - 75 % des Exporterlöses - Tee, Tabak, Ölsamen
Angola - 70 % des Exporterlöses - Kaffee, Diamanten
(Angola - 97 % d. Exports - Kaffee, Diamanten, Sisal (8))

Südafrika dagegen zeigt alle Züge eines imperialistischen Landes: es importiert Nahrungsmittel und Rohmaterialien und exportiert Industriegüter, und es investiert in den unterentwickelten Nachbargebieten in die extraktive sowie Nahrungsmittelindustrie.

Südafrikas Investitionen (direkte und indirekte) in der Peripherie teilen sich wie folgt auf:

Süd-West-Afrika
1963: 873 mio DM
(heute mindestens 1125 mio DM)
Rhodesien, Zambia und Malawi
1966: 2205 mio DM
(heute mindestens 2520 mio DM)
Angola, Mozambique
90 mio DM (niedrig geschätzt)
Botswana, Lesotho u. Swaziland
225 mio DM

Die Summe von rund 4 Milliarden DM ist eher zu niedrig geschätzt.

Nach der Juli-August Ausgabe 1971 der Anti-Apartheid News (p. 4) gab Südafrika Kredite an die Madegassische Republik im Werte von 23,4 mio DM und an Malawi solche im Werte von 90 mio DM; dazu kommt ein Handelsabkommen mit Mauritius.

Diese sicher unvollständigen Zahlen zeigen, daß Südafrika durch nationale wie multinationale Unternehmen (9) eine beträchtliche Kontrolle über die Resourcen der südafrikanischen Peripherie ausübt. Diese Länder sind aber auch wegen ihrer Im-

und Exporte von Südafrika abhängig. Führt Südafrika auch in erster Linie nur Waren des Primärsektors (vor allem Gold und Rohmaterialien) in andere Industrieländer aus, steigt der Export nach Afrika rapide und umfaßt bereits 70 % aller in Südafrika hergestellten Industriewaren. (10) Das Muster seines Handels mit Afrika ist durch das Verhältnis Industrienation zu Entwicklungsland geprägt: Südafrika exportiert Industriegüter (manufactured goods), Maschinen und Transportausrüstung (transport equipment); im Austausch erhält es Nahrungsmittel und Rohmaterialien:

Botswana: Rindfleisch, Häute, Fleischextrakt (Kupfer und Nickel)
Mozambique: Cashew Nüsse, Baumwolle, Zucker, Tee, Kopra; Erdölprodukte
Swaziland: Zucker, Zitrusfrüchte, Fleisch; Eisenerz, Zellstoff, Asbest (und Kohle)
Zambia: Kupfer, Zink, Blei, Kobalt; Tabak

Einen weiteren Aspekt der Abhängigkeit vieler Länder der südafrikanischen Peripherie von der Metropole Südafrika stellt das Problem der Wander- und Kontraktarbeiter dar. Rhodesien hat etwa 300 000, Malawi 200 000. (11) (12) 1960 waren nahezu 8 % der afrikanischen Bevölkerung Südafrikas "Gastarbeiter", heute sind es mehr als 7 Millionen "non-residents". Auch hierin drückt sich die Armut der Peripherie aus, die einen Großteil ihrer Fach- und angelernten Arbeiter an Südafrika abgibt, bzw. abgeben muß, weil sie zu wenige Arbeitsstellen anbieten kann. Dazu kommt, daß z.B. Malawi 36 % seines Nationaleinkommens aus dem nach Hause geschickten Verdienst seiner Wanderarbeiter bestreitet; im Falle Mozambiques sind es noch 7 %.

Neuere Entwicklungen im wirtschaftlichen Wachstum des Subkontinents

Bis 1968 hatten ausländische Privatinvestitionen in Südafrika die Summe von etwa 20,87 Milliarden DM erreicht, was - so wird geschätzt - etwa 80-85 % aller im südafrikanischen Subkontinent getätigten ausländischen Investitionen ausmacht.

Untersucht man die Investitionen nach den Industriesektoren, in denen sie getätigt wurden, so stellt man für Südafrika wachsende Investitionen im verarbeitenden Sektor (manufacturing sector) fest bei gleichzeitigem relativen Rückgang der Investitionen in der extraktiven Industrie. (13) Dagegen konzentrierten sich in den Peripherieländern die Investitionen in der Primärproduktion: in Swaziland in den Abbau von Kohle und Asbest, in Botswana den von Kupfer und Nickel. In den portugiesischen Gebieten waren die Ausländer insbesondere an Diamanten und Erdöl, in Mozambique auch an Zucker, interessiert. Einige Länder beginnen, den Tourismus in ihrem Land mit Fremdkapital zu entwickeln. In fast jedem Fall besteht jedoch die Tendenz, die vorindustrielle Wirtschaftsstruktur der Peripherie zu verstärken, wenn auch eine Zunahme der Leichtindustrie und der Aufbau einer zur Primärproduktion komplementären Industrie möglich ist. Denn Südafrika möchte an die Stelle der Länder treten (= USA und Europa), aus denen seine Anliegerstaaten importieren, gleichzeitig aber auch in stärkerem Maße Waren aus den Peripherieländern einführen, um eine genügende Repratriierung der Wanderarbeiter zu ermöglichen, deren Einkommen einen nicht unerheblichen Teil der Importe dieser Länder finanzieren.

Das ganze läuft auf eine Ausrichtung des südlichen Afrika auf Südafrika hinaus: Südafrika würde seine Exporte an Industriegütern (manufactured commodities) steigern, sowie seine Importe von Waren des primären Sektors und von Halbfertigprodukten. Die bestehenden Unterschiede wirtschaftlicher Art zwischen Metropole und Peripherie (verstärkte Arbeitsteilung und für Südafrika Vergrößerung des Marktes sowie der Gewinne im Bereich der "terms of trade") werden sich vertiefen.

Störfaktoren und ihre mögliche Beseitigung

Wie wir der hier skizzierten Wirtschaftsstruktur im Süden Afrikas entnehmen können, bestehen gute Aussichten für eine Verwirklichung einer voll integrierten Wirtschaftsgemeinschaft im Subkontinent. Es gibt allerdings zwei Faktoren, die die Entwicklung stören können:

1.) (14) Südafrika exportiert jedes Jahr Waren im Werte von etwa 2,7 Milliarden DM nach England. Das entspricht rund einem Drittel seiner Gesamtexporte. Davon erfreuen sich Waren im Werte von 1,35-1,8 Milliarden DM günstiger Einfuhrzölle (15). Sobald England volles EWG-Mitglied wird, fallen diese weg, wodurch Südafrika jährlich Exporte im Werte zwischen 225 Millionen DM (englische Schätzung) und 900 Millionen DM (südafrikanische Schätzung) verlieren wird. Dies <u>kann</u> die oben skizzierte Entwicklung empfindlich hem-

men, kann sich aber auch, wie die South African Foreign Trade Association sich ausdrückte, "a blessing in disguise" sein. Denn sollten sich bestimmte Bedingungen mit der EWG aushandeln lassen - etwa denen vergleichbar, durch die die nicht-assoziierten Länder Österreich, Griechenland oder die Türkei mit der EWG verbunden sind -, winkt ein noch größerer Markt. Da Südafrika in Großbritannien, der BRD (seinem drittgrößten Handelspartner!), Italien, Frankreich und Belgien treue Freunde besitzt, bestehen gute Aussichten auf eine für Südafrika günstige Lösung.

(Wenn man die wirtschaftlichen Interessen der genannten Länder in Südafrika berücksichtigt, auch die Portugals Kampf im südlichen Afrika gewährte NATO-Hilfe sowie die neu aufgenommenen Waffenlieferungen an Südafrika durch Großbritannien, dann möchte man mit dem Autor des Anti-Apartheid News-Artikels übereinstimmen, daß die Schaffung einer South Atlantic Treaty Organization - SATO - durchaus möglich erscheint, was natürlich eine ungeheure Stärkung der Stellung Südafrikas bedeuten würde.)

2.) (16) Südafrikas umfassende Wirtschaftspläne können erheblich durch die in einigen Peripherieländern operierenden Befreiungsbewegungen beeinträchtigt werden. In diesem Zusammenhang muß das wachsende militärische Engagement Südafrikas in diesen Gebieten gesehen werden. (17) Südafrika, Rhodesien und Portugal haben etwa 230 000 Mann unter Waffen in Afrika (plus 600 000 Reservisten) (18), die mit modernen Waffen ausgerüstet und gut ausgebildet sind. Dagegen gibt es zwischen der Sahara und dem Sambesi nicht mehr als 150 000 Soldaten, fast ausschließlich Infanterie und Kavallerie (Adam, p. 115).

Aber nicht nur durch Handelsabkommen, Investitionen etc. und militärische Aktionen versuchen Südafrika (und Rhodesien) den wirtschaftlichen und politischen Status quo zu bewahren bzw. zu ihren Gunsten zu verändern, sondern auch durch Vorhaben, die beides in sich vereinigen. So sind sowohl das Cabora-Bassa-Projekt als auch der an der Grenze von Angola und Namibia entstehende Kunene-Staudamm nicht nur dazu ausersehen, Südafrikas wachsenden Strombedarf zu decken, sondern auch gleichzeitig Möglichkeiten zur Ansiedlung weißer Siedler zu schaffen (im ersten Fall für eine, im zweiten für 1/2 Million Siedler (19)). Ihre paramilitärische Rolle zur Verteidigung der europäischen "Zivilization" machte General Kaulza de Arriaga, der Oberbefehlshaber der portugiesischen Truppen in Mozambique, im Februar dieses Jahres in einem Interview klar. (20) Die Aufgabe der Siedler sei einmal die Bekämpfung der Guerillas, zum andern die Anlage von "aldeamentos" (Dörfern, Siedlungen), die als soziale Zentren fungieren und "als Schutz vor Feindberührung und Gewaltakte dienen" sollen. Diese Dammprojekte sind also nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung - die allgemein sogar für relativ gering geschätzt wird -, sondern auch - und wohl in erster Linie - als Ausgangspunkt zur Schaffung von Pufferzonen von erheblicher strategischer Bedeutung.

Anmerkungen:

1) a) offene Ablehnung des Apartheid-Regimes durch einige afrikanische und viele andere Länder, die sich z.B. in OAU- und UN-Resolutionen niederschlagen
   b) Auftauchen immer mächtiger werdender Befreiungsbewegungen im unmittelbaren Einflußbereich Südafrikas

2) Kapitalverwertungsschwierigkeiten Südafrikas aufgrund einer durch die Apartheid-Politik äußerst günstigen Kapitalakkumulation

3) Wir lehnen uns im folgenden weitgehend dem sehr guten Aufsatz von Sean Gervasi, "South Africa's Economic Expansionism", in: Sechaba 7/71 an. Wo wir abweichende und ergänzende Quellen benutzen, machen wir dies kenntlich.

4) zitiert nach H. Adam, Südafrika - Soziologie einer Rassengesellschaft, ed. suhrkamp Nr. 343, p. 107

5) zitiert nach Adam, op. cit., p. 108

6) Lombard, Stadler und Van der Merwe, The Concept of Economic Co-operation in Southern Africa, zitiert nach Gervasi, p. 16

7) Basil Davidson, Which Way Africa?, Penguin African Library, 1971, schreibt, daß Südafrikas Ziele auch den Kongo (Kinshasa), die Elfenbeinküste und Ghana einschlössen. p. 206:
"Other targets were also on the list, most obviously Zambia and Congo (Kinshasa), while South African investment in Angola and Mocambique ... now became important for the first time. At the same time the South African government embraced the secess-

ionist cause of Biafra, while making efforts towards joint action with any African state, such as Ivory Coast and Ghana, whose government would allow it.

8) P. Jalée, Die Ausbeutung der Dritten Welt, Frankfurt/M. 1968, p. 44

9) Beispiel Mozambique:
(Angaben nach einer brieflichen Mitteilung von Polly Gaster, Hon. Sec. des Committee for Freedom in Mozambique, Angola, % Guiné.)
a) Sugar company MARAGRA, formed in 1963 with a loan from Banco Fomento Nacional & Industrial Development Corporation of SA. MARAGRA has given a large contract for drainage and an irrigation scheme to a SA Consortium Grinakers & Murray and Roberts Construction Co.
b) Açuceira de Moçambique began construction in 1967 of two new sugar mills, one of which was financed by a South African Development Corporation and built by a SA company James Brown & Hamer.
c) 1965 the Industria de Caju Mozitas was constituted, with Anglo-American Corporation holding controlling interest. Also involved: Tiger Oates & National Milling Corporation of SA.
d) A new cashew nut shelling factory is being financed by the Portuguese government and Rand Selection Corporation of SA.
e) The Compania de Zambezia owns about half of the total area of copra plantations with SA interests involved.
f) A condensed milk factory is being built by Nestle South Africa (Pty) Ltd.
g) Fish storage and freezing plants, owned by INOS company, a subsidiary of Anglo-American.
h) A fertilizer complex, owned by SA company Frazer & Chalmers with two French companies involved.
i) A series of motels is being built jointly by Amalgamated Hotels of SA and Holiday Inns Inc. (USA).
j) A corrugated cardboard factory - CARMOC, partly owned by South African National Containers Ltd.
k) Copper, mined by Edmundian Investments Ltd.
l) Minerals concession in Tete - Johannesburg Consolidated Investments.
m) Diamonds, manganese, and asbestos concession in Cataune (?) region - Federal Volksbelegins Beperk.
n) Ilmenite concession - Mineiras Basicos (with SA & British interests).
o) All minerals except diamonds, petrol, coal, and other solid fuels and radio-active minerals - Messina Transvaal Development Co.
p) Cabora Bassa

10) Adam, op. cit., p. 108

11) letztere Angabe nach dem engl. Fernsehprogramm "Panorama" (BBC 1) vom 16.8.71

12) Nach Basil Davidson, Which Way Africa?, überarbeitete Ausgabe von 1967, p. 85, arbeitet jedes Jahr durchschnittlich die Hälfte der arbeitsfähigen Männer des Basutolandes in Südafrika, und der Prozentsatz für Malawi sei fast ebenso hoch (p. 87 in der 1971er Ausgabe).

13) Vgl. dazu Dr. N. Stutterheim (ein hoher südafrikanischer Regierungsbeamter?), zitiert nach Handelsblatt, Sonderbeilage "Südafrika" vom November 1970, p. 12:
"Wir müssen die zweite Phase unserer industriellen Entwicklung vorbereiten. Die erste Stufe galt dem Ersatz von Einfuhren, sie wurde protektioniert. Das geht nicht mehr, wenn wir exportieren wollen, und wir müssen exportieren. ... Gold- und Agrarausfuhren gehen mehr und mehr zurück, daher müssen wir die Sekundärindustrie mehr entwickeln, Produkte bis zu ihrem Endstadium entwickeln, damit sie mehr einbringen. Die Zukunft muß industriell gedacht werden."
p. 13, in einem anderen Beitrag des Handelsblattes, cit.:
"Die Chemie-Industrie ... ist der am schnellsten wachsende Industriezweig der südafrikanischen Wirtschaft."

14) Vgl. zum folgenden "EEC may boost apartheid", in: Anti-Apartheid News, July-August 1971, p. 4

15) "enjoy special entry privileges in the form of preferential tariff treatment" (s. Anm. 14)

16) Vgl. dazu: "Cabora Bassa: war on two fronts", in: Anti-Apartheid News, July-August 1971 und: Adam, op. cit., pp. 104, 106, 115

17) Vgl. C. und E. Willner, Südafrikas Interessen in Mozambique, in: frieden u. gerechtigkeit, heft 5/6 - 3. u. 4. quartal 1970, pp. 84-87; dort auch weitere Literaturangaben bes. zum militärischen Engagement.

18) Anti-Apartheid News, op. cit., p. 9:

Südafrika
Bevölkerung: 3,8 mio
Bewaffnete Truppen: 43 800
Reservisten: 100 000
Bruttosozialprodukt (?, GNP = Gross National Produkt): 6 600 mio £
Verteidigungshaushalt: 150 mio

Portugal
Bevölkerung: 9,6 mio
Bewaffnete Truppen: 185 000
Reservisten: 500 000
Bruttosozialprodukt (?, GNP = Gross National Produkt): 2 333 mio £
Verteidigungshaushalt: 148 mio

Rhodesien
Bevölkerung: 250 000 (Weiße)
Bewaffnete Truppen: 5 000
Reservisten: 4 000
Bruttosozialprodukt (?, GNP = Gross National Produkt): 500 mio £
Verteidigungshaushalt: 9 mio

19) Nach einem Artikel im "Morning Star" vom 3.2.71

20) "Cabora Bassa: war on two fronts", in: AAN - s. Anm. 16 - p. 6 f.

Jörn Dörfel

Presseerklärung

HEIDELBERG. Der Unterausschuß "Entwicklungsländerpolitik" des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg forderte am 14. Nov. 71 auf seiner Sitzung in Heidelberg den Ausschluß Portugals aus der NATO, da Portugal fast seine gesamten Truppen in Afrika zum Kolonialkrieg gegen die nach Unabhängigkeit verlangenden Völker von Angola, Mocambique und Guines-Bissao eingesetzt habe. Um den weiteren Einsatz von NATO-Waffen, darunter Düsenjägern, Transportflugzeugen und Maschinengewehren aus der Bundesrepublik, gegen die afrikanische Zivilbevölkerung zu verhindern, forderte der Unterausschuß energische Schritte der Bundesregierung, notfalls auch wirtschaftliche Sanktionen, und den Einsatz einer UNO-Kommission, die den Rücktransport der zweckentfremdeten NATO-Waffen aus den Kolonien überwachen soll. Erneut wurde heftige Kritik an der deutschen Beteiligung am Bau von Cabora Bassa und der wachsenden Verflechtung der deutschen Industrie mit dem südafrikanischen Regime geübt; der Parlamentarische Staatssekretär Rosenthal wurde aufgefordert, die durch Unterbezahlung der schwarzen Arbeitskräfte hochprofitable Zweigniederlassung der Firma Rosenthal in Südafrika zu schließen oder zumindest den afrikanischen Arbeitern gleiche Löhne wie den Weißen zu zahlen. Der Unterausschuß bat Bundeskanzler Brandt, den durch die Verleihung des Friedens-Nobelpreises anfallenden Geldbetrag fortschrittlichen sozialen Bewegungen der Dritten Welt wie Erzbischof Camara und antikolonialistischen Bewegungen im Südlichen Afrika zukommen zu lassen. An die Bundesregierung appellierte der Unterausschuß, besonders angesichts des bisher ausgebliebenen Beitrags der Bundesrepublik zum "UNO-Jahr gegen den Rassismus 1971" das sogenannte Kulturabkommen mit Südafrika zu kündigen, welches dem Apartheid-Regime bisher hier uneingeschränkte Propaganda ermöglichte, und in Zukunft nach dem Beispiel Schwedens und des Weltkirchenrates die Befreiungsbewegungen politisch und humanitär direkt zu unterstützen.

Interwiew mit Samora Machel

Samora Machel hatte von Anfang an zu den Militanten gehört; 1950 ging er in den Untergrund und wirkte zusammen mit Mondlane bei der Gründung der FRELIMO mit. Er wurde schnell einer ihrer politischen und militärischen Führer und nach der Ermordung Mondlanes gewählter Präsident der FRELIMO, ist jedoch im Ausland noch fast unbekannt, da er die Öffentlichkeit immer gemieden hat. Im folgenden beschreibt er den vom mozambiquanischen Volk geführten Befreiungskampf.

(September 1971, Anm. d. Übers.)

Frage: Wir wissen heute, daß FRELIMO-Kämpfer zum ersten Mal seit mehreren Monaten Operationen südlich des Sambesi, sehr nahe an der rhodesischen Grenze, durchgeführt haben. Wie sehen Sie die militärische Situation?

Antwort: Die Portugiesen haben den Sambesi als "natürliche Grenze" definiert. Im letzten Jahr haben wir die Mobilisierung und Organisierung der Massen in der Provinz Tete gesteigert; dies ermöglichte es uns, in südlicher Richtung oberhalb des Sambesi vorzudringen. Unsere Anwesenheit in diesem Bezirk ist besonders wichtig, da Mozambique an dieser Stelle gemeinsame Grenzen mit Rhodesien und Malawi hat. Es ist ein industriell entwickeltes Gebiet, wo wir das Volk leicht mobilisieren und in den bewaffneten Kampf einbeziehen können. Militärische Operationen begannen wir im letzten August, jedoch warteten wir mit der Herausgabe von Kommuniqués über unsere Aktivitäten oberhalb des Sambesi, da wir nicht sicher waren, ob wir im Kampf Fortschritte erzielen würden. Jetzt haben wir die Gewißheit, daß wir unsere Positionen halten und in diesem Gebiet noch weiter ausbauen können. Wir haben Angriffe auf mehrere portugiesische Stützpunkte unternommen und große Bestände an militärischer Ausrüstung erbeutet. Vor allem können wir darauf zählen, daß große Teile des Volkes hinter der FRELIMO stehen und den Kampf offen unterstützen. Die Menschen hier stehen zur FRELIMO als der einzigen Kraft, die fähig ist, sie zu befreien.

F.: Hat die militärische Offensive südlich des Sambesi Ihre Aktivitäten in dem Gebiet verringert, wo die Portugiesen versuchen, den Cabora Bassa Damm zu bauen?

A.: Wir haben im April und Mai neue Operationen begonnen, aber natürlich haben wir nicht unser Ziel aus den Augen verloren, den Bau von Cabora Bassa zu stoppen. Aber Cabora Bassa ist nicht unser einziges Objekt: wir wollen Tete und das ganze Land kontrollieren. Portugal steckt immense Kräfte darein, Cabora Bassa um jeden Preis zu verteidigen, mit Hubschraubern, Artillerie, Bulldozzern, Waffenfabriken und dem Bau einer Straße zwischen der Hauptstadt und Cabora. Aber wir gehen nicht in die Falle: Wenn sie uns zu Aktivitäten in Cabora verleiten wollen, operieren wir anderswo und umgekehrt.

F.: Es wird viel von dem Angriff auf das portugiesische Schiff "Angoche" gesprochen, das Munition in den Kanal von Mozambique brachte. Es heißt, diese Operation sei gemeinsam von den portugiesischen Anti-Faschisten und der FRELIMO ausgeführt worden.

A.: Wir haben immer gute Beziehungen zur aktiven Linken in Portugal gehabt, weil wir glauben, daß das portugiesische Volk unser stärkster Verbündeter ist. Mit dem Kampf wächst unsere Zusammenarbeit.

F.: Besteht eine reelle Gefahr, daß Mozambique "rhodesianisiert" wird?

A.: Dafür ist es zu spät. Es ist absolut unmöglich. Man könnte sich nicht einmal vorstellen, daß es heute in Mozambique Weiße gibt, die "Unabhängigkeit" so wie in Rhodesien wünschen. Im Zentrum der FRELIMO kämpfen Weiße; sie sind Mitglieder der FRELIMO und fühlen sich als Mozambikaner. Unsere Arbeit, die der Bevölkerung ein politisches Bewußtsein vermitteln soll, ist gründlich, und sie nimmt bei uns eine absolute Vorrangstellung ein. Wir identifizieren den Feind nicht durch seine Hautfarbe. Wir sehen alle die als Kameraden an, die unseren Kampf unterstützen; all jene, die für die Unabhängigkeit Mozambiques arbeiten; aus diesem Grunde kämpft eine Menge weißer Mozambikaner in unseren Reihen. Die Frage, wer ein wahrer Mozambikaner sei, beantworten wir nicht mit einem Hinweis auf die Hautfarbe.

F.: Welche Meinung vertritt die FRELIMO in bezug auf die Situation in Portugal, speziell bezüglich der Gerüchte über einen militärischen Staatsstreich?

A.: Innerhalb der portugiesischen Regierung gibt es tiefe Gegensätze ... In Portugal besteht das Risiko eines harten Machtkampfes zwischen Caetano und der extremen Rechten. Es ist nützlich für uns, daß die Regierenden damit beschäftigt sind, diese Konflikte zu lösen, aber ob die Macht an Caetano oder an Nogueira geht, bringt keinerlei Wechsel für unser Vorhaben. Der Kampf unter Imperialisten ist wie der von Hunden, die sich über einem Knochen prügeln ...

F.: Ganz Afrika diskutiert den "Dialog" mit Südafrika. Wie beurteilen Sie diese Tendenz?

A.: Es besteht eine Gefahr, und sie ist ernst. Die Gefahr, die Befreiungsbewegungen zu spalten. Wir sind weder gewillt noch fähig, diesen Dialog zu führen, aber wir sehen schon den Augenblick herankommen, wo jemand einen ähnlichen "Dialog" mit Portugal vorschlägt. Was Südafrika angeht, gibt es den Afrikanischen National-Kongress. Warum versucht Südafrika nicht, mit dieser Bewegung zu sprechen? Wir sehen keine Möglichkeit eines Dialogs mit einem Feind, der allein die Sprache militärischer Gewalt kennt.

F.: Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach diejenigen, die diesen Dialog fördern, und welche Rolle spielen die westlichen Länder, die Südafrika unterstützen?

A.: Das ist natürlich eine Frage nach einer Initiative, die in Übereinstimmung mit den Imperialisten ergriffen wurde. Bezüglich der afrikanischen Nationen sprechen sie von "ökonomischer Notwendigkeit". Das ist eine nicht akzeptierbare Ausrede. Welche Länder treiben den Dialog voran? Madagaskar? Aber Madagaskar, obwohl geographisch nicht weit von Südafrika entfernt, ist in Wahrheit viel näher an Frankreich. Es ist ideologisch und ökonomisch mit Frankreich liiert. Was sind daher die ökonomischen Gründe? - Wir finden ferner die Elfenbeinküste. Houphouet Boigny ist genauso weit von Südafrika und genauso nah an Frankreich. Dasselbe gilt für Bokassa und die Zentralafrikanische Republik.

F.: Wie ist die Stellung und die Rolle von Malawi?

A.: Aus unserer Sicht gesehen nimmt Malawi eine negative Position ein. Malawi ist mit Portugal befreundet; es befindet sich dort ein portugiesischer Botschafter, portugiesische Soldaten bewegen sich in dem Land, und sie unterstützen die Pläne Malawis. Ihre Hubschrauber landen dort, und portugiesische Militärfahrzeuge fahren frei herum. Malawi ist tatsächlich ein letzter Stützpunkt für Portugal.

F.: Glauben Sie, daß Ihre Hauptverbündeten, Zambia und Tanzania, weiterhin unter politischen Pressionen und militärischen Vergeltungsschlägen zu leiden haben werden?

A.: Es genügt ein Blick auf eine Landkarte, um die Gefahren für Tanzania zu sehen. Es ist nötig, in Tanzania wachsam zu bleiben und wir können nicht mehr tun, als den hohen Wert der Solidarität Tanzanias und Zambias anzuerkennen. Anläßlich des letzten Partei-Kongresses wurde in Zambia sehr klar und eindeutig Stellung zugunsten der Befreiungsbewegungen bezogen, trotz äußerer Vergeltungsmaßnahmen und innerer Probleme. Zambia hat seine Stellung absolut nicht geändert, trotz der ständigen Bedrohung, der es von seiten der Imperialisten ausgesetzt ist.

Quelle:
GUERILLERO, Bulletin of the Committee for Freedom in Mozambique, Angola and Guiné, Nr. 6, Sept./Oct. 1971

(übersetzung: lt)

Aus 'Facts and reports'

Kanada an Cabora-Bassa beteiligt

In diesem Jahr werden die beiden kanadischen Firmen Aluminum Company of Canada Ltd. und Reynolds Cable Co. der portugiesischen Firma Quintas y Quintas 6.000 t Aluminiumstäbe liefern, die für den Cabora-Bassa-Staudamm bestimmt sind. Die Frage, ob dieser Handel das kanadische Recht verletze, wurde von der Rechtsunion Ontarios aufgeworfen. Laut Gesetz darf nämlich niemand in Kanada entweder direkt oder indirekt Handelsbeziehungen zu Rhodesien unterhalten. Es ist aber allgemein bekannt, daß der Staudamm und das damit verbundene Projekt, den Sambesifluß schiffbar zu machen, Rhodesien beträchtliche Vorteile bringen werden, da das Land u.a. zum ersten Male eine direkte Verbindung zum Indischen Ozean bekommen wird. Die kanadische Regierung weigert sich jedoch, ein rechtliches Gutachten zu dieser Frage einzuholen. Ihrer Meinung nach werden weder das kanadische Gesetz noch die Rhodesienbestimmungen der UNO in diesem Fall verletzt (Toronto Telegram, 2.7.71) (Ottawa Citizen, 26.7.71).

Die Intensivierung des Krieges im Tete-Gebiet hat nach Angabe der Frelimo die Portugiesen dazu veranlaßt, 20.000 zusätzliche Soldaten in dieses Gebiet zu versetzen. Die Frelimo gab bekannt, daß wichtige Pläne für den Staudamm im Laufe der Aktionen in die Hände der Freiheitskämpfer gefallen sind (Nationalist, Tansania, 16.7.71/12.8.71).

Zu dem Bau des Cabora-Bassa-Staudamms kommt jetzt ein anderes Projekt, das die Vorteile des Staudamms für die weißen Mächte noch erheblich steigern wird. Die Experten glauben nämlich, daß der Sambesi von Kariba bis zum Ozean schiffbar gemacht werden kann, nachdem der Strom durch den Staudamm unter Kontrolle gebracht worden ist. Im Sambesidelta wird zur Zeit untersucht, ob ein großer Hafen an der Einmündung des Cuamaflusses gebaut werden kann, um die zukünftigen Exporte, besonders Eisenerz und Kohle, abzuwickeln (AFP 23.7.71). Dieses Unternehmen würde u.a. einen gewaltigen Aufschwung des rhodesischen Handels bedeuten.

Eine neue Phase des Befreiungskrieges in Guinea-Bissau zeichnet sich mit Angriffen auf zwei Städte, Bissau und Bafata, ab (Nationalist, Tansania, 9.7.71). Zur Zeit soll sich in Senegal bei der PAIGC nach Berichten eine Gruppe Kubaner aufhalten, unter deren Beratung die Freiheitskämpfer von den bisher üblichen "hit-and-run" Angriffen zu konventionellen Offensiven übergegangen sind. Die Portugiesen bestätigen, daß die Freiheitskämpfer die Stadt Bissau mit Raketen beschossen haben. Die PAIGC berichtet, ihre Soldaten seien schon in Bissau und Mansabe, ein anderes Verwaltungszentrum, eingedrungen. Moderne Waffen (z.B. Raketen), Kommunikationsmittel (Radios statt der früheren Waldtrommeln) und Fahrzeuge (statt der früheren Fahrräder und Esel) haben den Streitkräften völlig neue Offensivmöglichkeiten eröffnet. Portugals Antwort: General Antonio Spinola, Führer der portugiesischen Streitkräfte, wirbt jetzt für seine "Revolution". Er wirbt um die Unterstützung der Afrikaner mit einigen sozialen Einrichtungen. 1970 wurden von den Portugiesen 37 neue Kliniken, 46 Schulen, 44 Brunnen, 10 artesische Brunnen und 5.000 Heime gebaut. General Spinola über sich und Amilcar Cabral: "Wir sind beide Revolutionäre" (Daily Telegraph, 5.8.71).

Frankreich hat Südafrika die Lizenz gegeben, Düsenjäger des Typs Mirage zu bauen. Nach Angabe der "Burger", Zeitung der herrschenden Nationalpartei Südafrikas, haben Frankreich und Südafrika eine militärische Partnerschaft abgeschlossen, die den Austausch von streng geheimen, militärischen Informationen einschließt. Südafrika und Frankreich haben schon beim Bau der CACTUS-Raketengeschosse zusammengearbeitet, und Frankreich hat Südafrika neulich das erste von drei U-Booten geliefert (Nationalist, Tansania, 30.6.71). Trotzdem hat der Außenminister Frankreichs, M. Schumann, erklärt, Frankreich würde keine Hubschrauber und leichte Waffen an Portugal, Südafrika und Rhodesien mehr liefern, wenn die bestehenden Verträge einmal abgelaufen sind. Frankreich würde auch keine Lizenz für die Fertigung dieser Art von Kriegsmaterial gewähren, da es unternommen habe, keine Anti-Guerilla-Waffen zu liefern. Die Mirage-Lizenz dagegen soll die ex-

terne Sicherheit Frankreichs gewähren und habe deswegen nichts mit dem UN-Waffenembargo zu tun. Das Außerordentliche Apartheidkomitee der UN ist anderer Meinung: nach seiner Auffassung würde Südafrika mit einer solchen Ausrüstung ein militärisches Potential haben, das ihm einen Vorsprung von 100 Jahren vor den afrikanischen Staaten geben wird (Star Weekly, Südafrika, 4.7.71). Damit wird die französische Regierung, die auch den Dialogversuch Südafrikas über Houphouet-Boigny und andere schwarzafrikanische Politiker unterstützt, zu einem der besten Freunde des Apartheid im südlichen Afrika.

Ferieninsel für Rhodesien. Ende Juli fing "Air Rhodesia" an, Urlaubsreisen nach Madagascar anzubieten. Präsident Tsirinana von Madagaskar hat seine Erlaubnis gegeben und damit die UN-Sanktionen verletzt, nach denen rhodesische Pässe illegal sind. Seine Behörden werden keine Pässe von den rhodesischen Feriengästen verlangen (Guardian, GB, 17.7.71).

In den Worten einer portugiesischen Zeitschrift wird Portugal von einer "dunkelhäutigen Invasion" erfaßt. In letzter Zeit sind 15.000 Afrikaner mit offizieller Zustimmung als Gastarbeiter nach Portugal gekommen. Grund der Einwanderung ist der akute Mangel an Arbeitskräften, der auf die Auswanderung von mehr als 2 Mio. Portugiesen zurückzuführen ist, die in anderen europäischen Ländern bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen vorfinden. Die meisten afrikanischen Gastarbeiter stammen von den Kapverdischen Inseln, wo seit 3 Jahren eine zyklische Trockenheit herrscht. Viele blieben aber nicht lange in Portugal, sie ziehen es vor, die Flucht zu besseren Jobs im Norden zu ergreifen. Infolge dieser Auswanderungswelle wird es der portugiesischen Regierung sehr schwerfallen, ihre Siedlungspolitik in den Kolonien zu verwirklichen (Financial Times, 9.7.71).

Resolution der Weltkonferenz für Religion und Frieden, Kyoto 1970 zum Südlichen Afrika

Zur Lage im südlichen Afrika

Die Weltkonferenz zum Thema Religion und Frieden, die in Kyoto gläubige Männer und Frauen von allen Enden der Erde versammelte, hat sich selbstverständlich auch mit der sehr explosiven Situation im südlichen Afrika befaßt. Wir sind der Meinung, daß die Brutalität der Apartheid in Süd-Rhodesien, Südafrika und Namibia und die repressive Ausbeutung durch die Kolonialmacht Portugal in Angola und Mozambique einen Rassenkrieg gegen die afrikanischen Völker darstellt mit aller daraus folgender Zerstörung menschlichen Lebens, die typisch ist für andere Kriege, die in der Welt von heute wüten.
Wir als gläubige Männer und Frauen
1. bereuen, was wir direkt oder indirekt zur Erhaltung der Strukturen, die rassische Diskriminierung im südlichen Afrika mit sich bringen, beigetragen haben;
2. verurteilen, daß unsere Religionen und unsere Nationen sich beteiligen an diesem System, das der Menschheit Gewalt antut, weil es auf dem Rassismus aufgebaut ist;
3. rufen alle Regierungen auf, die Maßnahmen, denen sie schon in den Vereinten Nationen zugestimmt haben, zu verwirklichen und weitere Bestimmungen zu unterstützen, die Bedingungen schaffen, die zu Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden im südlichen Afrika führen;
4. setzen uns insbesondere ein für die vollste Anwendung von Sanktionen gegen Rhodesien und für die Ausweitung ökonomischer Sanktionen gegen Süd-Afrika;
5. bitten die Alliierten von Portugal, besonders die NATO-Verbündeten, unverzüglich alle Formen militärischer Hilfe zu beenden, die Portugal befähigen, in seinen afrikanischen Kolonien Krieg zu führen;
6. verlangen ein unverzügliches Ende aller Arten militärischen Beistands für Süd-Afrika, einschließlich des Waffenverkaufs, und verurteilen jegliche derartige Hilfe und Mitarbeit mit dem Bösen, das im Widerstreit steht zu all den Werten, die von der Menschheit geschätzt werden;
7. empfehlen eindringlich volle Unterstützung von seiten unserer Religionen für die Opfer des Rassismus und Kolonialismus und für jene, die dafür kämpfen, Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden im südlichen Afrika herbeizuführen;
8. wenden uns mit dieser Resolution an den Generalsekretär der Vereinten Nationen und bitten ihn, deren Inhalt den Mitgliedstaaten dieser Organisation zu übermitteln.

ÖRK - Mittel in Mozambique

Im September dieses Jahres beschloß der Weltkirchenrat zum zweiten Mal im Rahmen seines Anti-Rassismus-Programm Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zu unterstützen.

Diese Entscheidung fiel zu einem Zeitpunkt, zu dem der erste Beschluß des Ökumenischen Rates aus dem vergangenen Jahr noch heftig umstritten war. Berechtigt wurde nach der Verwendung dieser Gelder gefragt.

Der Aktionskreis Dritte Welt in Dortmund besuchte in diesem Jahr die FRELIMO, die Befreiungsbewegung von Mozambique, die jetzt zum zweiten Mal 15.000 Dollar vom Weltkirchenrat erhielt. Gerade auch ihre Förderung war in der öffentlichen Diskussion heftig umstritten.

Bei der FRELIMO erfuhr der Kreis von den sozialen Einrichtungen, die sie unterhält, und für die die ökumenischen Gelder Verwendung finden:

Die FRELIMO Secondary School in Bagamoyo, 60 km nördlich von Dar-es-Salaam, wird im kommenden Jahr 120-130 Schüler und 20-25 Studenten der Lehrerausbildung unterrichten können. Zwölf Lehrer - teils aus Mozambique, teils aus Europa - schreiben Schulbücher, trainieren Fußball und Tanz, unterrichten die Klassen und arbeiten Unterrichtspläne aus.

In den von FRELIMO befreiten Nordprovinzen gibt es inzwischen 190 Dorfschulen, zehn Internate und 250 Lehrer, die 20.000 Schüler unterrichten.

Neben Bagamoyo gibt es auch noch eine große Ausbildungsstätte in Tunduru, Tanzania, in der seit Mitte der 60er Jahre 450 Kinder in Grundschulkursen ausgebildet werden. Außerdem befinden sich 88 Kleinkinder im "Infant-Village" von Tunduru zur vorschulischen Ausbildung.

Anfang 1970 wurde das Dr. Americo Boavida Hospital, das von einem italienischen Arzt geleitet wird, medizinisches Zentrum für das mozambesische Volk, das in den befreiten Gebieten Nord-Mozambiques lebt. Fast 700 Patienten werden pro Jahr in diesem Krankenhaus in Mtwara, Süd-Tanzania, stationär behandelt und jeden Monat ausserdem 900 ambulant. Das Krankenhauspersonal umfaßt 75 Personen. Die Ärzte des Hospitals führen auch Erste Hilfe-Kurse und Sanitäterlehrgänge durch, die von ihnen ebenfalls als eine wesentliche Aufgabe angesehen werden.

Im Inneren des Landes gibt es zum jetzigen Zeitpunkt 40 größere Sanitätsstationen mit nahezu 420 Sanitätern.

1963 wurde in Dar-es-Salaam das Mozambique-Institut gegründet. Es sieht seine Aufgabe in der Erziehung der Menschen, die in den Nordprovinzen Mozambiques leben. Leiterin des Instituts ist die Amerikanerin Janet Mondlane, die Witwe des vor zwei Jahren ermordeten FRELIMO-Präsidenten. Sie sagt:

"Wenn wir Mozambique, das seit 500 Jahren unter portugiesischer Kolonialherrschaft stand, selbst verwalten wollen, so müssen wir erst lernen, ein Land zu verwalten. Unsere Ausbildungs- und Sozialarbeit ist vordringliche Aufgabe auf dem Weg zu einem unabhängigen und selbständigen Mozambique."

Aktionskreis DRITTE WELT
Dortmund, Am Richterbusch 6

Dachau in Mozambique

epd ZA Nr. 99 vom 24. Mai 1971

Z u m   Z e i t g e s c h e h e n

Dachau in Mozambique

Besuch in einem portugiesischen "Umerziehungslager"

epd Frankfurt a.M., 24. Mai 71. Eine grellweiße Mauer, Wachtürme, ein großes Tor. Dahinter jedoch sauber getünchte Unterkünfte, ein Sportfeld, Werkstätten, Schulräume, die Redaktion einer Lagerzeitung, lächelnde Gesichter. So präsentiert sich das "Umerziehungslager" Machava, zehn Kilometer außerhalb der Hauptstadt Mozambique, Lourenco Marques, nach dem Willen der Lagerleitung dem ausländischen Besucher. Waffen gibt es in Machava nicht, sagt der Lagerleiter. Man braucht sie nicht. Die Posten auf den Wachtürmen jedoch sind mit Maschinenpistolen ausgerüstet. Auch Ahaca, Jook, Sultao, Sansao, Polo und Nici, die Bluthunde, die sich faul in ihren Zwingern sonnen, werden nachts nicht freigelassen, um die Häftlinge zu bewachen. Sagt der Lagerleiter. Unterhalb der Mauer, die das Camp umschließt, ist der Sandboden jedoch von Hundepfoten zertreten.

Das Bild eines Musterlagers kann nicht einmal auf den ersten Blick täuschen. Zwar sind die Unterbringungsmöglichkeiten und die sanitären Anlagen ebenso wenig zu beanstanden wie die Unterhaltungseinrichtungen. Wenn man sich aber mit einigen der rund 1.300 Häftlinge unterhält, stößt man sofort auf das Zweifelhafte der portugiesischen "Umerziehungsmethoden". Da sind z.B. fünfzehn Zeugen Jehovas, die zu unterschiedlich langen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, weil sie ihren Glauben verbreitet haben. Einer von ihnen, Marchiano, wurde am 14. März 1969 verhaftet. Vor der Verhaftung mußte er ein Formular unterschreiben, demzufolge er vom Verbot der Glaubensverbreitung für die Zeugen Jehovas gewußt hätte. Am 27. Juni 1969 war sein Prozeß beendet. Zweieinhalb Jahre muß Marchiano in Machava bleiben. Ob er wirklich freigelassen wird, wenn seine Strafe verbüßt ist, weiß er nicht. Einen Verteidiger beim Prozeß hatte er nicht. Ähnlich ist es auch den anderen vierzehn Zeugen Jehovas ergangen. Monatelange Versuche – auch deutscher – Gruppen der Organisation Amnesty International, etwas über ihr Schicksal zu erfahren, blieben erfolglos. Portugiesische Behörden reagieren auf entsprechende Briefe mit Schweigen. Als ich mich nach den Zeugen Jehovas erkundige, antwortet der Lagerleiter wie aus der Pistole geschossen: "Die sind hier nicht!" Erst als ich bezweifle, daß er 1.300 Namen im Kopf hat, läßt er die Häftlingslisten bringen. Sie tragen den Aufdruck "PIDE" – Abkürzung für die portugiesische Geheimpolizei. In ihnen entdecken wir die Gesuchten. Der Lagerleiter ist nicht einmal verlegen.

Im Durchschnitt müssen die Insassen des Umerziehungslagers sieben Jahre in Machava verbringen. Nach offiziellen Angaben ist eine frühere Entlassung möglich. Die meisten Häftlinge bezweifeln jedoch, ob sie nach sieben Jahren überhaupt freigelassen werden. 25 der 1.300 Gefangenen sind Weiße. Einer von ihnen wurde inhaftiert, weil er an einer politischen Versammlung der Opposition teilgenommen hat. Er wird als "Kommunist" bezeichnet. Seit zwei Jahren hofft er, endlich einen Prozeß zu bekommen. Auch ein ehemaliger Militärinstrukteur der Befreiungsfront Frelimo wartete eineinhalb Jahre auf einen Prozeß. Er sitzt seit 1964 in Machava. Von Beruf ist er Chemiker, Frelimo sandte ihn zur Ausbildung nach Moskau, 1964 wurde er in den Süden Mozambiques geschickt, um Freiwillige für die Befreiungsfront anzuwerben. Nach vier Tagen verhaftete man ihn: Seine Strafe lautete auf acht Jahre.
Machava ist berüchtigt, obwohl es besser sein soll, als Mabalane an der rhodesischen Grenze, wo rund 2.000 politische Gefangene leben, besser auch als ein Lager für etwa 1.000 Häftlinge auf der Insel Ibo, im Norden des Landes. Offizielle Stellen bestreiten die Existenz dieser Lager. Oppositionelle wissen es besser, zum Teil aus eigener Erfahrung. Zum Abschluß des Besuches in Machava gibt es Whisky und ein Geschenk, eine kleine Statue aus Ebenholz, geschnitzt von einem inhaftierten Künstler. Der Vergleich mit dem Konzentrationslager Dachau bei München wird immer zwingender.
(5/169 FS-Voraus 21.5.)

Karl-Ludwig Günsche
(epd)

„Die Portugiesen wollten sie alle auslöschen"

Katholische Missionare berichten über die Massaker in der Kolonie Mosambik

Die „Weißen Väter", ein katholischer Missionsorden, haben im Mai dieses Jahres alle Missionare aus Mosambik abberufen. Sie waren zu der Erkenntnis gelangt, daß ihre Bemühungen um christliche Verhältnisse durch die portugiesischen Gesetze, die allmächtige Geheimpolizei DGS und ihre eigenen Kirchenleitungen zunichte gemacht wurden. Kurz vor ihrer Abreise stellten sie einen Bericht über portugiesische Massaker im April/Mai in Mosambik zusammen, der den Hergang der Greuel präzise beschreibt. Er wurde vor wenigen Tagen in der tansanischen Zeitung „The Standard" abgedruckt. Die Red.

27. April 1971: Eine Mine explodierte in der Nähe des Mukumbura-Flusses. Ein Auto wurde dabei zerstört. In dem Auto waren rhodesische Soldaten. Drei wurden getötet und zwei verletzt.

Portugiesische Vergeltungsmaßnahmen: Am 4. Mai nahmen Soldaten zwei afrikanische Bauern gefangen. Sie wurden gefoltert, bis sie über ihre Beziehungen zur FRELIMO (wichtigste Befreiungsbewegung in Mosambik, d. Red.) Aussagen machten. Sie sagten, sie hätten manchmal FRELIMO-Kämpfer gesehen, und einer gestand, daß sein Sohn fortgelaufen war, um sich der FRELIMO anzuschließen. Die Bauern wurden als Gefangene festgehalten und gezwungen, im Busch zu schlafen.

Am nächsten Tag, wieder unter Folter, gab einer von ihnen zu, daß ein anderer Mann aus dem Dorf namens Aroni einen Neffen in der FRELIMO hatte. Aroni wurde eingesperrt und verhört. Er leugnete, jemals FRELIMO-Mitglieder gesehen oder getroffen zu haben. Selbst unter brutalen Folterungen leugnete er das weiter, bis er merkte, daß andere Dorfbewohner ihn verraten hatten, und er gab zu, daß sich sein Neffe tatsächlich der FRELIMO angeschlossen hatte. Durch drei Schüsse in den Kopf wurde er unverzüglich getötet.

Ziel dieses Vorgehens war es, so erklärten die Portugiesen, den anderen Dorfbewohnern Furcht einzuflößen, so daß kein anderer leugnen würde, FRELIMO-Kämpfer gesehen zu haben.

Sie töteten 14 Bauern

Aronis Leiche wurde drei Tage später von Priestern der Mission bestattet, weil alle Leute des Dorfes (Changwa) geflüchtet waren, als sie hörten, daß die portugiesischen Truppen kämen, um sie alle auszulöschen.

7. Mai 1971: Portugiesische Soldaten töteten 14 Bauern in den Dörfern Kapinga und Catacha. Die Namen der Getöteten waren: Guidilo, Miriano, Grizi, Zeze, Tapureta, Caropora, Fungurane, Pitroce, Maizi, Matias, Kenete, Diquissoni, Langisse und Jona.

Sehr wenige Männer in diesen beiden Dörfern blieben am Leben. Als wir dort ankamen, fanden wir die Dörfer völlig verlassen; alle hatten sich den Witwen und Kindern der 14 Ermordeten angeschlossen, die in den Busch geflüchtet waren. In der Nähe des Dak-Flusses sahen wir ein Loch, wo fünf der ermordeten Männer von Kapinga beerdigt woraen waren — schlecht beerdigt.

Sechs Meter von dem Grab entfernt sahen wir einen menschlichen Kopf, Rippen, Finger und Beinknochen. Die Leute aus dem Dorf Mahanda erzählten uns, daß die Männer nicht erschossen, sondern gemartert und niedergemetzelt worden waren. Sie zeigten uns mehrere starke, mit Blut befleckte Stöcke, die offenbar benutzt worden waren, um die Opfer zu quälen. Etwa 20 Meter neben dem Grab fanden wir viele leere Dosen portugiesischer Armeeverpflegung.

Am selben Tag, dem 7. Mai, töteten portugiesische Soldaten sieben Mosambikaner in dem Dorf Mahanda. Die Namen der Getöteten waren Chimuchamu (er hatte eine Frau und sechs Kinder), Ringuitoni (Frau und sechs Kinder), Pensura (Frau und vier Kinder), Wacheni (Frau und sechs Kinder), Joane (Frau und vier Kinder), Gomo (Frau und ein Kind) und Eanhadza Saimoni (Frau und vier Kinder).

Wir erfuhren diese Einzelheiten von der Frau eines der getöteten Männer. Wir fragten außerdem viele Leute aus Mahanda, die aus Furcht vor den portugiesischen Truppen jetzt im Busch leben; alle Namen und anderen Angaben deckten sich mit denen der Frau.

8. Mai 1971: Portugiesische Soldaten töteten vier Menschen in dem Dorf Antonio in der Nähe des Ladens von einem Mr. Gabriel. Die Toten waren nicht bestattet, weil die Dorfbewohner fürchteten, daß die Portugiesen auch sie töten würden, wenn sie sie beim Begraben entdeckten.

Am Sonntag, dem 9., als die Priester nach Antonio kamen, um wie gewöhnlich die Messe zu zelebrieren, fanden sie das Dorf verlassen. Nachdem sie jedoch eine lange Zeit gewartet hatten, erschien ein Mann und erklärte, was sich am Tag zuvor zugetragen hatte.

Sie gingen hinunter zu dem Geschäft, und mit Hilfe einiger Leute, die, ermutigt durch die Anwesenheit der Priester, aus dem Busch hervorgekommen waren, bestatteten sie die Männer. Ihre Namen waren: Januano, Charedzera, Kaswaswaira und Chirega. Einer war durch drei Schüsse in den Kopf getötet worden, ein anderer durch mehrere Schüsse in die Brust, der dritte war enthauptet und dem vierten war der Leib aufgeschnitten.

*

Der DGS ist der portugiesische Geheimdienst. Eine Aufzeichnung des Gesprächs zwischen den Priestern und dem DGS-Agenten in Mukumbura folgt.

Die Priester sagten ihm, daß die von den Soldaten und dem DGS ausgeführten Massaker unmenschlich, grausam und entgegen den allgemeinen Menschenrechten waren, weil die Dorfbewohner unschuldig gewesen seien. Der DGS-Mann antwortete (in der ersten Diskussion, nach dem Tod von Aroni): „Terrorismus muß mit Terrorismus bekämpft werden. Wenn ihr Priester das nicht verdauen könnt, dann ist es besser für euch, Mukumbura zu verlassen. In einem Kleinkrieg gibt es keine Gerichtsverfahren: ein Tod beizeiten kann viele Leben retten. Kümmert euch nicht um Politik, meine Freunde. Eure Aufgabe ist es, über den Heiligen Geist zu predigen. Ich kann euch eines versichern, ihr werdet jetzt wirklich Klagen der Afrikaner zu hören bekommen, denn unsere Maßstäbe werden jetzt strenger und drastischer. Die Situation in dieser Gegend ist extrem explosiv und von der FRELIMO politisiert. Die von Portugal bei den Vereinten Nationen anerkannten Menschenrechte, von denen ihr mir erzählt, sind Papier, und wir kümmern uns hier nicht um Papier."

*

Die Priester trafen in Mukumbura außerdem einen Hauptmann, einen Kompanieführer. Die Diskussion wird folgendermaßen beschrieben.

Der Hauptmann sagte: „Glaubt mir, Väter, ich weiß nichts über diesen Aroni: da müßt ihr den DGS-Agenten fragen. Aber ihr müßt auch denken, daß fünf Männer meiner Kompanie durch die erste Mine getötet wurden und die drei Rhodesier durch die zweite Mine."

Unrecht gegen Unrecht?

Die Priester antworteten, daß man Unrecht nicht mit Unrecht vergelten dürfe, daß die Leute vor Gericht gebracht werden sollten, aber nicht einfach umgebracht werden.

Der Hauptmann antwortete: „Die Dorfbewohner sind schuldig, weil sie für den Terrorismus das gleiche bedeuten wie das Wasser für den Fisch." Daraus folgerten wir, die Priester, daß die Truppen versuchen, das Wasser — die Dorfbewohner — verschwinden zu lassen, so daß der Fisch sterben müsse.

7. Juni 1971: Ein Brigadier, Mitglied des Gerichtshofs von Mosambik, kam an. Er war geschickt von General Kaulza de Arriaga, dem portugiesischen Oberbefehlshaber in Mosambik, um die Situation zu erklären. Der Standpunkt des Brigadiers war — kurz gesagt — dieser: „Wenn ihr Priester am Ort des Todes am folgenden Tag, Sonntag, dem 9. Mai, ankamt, so kann ich nicht glauben, was ihr sagt, weil eure Information von den Schwarzen kam, und die Schwarzen sind ihrer ureigensten Natur nach Lügner. Wollt ihr wissen, was ich denke? Es ist sehr wahrscheinlich, daß die FRELIMO in der Nacht von Samstag auf Sonntag die Massaker ausgeführt hat mit dem Ziel, die portugiesischen Truppen gegenüber den Dorfbewohnern in Mißkredit zu bringen."

(Aus dem Englischen von Rolf-Henning Hintze)



„Die Dorfbewohner sind schuldig, weil sie für den Terrorismus das gleiche bedeuten wie das Wasser für den Fisch": Dies von den „Weißen Vätern" aufgenommene Foto zeigt einen von der portugiesischen Geheimpolizei DGS gefolterten Lehrer einer Missionsschule, der auf gemeinsamen Druck der Missionare vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen wurde. (Bild: FR-Archiv)

Die Bundesrepublik - wichtigster Lieferant Portugals

Die Einfuhren Portugals (ohne Überseegebiete) stiegen im ersten Halbjahr 1971 im Vergleich zum Vorjahr von 17,63 Mrd. um 9,5 (im Vorjahr 35,5) % auf 19,31 Mrd. Escudos, während sich die Ausfuhren um 8,9 (10,1) % erhöhten und damit 12,29 (11,28) Mrd. Escudos erreichten. Dadurch vergrößerte sich der Passivsaldo der Handelsbilanz um 10,7 %. Die Bundesrepublik Deutschland konnte im Berichtszeitraum ihren Anteil von 15,3 % an der portugiesischen Einfuhr im Vergleich zum Vorjahr halten und war damit nach wie vor der wichtigste Lieferant Portugals vor Großbritannien mit 14,2 (i. V. 14,6) % und den USA mit 8,1 (8,0) %.

Bei den portugiesischen Ausfuhren stand Großbritannien mit einem Anteil von 23,7 (i. V. 16,9) % an erster Stelle, gefolgt von den USA mit 10,1 (9,1) % und der BRD mit 6,5 (6,6) %. In diese drei Länder gelangten 40,3 (i. V. 32,6) % der gesamten Exporte.

Der deutsch-portugiesische Warenverkehr entwickelte sich ähnlich wie der gesamte Außenhandel Portugals: Die Einfuhren aus der Bundesrepublik stiegen im ersten Halbjahr gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres von 2,69 Mrd. um 9,6 (32,0) % auf 2,95 Mrd. Escudos. Gleichzeitig wuchsen die portugiesischen Ausfuhren nach Westdeutschland um 7,2 (i. V. 18,4) % auf 794 (741) Mill. Escudos. Dabei erhöhte sich das Handelsvolumen Portugals im Verkehr mit der BRD um 9,1 (i. V. 28,8) % auf 3,75 (3,44) Mrd. Escudos.

Rund drei Viertel der portugiesischen Einfuhren im ersten Halbjahr 1971 entfielen auf Investitionsgüter und industrielle Rohstoffe sowie Transportmaterial. Allein für 3,93 Mrd. Escudos wurde Elektromaterial eingeführt und für 2,14 Mrd. Transportmaterial. Der Löwenanteil bei der Ausfuhr entfiel mit 27,6% oder rund 3,4 Mrd. Escudos auf Textilrohstoffe und Textilerzeugnisse. An zweiter Stelle standen mit über 1,9 Mrd. Escudos Erzeugnisse der Lebensmittel- und Getränkeindustrien.

Portugal - Report (herausgegeben von der Portugiesischen Botschaft Bonn)
Nr. 10 Oktober 71

Frankreich in Afrika

(Dieser Artikel betrifft die ehemaligen französischen Kolonien in West- und Zentralafrika sowie Madagaskar, der der französischen 'Communauté' gehörten und auch nach der Unabhängigkeit ihre engen Beziehungen mit Frankreich aufrechterhalten haben. Sie werden allgemein als die 'EAMA'-Staaten (états africains et malagache) bezeichnet. Dazu gehören: Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, Kongo-Brazzaville, die Elfenbeinküste, Dahomey, Gabun, Obervolta, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad, Togo).

Vom 3. bis 13. Februar 1971 besuchte Präsident Pompidou fünf von Frankreichs ehemaligen Kolonien in Westafrika. Er reiste zuerst nach Mauretanien und darauf nach Senegal, der Elfenbeinküste, Kamerun, Gabun. In allen Staaten wurde er warm und freundlich von den betreffenden Staatsoberhäuptern empfangen und von beiden Seiten wurden viele Worte über glückliche und entwicklungsfördernde Zusammenarbeit Frankreichs mit Afrika gespendet.

Hier gilt es, diese vielgepriesene Zusammenarbeit zu untersuchen; inwieweit man Frankreichs Afrikapolitik mit dem Wort 'Zusammenarbeit' bezeichnen kann, ob sie nicht vielmehr ein Mittel ist, die politischen und wirtschaftlichen Interessen Frankreichs zu fördern, ohne zur wahren Entwicklung Afrikas allzuviel beizutragen.

In der Tat hat Frankreich heute in den EAMA-Staaten einen Einfluß, der von dem der Kolonialzeit kaum zu unterscheiden ist. In der UNO zum Beispiel wirkt diese Tatsache sich dahingehend aus, daß Frankreich in wichtigen Abstimmungen mit einem Block von einem guten Dutzend Stimmen rechnen kann. Und während Großbritannien ständig von seinen ehemaligen Kolonien in Afrika wegen seiner Waffenlieferungen an Südafrika angegriffen wird, ist Frankreich, das in letzter Zeit zu Südafrikas größtem Waffenlieferant geworden ist, kaum solcher Kritik von seiten seiner früheren Kolonien ausgesetzt. Daß die gegenwärtigen Vorschläge für einen schwarzafrikanischen 'Dialog' mit Südafrika, die von der Elfenbeinküste stammten und hauptsächlich von frankophonen Staaten befürwortet worden sind, nicht ohne Einfluß Frankreichs entstanden sind, scheint mehr als wahrscheinlich. Als der südafrikanische Premierminister Vorster letzten Sommer Paris besuchte, berichtete 'Die Beeld' (Organ der südafrikanischen Nationalisten), er habe seine Versuche, im frankophonen Afrika Freunde zu gewinnen, mit Mitgliedern der französischen Regierung diskutiert.

Dieser Zustand erklärt sich in erster Linie daraus, daß Frankreich seine früheren Kolonien immer noch wirtschaftlich kontrolliert. Bei der Unabhängigkeit ererbten die neuen Staaten typisch koloniale Wirtschaftssysteme, die im ausschließlichen Interesse der Monopole entwickelt worden waren. Für Frankreich war sein afrikanisches Imperium hauptsächlich als sicherer Rohstofflieferant und Absatzmarkt für seine eigenen Industrieprodukte interessant. Die Folgen für die unabhängigen Staaten: eine einseitige auf Agrarwirtschaft beruhende Ökonomie, die auf die Ausfuhr von ein oder zwei Rohstoffen und die Einfuhr teurer Industrieprodukte angewiesen ist; eine Industrie zur Bearbeitung der eigenen Rohstoffe gibt es kaum. Außerdem hängt die wirtschaftliche Schwäche der EAMA-Staaten eng zusammen mit der Balkanisierung der zwei ehemaligen Verwaltungsgebiete in West- und Zentralafrika ab. Aus Französisch-Westafrika und Französisch-Äquatorialafrika, die in der Kolonialzeit von Frankreich als wirtschaftliche Einheit behandelt worden waren und die wegen des Reichtums an Bodenschätzen und wegen der Vielfalt an agrarischen Rohstoffen ein stärkeres wirtschaftliches Potential gehabt hätten, wurden 16 unabhängige Staaten geschaffen. Ohne beträchtliche französische Hilfe können die neuen Staaten kaum überleben. Für diese Entwicklung trägt Frankreich nicht allein die Schuld, denn auf Grund politischer Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten unter den afrikanischen Führern wurden die Vorschläge zur Bildung einer Föderation, wie sie in den 50er Jahren besonders von Sékou Touré (Guinea) und Senghor (Senegal) vertreten worden waren, nicht verwirklicht. Aber der Ausgangspunkt für diese Entwicklung war das "Rahmengesetz" (Loi Cadre) von 1956. Durch dieses Gesetz erhielten zum erstenmal die einzelnen bisher zentralregierten Regionen der beiden Verwaltungsgebiete eine beschränkte Vollmacht über einige Verwaltungsbereiche,

z.B. Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Erziehungswesen, Binnenhandel. Auf diese Weise entstanden regionale Verwaltungen, auf die die afrikanischen politischen Führer ihren Unabhängigkeitsehrgeiz richteten. Es lag nicht im Interesse Frankreichs, sich der für die Entwicklung der neuen Staaten verhängnisvollen Balkanisierung entgegenzusetzen. Für ihren fortdauernden Einfluß in Afrika war dies eine wichtige Voraussetzung.

Die katastrophalen Wirkungen der kolonialen Wirtschaftspolitik und der Balkanisierung werden jedes Jahr deutlicher. Sie hindern die afrikanischen Staaten daran, wirtschaftlich und deshalb politisch unabhängig von Frankreich zu handeln. Diese Länder bekommen den fortschreitenden Verfall der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt immer schmerzlicher zu spüren. Ein typisches Beispiel ist Senegal, wo noch heute 82 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist, die zum größten Teil Erdnüsse für die Öl- und Fettgewinnung hervorbringt. Allein 1970 ist wegen des fortschreitenden Preisverfalls für Pflanzenfette die Kaufkraft der senegalischen Währung um effektiv 25 % zurückgegangen. Gleichzeitig aber hat die internationale Lohn- und Preisinflation die dringend benötigten industriellen Einfuhren um durchschnittlich 8 % verteuert.

In dieser Situation können die EAMA-Staaten es sich nicht leisten, gegen den Willen Frankreichs zu handeln. Jedenfalls solange sie sich auf französische Entwicklungshilfe verlassen. Am Beispiel Guinea haben sie gesehen, wie Frankreich seine eigenwilligen Söhne behandelt. Als sich Guinea 1958 weigerte, in die französische 'Communauté' einzutreten, verließen alle französischen Techniker, Verwaltungskräfte und Lehrer sofort das Land, das dank des dürftigen kolonialen Erziehungswesens kaum eigene ausgebildete Kräfte hatte, um die Verwaltung des Landes aufrechtzuerhalten. Ähnlich war kürzlich Frankreichs Reaktion, als Algerien sich entschloß, französische Ölkonzerne im Lande zu verstaatlichen - die Pariser Regierung legte anderen Ländern nahe, algerisches Öl zu boykottieren.

Die heutige Verflechtung der französischen Wirtschaft mit den afrikanischen Staaten ist so eng wie vor der Unabhängigkeit. Bis auf Guinea sind alle früheren Kolonien in der Franc-Zone geblieben. Die Währungen aller Länder, die der Franc-Zone angehören, sind untereinander unbegrenzt konvertierbar zu festen Paritäten. Die Länder haben gemeinsame Zentralbanken, deren Emissionen durch Reserven in französischen Francs gedeckt sind. Der Geldverkehr mit Ländern außerhalb der Zone wird mit Hilfe der Reserven in französischen Francs abgewickelt. Diese währungspolitische Verbindung mit Frankreich sichert den französischen technischen Beratern einen großen Einfluß.

In gewissen Ländern mit reichen Bodenschätzen wie der Elfenbeinküste und Gabun haben sich französische Geschäftsinteressen seit der Unabhängigkeit noch verstärkt. Mehr als 50 % des gesamten Außenhandels der EAMA-Staaten wird mit Frankreich abgewickelt. 75 % aller Privatinvestitionen in diesen Staaten kommen aus Frankreich. Die französische Entwicklungshilfe für die EAMA-Staaten beträgt 1971 1.326 Milliarden Francs (0,7 % des Staatsbudgets). Aber 80 % dieser Gelder fließen nach Frankreich zurück, in der Form von Zinsen, von Einkäufen, an die die Kredite gebunden sind und von Gehältern für die mehr als 10.000 "coopérants" (Entwicklungshelfer), die Frankreich in Schwarzafrika unterhält. Denn der Prozeß der Afrikanisierung im frankophonen Afrika geht außerordentlich langsam vor sich, und die Anzahl französischer Fachkräfte (rund 200.000), die in der Wirtschaft, der Verwaltung und vor allem in Erziehungswesen einflußreiche Posten besetzen, ist wegen der beschleunigten Industrialisierung und der Ausweitung des Schulwesens seit der Unabhängigkeit angestiegen. Diese Situation ist nicht zuletzt eine Folge des Erziehungssystems, das in sklavischer Nachahmung der französischen Systeme zu viele Geisteswissenschaftler und zu wenig Ingenieure, Techniker und Naturwissenschaftler hervorbringt. Der Mangel an Fachkräften hängt auch mit der Balkanisierung zusammen - jedes dieser zum Teil sehr dünn besiedelten Länder hat eine Verwaltungsstruktur, die mit der eines hochentwickelten Landes zu vergleichen ist. Viele französischen Berater sind nötig, um die Verwaltungsstellen zu besetzen und die Kosten des aufgeblähten Apparates nehmen einen übermäßigen Anteil des Budgets ein. Dahomey gibt 60 % seines Haushaltes allein für Verwaltungskosten aus.

Wirtschaftliche Stärke ist nicht der einzige Grund für Frankreichs andauernden Einfluß in den EAMA-Staaten. Zwischen 1959 und 1963 schloß Frankreich mit elf dieser Staaten (Kongo-Brazzaville, Elfen-

beinküste, Dahomey, Gabun, Madagaskar, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad, Togo und die Zentralafrikanische Republik) Militärhilfeabkommen ab. Diese Abkommen sehen ständige technische Hilfe für die Armeen der betreffenden Staaten vor, infolgedessen befinden sich 5700 französische Soldaten auf afrikanischem Boden. Außerdem wurde für Frankreich das Recht auf militärische Intervention im Falle einer Agression bewahrt; ein Recht, das Frankreich mehrmals (z.B. Niger 1963, Gabun 1964 u.a.) wahrgenommen hat, um ihm wohlgesinnte Staatschefs vor einem drohenden Machtverlust zu retten. In Tschad ist Frankreich seit nunmehr zwei Jahren in einen erbarmungslos geführten Kleinkrieg gegen die Befreiungsbewegung FROLINAT verwickelt. Die französische "Militärhilfe" ist im wesentlichen dadurch motiviert, daß Frankreich durch einen Sieg der Befreiungsfront seinen Zugang zu den Uranquellen in Niger gefährdet sieht. In Fort Lamy im Tschad unterhält Frankreich immer noch eine ständige Militärbasis, wie auch in Senegal, der Elfenbeinküste und Madagaskar.

Die starke Stellung Frankreichs in den ehemaligen Kolonien ist nicht zuletzt eine Folge seiner kulturellen Anstrengungen. Das kulturelle Selbstbewußtsein Frankreichs hat sich auf die afrikanischen Eliten übertragen, die durch die Kolonialerziehung emporkamen, eine Erziehung, die nur einer kleinen Minderheit zugänglich, an Frankreich orientiert und von europäischen Werten und Denkweisen geprägt war. Daher hatten die Eliten, die die politische Führung übernehmen, mehr gemeinsam mit Frankreich als mit den ungebildeten und rückständigen Massen ihrer Landsleute. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß weder Sekou Touré, der Präsident von Guinea, noch Mobido Keita, der erste, inzwischen gestürzte Präsident von Mali, die koloniale Sekundärerziehung genossen haben. Ihr politischer Ausgangspunkt waren die Gewerkschaften. Unter den frankophonen Führern West- und Zentralafrikas haben allein diese beiden sich deutlich gegen die Fortsetzung französischer Vorherrschaft nach der Unabhängigkeit eingesetzt.

Daß die Beziehungen zwischen derart ungleichen Partnern mit dem Wort "Zusammenarbeit" richtig bezeichnet ist, läßt sich bezweifeln. Noch mehr ist zu bezweifeln, daß die statistisch großzügige französische Entwicklungshilfe tatsächlich eine Entwicklung herbeiführt, die der Masse zugute kommt.

In diesen Ländern wird eine kapitalistisch geprägte Wirtschaft aufgebaut, die hauptsächlich der afrikanischen Führungsschicht und den ausländischen Investoren Vorteile bringt. Ein großer Teil französischer 'Entwicklungshilfe' besteht aus Privatinvestitionen, und es liegt in der Natur der Sache, daß diese Investitionen in Projekte fließen, die den Investoren Profit bringen, ohne daß sie einem Plan für die Gesamtentwicklung eingeordnet sind. Pompidou strebt ein noch stärkeres Engagement der französischen Privatindustrie in Afrika an, um auf diese Weise das Schwergewicht von der staatlichen auf die 'private' Hilfe verlagern zu können. Zu diesem Zweck gewährt Frankreich seit Anfang dieses Jahres erstmals eine volle Ausfallbürgschaft für Privatinvestitionen in den EAMA-Staaten. Die Hast, mit der der Aufbau der notwendigen Industrie betrieben wird, führt dazu, daß die Modernisierung der Landwirtschaft erheblich vernachlässigt wird, obwohl diese auch langfristig Grundlage der afrikanischen Ökonomie bleiben wird. Damit entwickelt sich eine breite Kluft zwischen einer Minderheit von Lohnempfängern in der neuen Industrie und der Mehrheit, die in der Landwirtschaft beschäftigt ist. Das erklärt zum Teil die wachsende Landflucht von Bauern, die einen besseren Lebensstandard in der Stadt suchen.

Das Erziehungswesen, das Frankreich mit Geldern und Lehrkräften stark fördert, ist der afrikanischen Situation im wesentlichen unangemessen. Diese Erziehung trägt ebenfalls zur Landflucht bei, denn sie vermittelt nicht die Einsicht, daß die Landwirtschaft von erstrangiger Bedeutung für die Entwicklung Afrikas ist. Vielmehr wird die Erziehung als ein Privileg betrachtet, das einem ermöglicht, der harten und niedrigen Arbeit auf dem Lande zu entgehen und einen angesehenen Büroposten in der Stadt zu erhalten. Jetzt, da 70-80 % der Kinder eine Primarschulerziehung erhalten, ohne daß später eine genügende Anzahl der erhofften Büroposten zur Verfügung steht, wächst in den afrikanischen Städten eine arbeitslose Masse von Schulabgängern, die ihre Erziehung gar nicht für die Entwicklung ihres Landes produktiv einsetzen - eine Ver-

schwendung, die Afrika sich einfach nicht leisten kann. Außerdem ist diese arbeitslose Masse Frustation und sozialem Elend in einem Maße ausgesetzt, daß eine ruhige Entwicklung nicht möglich ist.

Die EAMA-Staaten sind allzu bereit, auf Entwicklungshilfe von Frankreich und anderen Ländern zurückzugreifen, die, da sie nicht im Rahmen einer Gesamtvorstellung für die Entwicklung ihrer Länder eingesetzt wird, den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Geberländer vielmehr entspricht, als daß sie die gleichmäßige und stabile Entwicklung der Empfängerländer fördert.

Sue Dennis-Jones

Bemerkung zu FROLINAT

Die Autorin scheint die FROLINAT um einiges zu überschätzen, deren politisches Programm sich zwar an Ägypten und Algerien orientiert, doch kaum mehr als in den Köpfen einiger "Leader" vorhanden ist. Es liegt uns allerdings nicht daran, die FROLINAT zu kritisieren. Zum Verständnis des französischen Militärengagements sei aber darauf hingewiesen, daß sich de Gaulle nur widerwillig entschloß, Truppen zu entsenden. Ihr Aufgabenbereich bestand vor allem darin, die Tschad-Armee aufzubauen und zu reorganisieren. In die Kämpfe wurden sie nur sekundär verwickelt. Frankreich mußte es vor allem darum gehen, ein Exempel seiner Präsenz zu statuieren und deutlich zu machen, daß es notfalls bereit ist, die neo-koloniale Bürokratie vor allzu großen internen Schwierigkeiten zu schützen, wollte es nicht Gefahr laufen, der bevorzugten Behandlung durch erzürnte, sich verraten fühlende Regierungschefs (etwa bei der Vergabe von Schürfrechten) verlustig zu gehen. In diesem Sinne spielten wohl die Uran-Funde in Niger mit eine Rolle. Andererseits dürften auch Pressionen von seiten der französischen Baumwollgesellschaft "Cotonfran", welche im Tschad ein Aufkaufsmonopol besitzt, und die durch Übergriffe der Rebellen direkt in Mitleidenschaft gezogen wurde, ihren Beitrag zum Einsatz französischer Truppen geleistet haben.

Gegenwärtig dürfte sich Präsident Tombalbaye aber eher damit beschäftigen, die Armee unter seine Kontrolle zu bringen, als den Scharmützeln im Tibesti-Gebiet staatsgefährdendes Gewicht beizumessen. Ob ihm dabei die 2000 Mann starken französischen Truppenrestbestände von Nutzen sein werden, ist eine andere Frage. Auch die Amerikaner in Vietnam haben mehrfach das Pferd gewechselt. •

Peter Arnold

Strukturdaten NIGERIA

1. Allgemein

Fläche: 923'700 km^2

Bevölkerung: Mit 52-56 Mill. (eigene Schätzung 1970) bei weitem volksreichster Staat Afrikas (1). Nicht-Afrikaner: 16'000-30'000 Europäer, 11'000 Asiaten.
Jährl. Wachstumsrate: um 3 %.

Bundeshauptstadt: Lagos (675'000 E.)
Großstädte: Ibadan (700'000). Zwischen 2-300'000: Ogbomosho, Kano, Oshogbo, Ilorin.
Anteil Stadtbevölkerung: 1 E. von 5.

Amtssprache: Englisch. Wichtigste Umgangssprachen: Haussa, Yoruba, Ibo, Arabisch.

Völker: Haussa-Fulbe (über 15 Mill.), Ibo (ca. 9 Mill.), Yoruba (ca. 5 Mill.), Kanuri (ca. 2 Mill.); kleinere Volksgruppen: Tiv, Ibibio, Ijaw, Nupe, Edo (Benini).

Religionen: über 40 % Mohammedaner (vor allem Norden); bis zu 20 % Christen (Ibo mit starkem Anteil Katholiken); synkretistische Sekten und Animisten.

Einschulungsquote: Im Norden schwach (um 5 %), im Süden sprunghaft höher (in Ibadan und Lagos angeblich um 60-80 %).
Universitäten: Ibadan, Lagos, Ife, Nsukka, Zaria. Die ca. 6000 Studenten stammen vorwiegend aus dem Süden.

Gesundheitsversorgung: 1 Arzt auf 40'000 (1965).

2. Politisch-sozial

Um 1800, mit der Errichtung des Fulbereiches, war die jahrhundertelange "feudale" Überlagerung der Bauernstämme des Nordens durch islamische Händlervölker abgeschlossen. Ein Übergreifen in den Süden, wo einst kunst- und ruhmreiche Staatengebilde (Benin, Yoruba) bestanden hatten, verhinderten nach 1890 die Briten. Von Lagos und dem Nigerdelta aus dehnten diese sukzessive ihren kommerziellen Einflußbereich aus. 1886 wurde die halbstaatliche "Royal Niger Compagny" ins Leben gerufen. Um die Jahrhundertwende vollendete Lord F.D. Lugard das Werk der Pazifizierung der Fulbeemirate, die er intakt ließ. Auch nach dem Aufbau der Zentralverwaltung (1914), welche Nigeria schuf, galt die nordnigerianische Spielart der "indirect rule" als Musterbeispiel kolonialer Anpassung an bestehende Herrschaftsstrukturen. Die ungebrochene Macht der konservativen Feudalherren der "Northern Region" wurde nach der Unabhängigkeit zur Existenzfrage Nigerias.

Nach dem 1. Weltkrieg erhielten einige gebildete Afrikaner in Lagos und Calabar das Wahlrecht für den Legislativrat des Gouverneurs.

1944 gründete Azikiwe die (spätere) NCNC ("National Council of Nigerian Citizens"), die erste Partei Nigerias, welche in der Ostregion ihr Stammgebiet hatte. 1951 folgten die "Action Group" (AG; Chief Awolowo) im Yorubaland und der "Northern Peoples Congress" (NPC), angeführt vom Sardauna (Hofmarschall) von Sokoto, Bello. Diese drei ethnisch verankerten Parteien prägten durch ihre Rivalitäten, Allianzen und gegenseitigen Unterwanderungsversuche die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit, die am 1. Oktober 1960 erlangt wurde.

Auf Grund seiner föderalistischen Staatsstruktur und des Mehrparteiensystems wurde Nigeria zur Musterdemokratie hochstilisiert. Doch das interne Gleichgewicht zwischen den drei (ab 1963 vier) Regionen war mehr als prekär; der wirtschaftlich und schulisch weiter entwickelte Süden wurde faktisch durch die Aristokratie der Nordregion beherrscht. 1968 wurden die Regionen in 12 Staaten aufgeteilt.

Zu wiederholten Malen wurde den Politikern aus dem Norden Wahlfälschung und Korruption vorgeworfen. Die 1964 aufgebaute "Vereinigte Große Fortschrittsallianz" im Süden rief noch im gleichen Jahr zum Wahlboykott auf. 1965 forderten Protestunruhen gegen die offensichtlichen Fälschungen bei den Regionalwahlen im Westen 153 Todesopfer.

Am 15. Januar 1966 schwang sich die Armee zum Schiedsrichter auf; der initiierte Putsch hatte Erfolg. Ge-

neral-Major Ironsi, ein Ibo, wurde zum Staatspräsidenten ernannt, die Parteien aufgelöst und der Einheitsstaat ausgerufen. Gegner des neuen Regimes und Gesinnungsfreunde der ermordeten Politiker Bello, Akintola und Abubakar legten den Putsch als Ibo-Verschwörung aus.

Die Ibo waren als Händler und Facharbeiter im ganzen Lande anzutreffen, da ihr Stammesgebiet (in der Ost-Region) übervölkert und von Bodenerosion betroffen war. Ihr relativ hoher Bildungsstand machte aus ihnen gefragte Fachkräfte. Im Mai 1966 brachen im Norden die ersten Ibo-Pogrome aus. Am 29. Juli 1966 erfolgte der Gegenputsch unter Militär Gowon, der den Föderalismus wieder einführte und die Verfassung außer Kraft setzte. Weitere Ibo-Pogrome bis in den September forderten gegen 40'000 Todesopfer. Fluchtartig strömten die Ibo in ihr Stammesgebiet zurück.

Am 30. Mai 1967 erklärte sich die Ost-Region unter Ojukwu zum unabhängigen Staat Biafra. Schlichtungsversuche scheiterten. Die militärischen Aktionen begannen am 6. Juli 1967 (Kriegserklärung Nigerias) und endeten offiziell am 8. Januar 1970 (bedingungslose Kapitulation Biafras). Die interne Auseinandersetzung, allgemein als "Tribalismus" abgetan, wurde von verschiedensten Seiten geschürt. Großbritannien und die UdSSR (Flugzeuge mit ägyptischen Piloten); Frankreich schlug sich auf die Seite Biafras; Tansania, Elfenbeinküste, Gabun und Sambia anerkannten Biafra.

Yacubu Gowon

1934 in Nordnigeria geboren. Nach dem Besuch von Missionsschulen und eines staatlichen Colleges trat er in die Armee ein und absolvierte u.a. die "Royal Military Academy" in Sandhurst/GB. 1960/1 diente er im nigerianischen Kontingent der UNO-Truppen im Kongo. 1963 wurde er zum Oberstleutnant, nach dem ersten Militärputsch zum Stabschef der Armee ernannt. Er widersetzte sich den Zentralisierungstendenzen, die den Einfluß des Nordens schwächten. Am 29.7.1966 gelang ihm der Gegenputsch; seither steht er an der Spitze des Staates und der Streitkräfte. Als entschiedener Gegner separatistischer Bewegungen kämpfte er kompromißlos gegen Biafra. Er stellt sich auch gegen die Dialogpolitik der Elfenbeinküste mit der SAU; als einer der ersten anerkannte er das Militärregime Idi Amins in Uganda. Im November 1971 war er Mitglied der OAU-Schlichtungsdelegation in Israel und der VAR.

3. Wirtschaftlich

Das Pro-Kopf-Einkommen wird auf 400 DM beziffert, womit Nigeria gegen Schluß der afrikanischen Rangliste erscheint. Aussagekräftigere Angaben über Einkommensdifferenzierung liegen nicht vor.

Nigerias Wirtschaft zeigt, neben den Nachwehen der Kriegsrüstung, typische Züge neo-kolonialer "Entwicklung":

a. In der Landwirtschaft

Rund 3/4 der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Ansätze zur Herausbildung einer reichen Pflanzerschicht sind vor allem im Westen (Yorubaland) gegeben. Der größte Teil der "Bauern" dürfte aber immer noch auf Kleinstbetrieben (1-5 ha) oder Kommunalboden wirtschaften.

In der Nahrungsmittelproduktion läge für das Agrarland Nigeria die Selbstversorgung im Bereich des Möglichen. Der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte am Import beträgt aber immer noch um 10 %.

Landwirtschaftliche Produkte stellen ca. 50 % des Exports. Dieser trägt deutliche Züge der Monokultur. 1965 (die Relationen haben sich kaum verändert) setzte sich der landwirtschaftliche Export zusammen aus: Erdnüsse und Erdnußöl (18 % des Gesamtexports Nigerias), Kakao (16 %), Palmnüsse und -kerne (15 %) und Baumwolle (2 %). Kautschuk (4 %) und Hölzer (2 %) können ebenfalls hier untergeordnet werden.
Obwohl Nigeria der drittgrößte Erdnußproduzent der Welt ist (nach Indien und der VR China) und beim Kakao-Export gleich hinter Ghana an 2. Stelle rangiert, ist die Lage der Bauern ungewiß, da landwirtschaftliche Exportpreise schwanken, während der Preis der Importgüter steigt.

b. In der Industrie

Mit dem Aufbau einer einheimischen Verarbeitungsindustrie wurde erst nach dem 2. Weltkrieg begonnen. Erdnüsse werden heute z.T. in Nigeria zu Öl verarbeitet.

Die Ausgangslage scheint vor allem für den Aufbau einer Konsumgüterindustrie günstig zu sein. Der große Inlandsmarkt lockt hier schon be-

trächtliches Kapital an. Die meisten Branchen sind vertreten: Textil, Schuhe, Brauereien, Pharmaka usw. Im Zementverbrauch ist Nigeria schon fast unabhängig.

In Onitsha sind zwei Stahlwerke (Schwerindustrie) im Bau.

Der Anteil der Industrie am Nationalprodukt ist dennoch gering: unter 10 %. Die jährliche Steigerungsrate (15 % zwischen 1956-67) liegt zwar deutlich über dem nationalen Durchschnitt (4 %), ist aber durch das niedrige Anfangsniveau bestimmt.

c. Mineralien

Im Jos-Plateau (Zentralnigeria) wird Zinn abgebaut. Anteil am Export (1965): 6 %.

Die Zukunft Nigerias wird ohne Zweifel von der Entwicklung der Erdölproduktion geprägt. Vor dem Biafra-Krieg zählte man 228 Bohrstellen, 24 Ölfelder und eine Produktion von 550'000 Baril/Tag. Schon im April 1969 war das Vorkriegsniveau wieder erreicht und überholt. Man erwartet für 1975 eine tägliche Produktionsleistung von 2 Mill. Baril. Nigeria dürfte dann unter die absolute Weltspitze der Erdölproduzenten vorgedrungen sein. 1965 betrug der Anteil des Erdöls am Export 26 %, 1969 bereits 42 %.

d. Zu Bankwesen, Infrastruktur und Armee

Geldeinheit: 1 nigerianisches Pfund = 2.80 US-Dollar.

Emissionsbank ist die "Central Bank of Nigeria". Neben mehreren nigerianischen Großbanken sind vor allem vertreten: Barclays Bank, Bank of West Africa Ltd. (beide englisch), Bank of America und Chase Manhattan Bank (amerikanisch).

Auf 10 km^2 entfällt 1 km Straße. Nur 12'000 km sind geteert. Die wichtigste Eisenbahnlinie, Lagos-Kano, wurde schon vor dem 1. Weltkrieg gebaut. Der seichte Küstengrund erschwert das Anlegen leistungsfähiger Meerhäfen. Die zwei bedeutendsten: Lagos-Apapa und Port Harcourt. Lagos und Kano besitzen internationale Flughäfen.

Die Armee ist zum Schicksal Nigerias geworden. Seit dem Putsch 1966 sind die Militärausgaben gewaltig gestiegen. Der Biafra-Krieg tat das seinige. Die Angaben über den Armee-Bestand schwanken zwischen 120'000-250'000. 1970 (nach Beendigung des Krieges) soll die Armee 64 % des Nationalbudgets verschlungen haben.

e. Internationale Beziehungen

Wichtigste Außenhandelspartner Nigerias sind: GB (weit an der Spitze), die BRD, die USA und Frankreich. USA und BRD sind daran, Großbritanniens Vorrangstellung entscheidend zu brechen.

Die Handelsbilanz war 1966-68 noch positiv. Die Zahlungsbilanz dagegen sank schon 1966 in die roten Zahlen.

Nigeria bleibt, dank seiner großen Bevölkerungszahl, ein bevorzugtes Land für multilaterale und bundesrepublikanische "Hilfe". Gemessen am Anteil Nigerias an der Gesamtbevölkerung Afrikas (ca. 1/6) müssen die folgenden Zahlenangaben allerdings beträchtlich relativiert werden. 98 Mill. US-Dollar investierten die OECD-Länder und multilaterale Organisationen im Schnitt 1965/8 in Nigeria, womit es gleich hinter Algerien und Kongo-Kinshasa an 3. Stelle auftauchte. Die Weltbankgruppe setzte Nigeria gar an die erste Stelle der afrikanischen Länder: 244,5 Mill. US-Dollar wurden 1968/9 von IBRD, IDA und IFC investiert, 11 % der Gesamthilfe an Afrika. Die BRD-Privatinvestitionen beliefen sich 1966/7 auf 20,1 Mill. DM (5. Stelle in Afrika). 1969 waren sie auf 25,4 Mill. DM gestiegen. Die Bundesrepublik sagte für das gleiche Jahr mehr Entwicklungshilfegelder zu als die Weltbankgruppe (17,9 Mill. US-Dollar), als GB, USA und andere Industrienationen zusammen (8,9 Mill.), nämlich 18 Mill.

Fußnote

1) Die Bevölkerungszahl Nigerias ist eine politische Größe. Eine 1962 durchgeführte Volkszählung ergab 45 Mill., wovon 47 % auf die Nordregion entfielen. Ein Anteil unter der 50 %-Schranke hätte aber die politische Hegemonie des Nordens in Frage gestellt. Die Neuauflage der Zählung 1963 ergab denn auch prompt 56 Mill. und 54 % für den Norden. Setzt man dieses Ergebnis in Beziehung mit den (allerdings ebenso fraglichen) "errechneten" 30 Mill. von 1952/3, hätte die jährliche Wachstumsrate auf der Weltrekordhöhe von 8,5 % gelegen.

Literatur

O. ABOYADE. "The Economy of Nigeria", in: ROBSON/LURY (eds.), The Economics of Africa, London 1969, S. 127-193

afrique '70. Sammelband, hrsg. von "Jeune Afrique", Paris

Franz ANSPRENGER. Afrika. Eine politische Länderkunde. Berlin 1968[6]

Fritz H. BETZ. Entwicklungshilfe an Afrika. Ifo-Institut München 1970

Fischer Weltalmanach 1971

KRITISCHES SEMINAR SÜDL. AFRIKA

Die nachfolgende Themen- und Literaturliste stellt ein Modell dar, wie sich Gruppen das Gebiet "Südliches Afrika" selbst erarbeiten können. Die Methodik wird sich dabei nach Zielgruppe, Teilnehmerkreis und Vorinformation richten müssen (Einzel-, Ko-, Gruppenreferate, Gemeinsames Lesen und Diskutieren von bestimmten Textstellen, audiovisuelle Hilfsmittel wie Filme, Dias, Schallplatten etc.).

1) Einführungsabend mit Filmen und Dias über Südafrika - Erster Versuch einer kritischen Einschätzung der Informationen - Diskussion des weiteren Vorgehens

dazu: Filme der südafrikanischen Botschaft, 5 Köln, Heumarkt 1; Diaserie: "Nur weil du schwarz bist ..." (erh. bei allen Landesbildstellen);

2) Geschichte Afrikas vor und nach der Kolonisierung mit Schwerpunkt portugiesische Kolonien und Südafrika bis 1900

dazu: Basil Davidson, Urzeit und Geschichte Afrikas, rde Bd. 125/126; ders., Vom Sklavenhandel zur Kolonisierung, rde Bd. 266/267; Karl Marx, Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, in: Das Kapital, Bd. I, 24. Kap.; Gert v. Paczensky, Die Weißen kommen, Hoffmann & Campe, 1970;

3) Entwicklung der Apartheid in Südafrika aus den konkreten ökonomischen Widersprüchen - Strukturdaten der Unterdrückung - Rassenkonflikt oder Klassenkonflikt?

dazu: Heribert Adam, Südafrika - Soziologie einer Rassengesellschaft, es Bd. 343; ders., Einheimischer Kolonialismus: der Fall Südafrika, in: Das Argument 59; F.J.T. Lee, Der Einfluß des Marxismus auf die nationalen Befreiungsbewegungen in Südafrika, zu beziehen beim iz3w; Freimut Duve, Kap ohne Hoffnung, rororo, 1965; ESG-Nachrichten, Nr. 45, Südafrika; United Nations, Industrialization, foreign capital and forced labour in South Africa; (im Anschluß an Teil 3 kann man nochmals die Informationen des Teil 1 diskutieren.);

4) Die Befreiungsbewegungen in Südafrika - Geschichte des südafrikanischen Widerstands

dazu: F.J.T. Lee, Der Einfluß des Marxismus, a.a.O.; Sechaba, Organ des African National Congress, 49 Rathbone Street, London W1A-4NL (mtl., engl.); Anti-Apartheid News, Organ der Anti-Apartheid Movement, 89 Charlotte Street, London, WIP 2DQ;

5) Expansion Südafrikas - Südafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft - Namibia - Rhodesien - Malawi

dazu: Dokumente zur Entwicklungsländerpolitik 2 - Auszug aus: "The Concept of Economic Cooperation in Southern Africa", iz3w (dt.); blätter des iz3w, Nr. 11/71; Eduardo Ferreira, Namibia, Deutsche Kolonie - Mandat Südafrikas - Beute des internationalen Kapitals, in: Neues Rotes Forum, 2/71; Georg Stingl, Die Lage Namibias und das Uranschürfungsprojekt bei Swakopmund, iz3w; x-ray, mtl. Veröff. des Africa Bureau, 48 Frafton Way, London ".1 (engl.); Dokumentation "Rhodesien", Arbeitsgruppe Dritte Welt, Bern, Postfach 1007;

6) Portugiesischer Kolonialismus seit Salazar und Reformkolonialismus unter Gaetano

dazu: Americo Boavida, Angola - Zur Geschichte des Kolonialismus, es Bd. 366; Raske/Schäfer Wetzel, Der totalitäre Gottesstaat, Patmos 1970; Rudi Maslowski, Der Skandal Portugal, Hanser 1971; Eduardo Ferreira, Evolution und Kontinuität in der Kolonialstrategie Portugals, in: Blätter für Deut-

sche und Internationale Politik, 3/71; Portugal-Report, Propagandaschrift der Portugiesischen Botschaft, 53 Bonn, Markt 10-12; Referat und Materialien über den Kolonialkrieg Portugals, zu beziehen bei: Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstr. 46; Stromlinienausbeutung, in: blätter des iz3w, Nr. 8/71;

7) Der Fall Cabora Bassa - Kunenestaudamm, ein zweites Cabora Bassa

dazu: Sietse Bosgra, Cabora Bassa, iz3w; Henning Topf, My Lai in Afrika - Warum wir gegen Cabora Bassa sind, iz3w; Eduardo Ferreira, Cabora Bassa oder der Imperialismus in den portugiesischen Kolonien, u.a. in: Rotes Forum, 3/70; Was geschieht in Cabora Bassa?, Dokumentation der Arbeitsgruppe Dritte Welt, 3012 Bern, Pavillonweg 7; ESG-Nachrichten Nr. 56, Sondernummer zum Cabora-Bassa-Projekt in Mozambique, 7 Stuttgart 50, Mercedesstr. 5-7; Eduardo Ferreira, Der Cunene-Staudamm, in: blätter des iz3w, 10/71; Entwicklungspolitische Korrespondenz 5/71, Landesjugendpfarramt, 2 Hamburg 13, Postfach 8068; Dokumentation des Weltkirchenrats (erscheint in Kürze), Genf;

8) Die Befreiungsbewegungen in den port. Kolonien

dazu: Projektgruppe Afrika, Der revolutionäre Befreiungskampf in Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, Oberbaumverlag Berlin 1971; G. Chaliand, Bewaffneter Kampf in Afrika, Trikont, 1969; Amilcar Cabral, Die Theorie als Waffe, Oberbaumverlag, 1968; Amilcar Cabral, Revolution in Guinea, Oberbaumpresse 1970; Basil Davidson, Die Befreiung Guineas, Märzverlag 1970; Eduardo Mondlane, Kampf um Mozambique, Märzverlag 1970; Gert Meyer, Kolonialismus und Befreiungsbewegungen in den afrikanischen "Überseeprovinzen" Portugals, in: Das Argument 59; Mozambique Revolution, FRELIMO, Department of Information, P.O. Box 15274, Dar es Salaam, Tanzania (engl. 3-mtl.); Angola in Arms, MPLA, P.O. Box 1595, Lusaka, Zambia, Guerrilheiro, Comitée for Freedom in Mozambique, Angola and Guine, 531 Caledonian Road, London N.7 (engl., 2-mtl.); Angola Bulletin, Angola Comitée, Da Costastraat 88, Amsterdam, Niederlande (holl., 2-mtl.); Facts & Reports, Angola Comitée, a.a.O. engl./franz., 14-täg.); Film: "Behind the lines" (Farbfilm über das Leben in den befreiten Gebieten Mozambiques), zu best. bei: Cabora Bassa Gruppe, 6 Frankfurt, Wolfgangstr. 88; Film: "No pincha" (franz. mit Untertiteln; Schwarzweißfilm über den Kampf und das Leben in Guinea-Bissao), zu bez. bei: Deutsche Afrika Gesellschaft, 53 Bonn, Am Markt 10-12;

9) Imperialismus im südl. Afrika - wirtschaftliche, politische und militärische Verflechtung der westl. Industriestaaten mit Südafrika und Portugal

dazu: Barbara Schilling/Karl Unger, Die Bundesrepublik und das südl. Afrika, in: Kursbuch 21/70; Bosgra/van Krimpen, Portugal & NATO (engl.), Angola Komitee, a.a.O. (erscheint in Kürze in Deutsch beim iz3w); Bosgra/van Krimpen, Portugal und die NATO, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/70 (Auszug aus a.a.O.); Sonderausgabe von Handelsblatt, Südafrika, Nov. 1970; Sonderausgabe von Die Welt, Südafrika, Nov. 1970; Afroasiatisches Solidaritätskomitee, Das Bündnis Bonn-Pretoria, Berlin (Ost) 1967; Eduardo Ferreira, Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea, in: Neues Rotes Forum 3/70, sowie in: blätter des iz3w, Nr. 2/3/71; Die Unterstützung des südafrikanischen Nazismus durch Westdeutschland, iz3w; Unterstützung von Kolonialismus und Rassismus im südl. Afrika durch die Bundesregierung, iz3w; blätter des iz3w, Nr. 9/71;

10) Beispiel eines neokolonial beherrschten Landes: Kenia

dazu: Kenia-Serie, in: blätter des iz3w, Nr. 8 ff. (Who rules industry in Kenia) Neokolonialism in Kenia, Europe/Africa Research Project, 103. Gower Street, London WC1;

11) Die ökonomischen Hintergründe der Dialogpolitik

dazu: Eduardo Ferreira, in: Neues Rotes Forum, 4/71 (auch als Paper bei der Aktion Dritte Welt);

12) Chancen eines antiimperialistischen Kampfes - Vermittlung von Dritte-Welt-Aktionen mit einer antikapitalistischen Strategie - Bündnispartner - Zielgruppen

dazu: Wie hilflos sind wir eigentlich, iz3w; Die Jusos und die Dritte Welt, in: blätter des iz3w, Nr. 6/7/71; Studienbetrieb und Ausbeutung der Dritten Welt, in: blätter des iz3w, Nr. 8/71; Aktionärshauptversammlungen, in: blätter des iz3w, Nr. 9/71; Entwicklungspolitische Korrespondenz 5/71, a.a.O.; Diskussion der Juso-Doppelstrategie in verschiedenen Nummern der Zeitschrift "links", sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591; Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von "Il Manifesto" (diese sowie weitere zum Thema Strategie wichtige Nummern der "Internationalen Marxistischen Diskussion" zu bez. beim Sozialistischen Büro, a.a.O.);

13) Diskussion und Beschluß konkreter Aktionen

dazu: Vorschläge in verschiedenen Nummern der "blätter", der "Entwicklungspolitischen Korrespondenz" und der "Antiapartheid-News".

In folgenden Zeitschriften und Veröffentlichungen findet man Material zum gesamten Themenkomplex:

Antiimperialistisches Informationsbulletin, a.a.O.
Pögrom, 2 Hamburg 13, Parkallee 18
Afrika Heute, Deutsche Afrika-Gesellschaft, a.a.O.
Florin, Gewalt im südlichen Afrika, Lembeck, 1970
gewaltfreie aktion, 1 Berlin 48, Kiepertstr. 5

Die meisten Veröffentlichungen sind nur einmal zitiert, sie behandeln aber oft auch weitere Themenbereiche; weitere Literatur findet man dort angegeben.

gs

Aktionsvorschlag für Weihnachten

BLUTSPENDEAKTION für die Befreiungsbewegungen

Die Befreiungsbewegungen stehen vor der ungeheuer schwierigen Aufgabe, einerseits in den befreiten Gebieten von Angola, Mocambique und Guinea-Bissao die medizinische und soziale Infrastruktur weiter auszubauen und gleichzeitig das Flüchtlingselend in den Nachbarländern (Sambia, Tansania, Kongo-K. etc.) zu lindern.

Dabei ist schon beachtliches geschaffen worden: z.B. wurden im freien Mocambique über 160 000 Pockenschutzimpfungen durchgeführt, die MPLA wird die Zahl ihrer medizinischen Außenposten in den befreiten Gebieten Angolas auf 200 im Jahre 1972 steigern, 40 Krankenschwestern zusätzlich ausbilden etc.

Zu diesem Zweck haben die Befreiungsbewegungen an die westeuropäischen Gruppen, besonders auch mehrfach direkt an das Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique sowie an die Aktion Dritte Welt, den Appell gerichtet, mit Geld und Sachspenden Hilfe zu leisten.

Für schnelle Medikamentenhilfe wurde bereits auf der Konferenz der Dritte-Welt-Gruppen in Trier ein Konto eingerichtet, auf das die einzelnen Gruppen ihre Beiträge einzahlen können. Die Verantwortung über dieses Konto haben gemeinsam die Cabora Bassa Gruppe Frankfurt, die Gruppe für internationale Zusammenarbeit Göttingen und die Aktion Dritte Welt Freiburg.

Postscheckamt Köln
Nr. 208 100
Stichwort: "Pro Africa Medikamentenhilfe"

Ein Weg, um Geld für dieses Konto zu beschaffen, ist eine Blutspendeaktion. Dieses Aktionsmodell hat mehrere Vorzüge:
- es ist organisatorisch leicht durchzuführen (Beganntgabe von Terminen auf Flugblättern oder Plakaten, Ansprechen politischer Gruppen, Einsammeln des Geldes nach der Blutspende);

- es zeigt der Öffentlichkeit, daß die Blutspender ein hohes Maß an Engagement haben, "die Sache ernst meinen" (ein Anruf bei der Lokalpresse und beim Rundfunk genügt);
- man kann sehr schnell sehr viel Geld zusammenbekommen (1.000 Blutspender x DM 40,-- = DM 40.000,--; diese Wirkung wird dadurch potenziert, daß die Medikamente über eine kirchliche Institution direkt bei den Firmen gekauft werden und man so die Zwischen- und Einzelhandelsprofite umgeht; eine Blutspende ergibt dann Medikamente im Apothekenwert von DM 1.000,-- (!), 1.000 Blutspenden = Apothekenwert von DM 1.000.000,--).

Sobald sich genügend Geld auf dem Konto befindet, wird das Deutsche Komitee Anfragen der Befreiungsbewegungen für bestimmte Medikamente entgegennehmen und diese dann nach Absprache mit den oben genannten Gruppen bei der kirchlichen Institution in Auftrag geben, die dann den Kauf, die Verpackung und Verschickung besorgt.

Die Aktion Dritte Welt Freiburg hat an der Universität bereits mit Erfolg diese Aktion begonnen.

gs

KONZEPTION PORTUGAL-TRIBUNAL

Zur Diskussion gestellt:

0. Vorbemerkung

In den vergangenen Wochen und Monaten fanden anläßlich von Tagungen und persönlichen Kontaktgesprächen mit Vertretern verschiedener Gruppen zahlreiche Diskussionen über das schon auf der Trierer Tagung projektierte "Portugaltribunal" statt. Die folgende Zusammenfassung stellt eine Art Resümee dieser Gespräche dar, Resümee insbesondere aus einigen intensiven Diskussionen innerhalb der Aktion Dritte Welt Freiburg, welches - vorläufig - von anderen Gruppen noch nicht legitimiert bzw. verabschiedet ist.

Wir bitten alle Leser der "blätter des iz3w", insbesondere die Gruppen, um Stellungnahmen, weitere Vorschläge und verbindliche Zusagen zur Teilnahme an der Vorbereitung des Tribunals (Durchschlag bitte an das Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique, 53 Bonn, Königstr. 88).

1. Ziel des Portugaltribunals

In den portugiesischen Kolonien findet seit über 10 Jahren ein Befreiungskrieg statt, von dessen Dimensionen die deutsche Öffentlichkeit bisher kaum Notiz genommen hat. Geringe Beachtung wird auch der Tatsache gewidmet, daß die portugiesischen Unterdrücker massiv von seiten der NATO und insbesondere von der Bundesrepublik durch militärische, politische und wirtschaftliche Hilfe unterstützt werden.

Um den Befreiungsbewegungen in Angola und Mozambique in ihrem Kampf wirksam zu helfen, muß es daher unsere Hauptaufgabe sein, in der BRD eine "publizistische Front" aufzubauen, die eine erste Voraussetzung für eine effektive Einflußnahme auf die Beziehungen Bonn-Lissabon ist.

1.1. Teilziele

a) Durch die Verbreitung des negativen Wortes "Tribunal" sollen Portugal und die es in der BRD unterstützenden Kreise mit negativem Image belegt werden.

b) Durch das Tribunal soll eine Art Publizitätslawine ausgelöst werden, die weiterwirkt.

c) Die Ziele und Methoden der Befreiungsbewegungen müssen bekannt gemacht werden (demokratische Organisation, Aufbau von sozialistischen Staaten).

d) Alle Gruppen, die sich für die unterdrückten Massen im südl. Afrika einsetzen, sollen ein konkretes Ziel haben, auf das hin sie ihre Arbeit konzentrieren können. Gleichzeitig soll das Tribunal ein Ansporn zur Weiterarbeit sein, ja diese Weiterarbeit und weitergehende Aktionen in größerem Stile als bisher überhaupt erst ermöglichen.

e) Durch Anprangerung der Politik der Konzerne und ihres Einflusses auf die Bundesregierung soll die Zahl der am kapitalistischen System "Zweifelnden", das die Zustände im südlichen Afrika perpetuieren will, erhöht werden ("Menschlichkeit statt Profit").

2. Zielgruppen

Die durch die Teilziele a), c) und e) anzusprechende Gruppe ist natürlich die Presse. Ihr soll ein mundgerechtes "Schauspiel" geboten werden. Über die Presse und die Öffentlichkeitsarbeit zur Vorbereitung des Tribunals in den einzelnen Städten sollen weitere Zielgruppen erreicht werden wie Schüler, Studenten, Lehrlinge, bereits politisierte Arbeiter, Kirchengemeinden, ehemalige Publik-Leser, politische Jugendorganisationen etc. Teilziel 4 ist die Mobilisierung der Gruppen, besonders der schon einmal und der bisher noch nicht aktivierten Mitarbeiter. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß man durch "Selbstverständnisdiskussionen" allein eine Gruppe nicht am Leben erhalten kann. Konkrete Solidaritätsaktionen sind notwendig, um ihre Arbeit auch längerfristig zu motivieren.

3. Ablauf des Tribunals

3.1. Überregionale Vorbereitung

a) Beauftragung einer Kommission mit der Erarbeitung eines Black-Papers über die Zustände in den

portugiesischen Kolonien und die Verbindungen zur BRD.

b) Herausgabe einer Buchreihe "Portugaltribunal" (z.B. Nr. 1: Portugal und NATO; Nr. 2: Gesammelte Aufsätze Eduardo Ferreiras; Nr. 3: Black-Paper).

c) Verschiedene Pressekonferenzen zur Ankündigung des Tribunals und zur Bekanntgabe des erreichten Standes der Vorbereitung (Zusagen von Prominenten, Institutionen, Gruppen in einzelnen Städten), Presseerklärungen.

d) Regelmäßiger Sonderrundbrief "Portugaltribunal" an alle teilnehmenden Gruppen, Institutionen und Einzelpersonen.

e) Rundreise der Weißen Väter durch Deutschlands Kirchengemeinden.

f) Rundreise von Vertretern der Befreiungsbewegungen.

3.2. Vorbereitung in den einzelnen Städten

1. Phase: Selbstinformation der Gruppenmitglieder: durch Lektüre (Lit.-Verzeichnis s. "Kritisches Seminar"), Besuch von Tagungen, Einladen von Referenten (Ferreira, Maslowski, Lützenkirchen, Unger, Schilling, Lee, Weiße Väter, Mitarbeiter verschiedener Aktionsgruppen).

2. Phase: Weitergabe der Information an bestimmte Zielgruppen am Ort und im näheren Umkreis: durch Seminare mit Schülern und Studenten; Referate vor Kirchengemeinden; Arbeitskreise innerhalb der Parteien (vgl. das Modell "Kritisches Seminar").

Die 2. Phase kann mit der 1. gekoppelt werden und sollte bis zum Tribunal laufen, sowie anschließend in größerem Umfang weitergeführt werden.

3. Phase: Öffentlichkeitswirksame Aktionen unter dem Stichwort "Portugaltribunal": z.B. Informationsstände; Straßentheater; Blutspenden für die Befreiungsbewegungen; öffentliche Diskussionen mit Vertretern der Parteien, Kirchen und Firmen; Intensivierung der Aktionen auf den Hauptversammlungen der Cabora Bassa-Firmen (nicht vergessen: Siemens am 25.3. (?) Siemens-HV in München); teach-ins mit Filmvorführungen; Einsatz von Videorekordern auf der Straße; Geld-, Medikamenten-, Kleidersammlungen.

Diese Phase sollte Anfang 72 beginnen und ab April auf Hochtouren laufen; nach dem Tribunal kann dann der Schwerpunkt auf materielle Hilfe gelegt werden: also Sammlungen in großem Stil.

4. Phase: Kontaktaufnahme mit der lokalen Presse; Versuch, Redakteure für regelmäßige Berichterstattung zu gewinnen; Veranstalten von lokalen Pressekonferenzen; Angebot eigener Artikel; Lancierung der Meldungen des Deutschen Komitees in die Zeitungen.

Kontaktaufnahme ab sofort, "Verhaftung" von Redakteuren bis April 72.

5. Phase: Werbung für das Tribunal (das Wort "Portugaltribunal" muß natürlich von Anfang an genannt werden): Bekanntgabe der Namen prominenter Teilnehmer am Tribunal in Pressemitteilungen und Flugblättern; Bekanntgabe des Tribunalablaufes; Werbung von Teilnehmern, Verkauf von Eintrittskarten, Beschaffung von Sonderbussen (Gewerkschaften!).

Ab April 72.

6. Phase: Teilnahme am Tribunal: Gemeinsame Aktionen in Bonn im Anschluß an das Tribunal (z.B. Errichtung eines Staudammes vor der portugiesischen Botschaft, Ankettung mit Handschellen an den Zaun der Botschaft, Kranzniederlegungen vor markanten Gebäuden).

3.3. Ablauf des Tribunals

Wie beim Vietnamtribunal besteht von vorneherein natürlich keine Legitimation für die Veranstalter, eine Gerichtsverhandlung über den port. Kolonialkrieg und seine Unterstützer abzuhalten.

Diese Legitimation muß durch die nachträgliche Zustimmung der Öffentlichkeit erreicht werden.

Ein, wenn nicht sogar der wesentlichste Punkt ist daher die Gewinnung angesehener Persönlichkeiten für die Teilnahme als "Richter" am Tribunal.

Personengruppe I: bedeutende Philosophen, Theologen, Schriftsteller, Politiker u.ä.

Eine zweite Personengruppe muß die zur "Verurteilung" notwendigen Gutachten abgeben: Augenzeugen aus den portugiesischen Kolonien.

Personengruppe II: Weiße Väter, Journalisten, Afrikawissenschaftler, Bewohner der Kolonien.

Die Befreiungsbewegungen müßten Beweismaterial aus den umkämpften Gebieten herbeischaffen (Napalm-

kanister, erbeutete Waffen, chemische Analysen der mit Herbiziden vernichteten Pflanzen ...).

Personengruppe III: Vertreter der Frelimo, MPLA und PAIGC.

Die deutschen Gruppen haben für das Tribunal selbst nur die Aufgabe, den drei Personengruppen eine organisatorische und publizistische Plattform zu schaffen.

Sie sollen möglichst viele Journalisten motivieren, in die Beethovenhalle zu kommen, sowie eine große Zahl von Teilnehmern nach Bonn bringen. Die Hauptarbeit wird dabei das Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissao und Mozambique (kurz: AGM-Komitee) zu leisten haben, für dessen Verstärkung dringend gesorgt werden muß - die Gruppen sollten überlegen, im Sommersemester einige Leute zum "Studium" nach Bonn abzustellen.

Um dem Wort Tribunal gerecht zu werden und Forderungen nach Objektivität zu erfüllen, sollte die portugiesische Regierung ebenso wie ihre deutschen Helfer offiziell eingeladen werden. Bei Nichterscheinen wird ein Pflichtverteidiger bestellt, der ihre Argumente, angefangen mit der "Verteidigung der westl. Zivilisation" bis zur "Entwicklungshilfe" wiedergibt. Diese Argumente müßten dann durch die Augenzeugen und Wissenschaftler widerlegt werden.

Als rechtliche Grundlage schlagen wir vor, die Menschenrechte, verschiedene UN-Resolutionen, Sicherheitstatbeschlüsse, Beschlüsse des Haager Gerichtshofs sowie - bei den die BRD betreffenden "Anklagepunkten" - das Grundgesetz zu verwenden.

Am Rande der Veranstaltung findet eine Ausstellung mit den obengenannten Beweisstücken statt; außerdem wird ein Non-Stop-Kino mit Filmen über den Kolonialkrieg und die befreiten Gebiete eingerichtet.

Um die erhöhte Aufmerksamkeit der Presse zu sichern, wird die Veranstaltung in die Sauregurkenzeit gelegt (um den 15. Juli).

Wenn die Gruppen anschließend wieder so lange Ferien macht wie 1971, kann man das Tribunal als gescheitert ansehen (die Befreiungsbewegungen machen auch nicht 3 Monate Ferien).

4. Nacharbeit und Weiterführung der Kampagne

4.1. In direkten Aktionen werden sofort nach dem Tribunal Teilforderungen durchgesetzt:

- Stopp sämtlicher Waffenlieferungen;
- Streichung der Hermesbürgschaften für Cabora Bassa;
- Unterstützung der Befreiungsbewegungen durch die Bundesregierung;
- Aufnahme portugiesischer Deserteure;
- keine Bürgschaften und Steuererleichterungen mehr für in Portugal investierende und nach Portugal liefernde Firmen (in den Firmen, die es trotzdem tun, werden Betriebsgruppen gebildet);
- usw.

4.2. Die materielle Hilfe, zentral koordiniert durch das AGM-Komitee, muß ausgeweitet werden. Ein Vorschlag für alle Teilnehmer am Tribunal: sie arbeiten in den Ferien zwei Tage für die Befreiungsbewegungen (2 000 x 80,- DM = 160.000,- DM).

4.3. Die Informationsarbeit muß über die Ferien weitergeführt werden (vgl. dazu Phase 2).

4.4. Die Aktionen werden auf das Ganze südliche Afrika ausgeweitet (also z.B. auch auf VW Südafrika, Rosenthal & Co., u.a.).

gs

Zu wenig konkret:

JUSO - Antrag Kurz- und mittelfristige Maßnahmen in der Entwicklungspolitik (BRD)

Antrag des Unterbezirks Hamm der Jungsozialisten in der SPD zur Vorlage auf den nächsten Juso-Bundeskongreß (Initiative bei einer AG der Jusos in Soest).

<u>Vorbemerkung eines Redaktionsmitglieds des iz3w</u>

Das nachfolgende 13-Punkte-Programm, welches von einer Juso-Arbeitsgemeinschaft in Soest erarbeitet worden war und erfolgreich die Juso-Delegierten-Konferenz des Unterbezirks Hamm passieren konnte, versteht sich als ein Versuch, vorliegende Beschlüsse der Juso-Bundesdelegierten-Konferenzen von Bremen und München aus ihrer, wie ich meine, blamablen Unverbindlichkeit, Substanzlosigkeit und Zielungerichtetheit herauszuführen. Solches soll geschehen in einem detaillierten Forderungskatalog, der taktische Stationen nennt, über deren Erreichung die politische Realität im Bereich der Entwicklungsländerpolitik der BRD in ferner Zukunft einmal an die Beschlüsse von Bremen und München heranzuführen wäre (nach Meinung der Verfasser).

Wer diesen Forderungskatalog genau liest wird vielleicht mit Recht bezweifeln können, ob eine Durchsetzung dieses Programms die Entwicklungsländerpolitik der BRD tatsächlich in die Beschlüsse von München und Bremen aufgehen lassen würde. Man könnte weiter kritisch auf gewisse Widersprüche im Programm selbst hinweisen. Man könnte drittens beklagen, daß nicht versucht wurde, dieses Programm mit einer nach innen gerichteten Antikapitalismus-Strategie synchron zu schalten (daß sich ein entwicklungspolitisches Aktionsprogramm immer nur komplementär zu einer innenpolitisch orientierten Aktionsfront begreifen kann, ist allerdings inzwischen schon zu einer Binsenweisheit geworden - glücklicherweise.); und schließlich können mit einigem Recht Programme der vorliegenden Art generell in Frage gestellt werden, wenn sie nicht zugleich um einen noch weiteren Schritt polit. konkretisiert werden.

Die Aktion Dritte Welt ist lange Zeit mit nichts derartigem mehr an die Öffentlichkeit getreten (abzusehen ist dabei von einem Papier, das aufgrund Mißverständnisses unter dem Firmenzeichen der ADW vor einigen Monaten bei dem Bundesvorstand der Jusos gelandet ist); und dafür gibt es einen gewichtigen Grund: Zu recht den Anspruch zu erheben, politisch zu handeln, muß bedeuten, noch ein erhebliches Stück hinter dem zurückzugehen, was in politischen Programmen der vorliegenden Art (in diese Rubrik gehört auch das 17-Punkte-Programm der ADW aus den Anfängen ihrer Arbeit oder die Forderungen des Friedensmarsches von 69) gewissermaßen als die Forderungen des Tages, des "hier und heute" proklamiert wird. Nur zu leicht wird übersehen, daß man mit einer Programmatik dieses Stils in politischer Diskussion und Auseinandersetzung immer wieder mindestens um Handbreite an dem Gegenüber vorbeischlägt - einem Gegenüber, der inzwischen unbekümmert an seinem Cabora-Bassa weiterbaut, seine Waffenlieferungen nach Portugal fortsetzt oder "Freundschaftsbeziehungen" zu Ländern wie Brasilien, Indonesien festigt. Unmittelbar am politischen Gegner zu bleiben, indem man hautnahe argumentiert und handelt, entbindet natürlich nicht von einem längerfristig konzipierten Programm. Ein realitätsbezogenes politisches Vorgehen hat hieraus seine Impulse zu schöpfen und hieran ständig seine Richtung zu überprüfen, zu korrigieren. Es geht deshalb in dem angesprochenen Punkt nicht um ein entweder - oder, sondern um ein sowohl-als-auch.

Das "auch" aber liefert uns das nachfolgend abgedruckte Papier nicht oder nur sehr unvollkommen mit. Es scheint somit zwar geeignet, in die Leere der bislang von Juso-Seite zur Entwicklungsländerpolitik gelieferten "Grundsatzaussagen" etwas Blut einzupumpen, es wird aber notwendig unverbindlich und wirkungslos bleiben, wenn von der ihm nachgesagten "Kurzfristigkeit" nicht noch weiter deduziert wird auf die Ebene der Ereignisse, die just in diesem Moment vorfallen und der politischen Entscheidungen, die gerade eben getroffen worden sind oder vorbereitet werden. Gerade das jedoch sollte man jetzt einmal von den Juso erwarten können, nachdem bislang aus dieser Ecke zu brennenden Tagesfragen der Entwicklungsländerpolitik der BRD so wenig zu hören war.

<u>Jungsozialisten i.d. SPD/
Unterbezirk Hamm/NRW</u>

Antrag Nr. 12 Antragsteller:
AG Soest

Die Unterbezirksdelegiertenkonferenz möge beschließen und dem nächsten Juso-Bundeskongreß als Antrag vorlegen:

<u>Kurz- und mittelfristige Maßnahmen in der Entwicklungspolitik</u>

Die <u>langfristigen</u> Vorstellungen der Jungsozialisten zur Entwicklungspolitik, die sich an den emanzipatorischen Interessen der 3. Welt auszurichten hat, sind bereits in den wirtschafts- und entwicklungspolitischen Beschlüssen von München und Bremen angesprochen worden.

Diese sind: Ablösung der privaten Investitionsfähigkeit durch staatliche Kapitalhilfe aus einem öffentlichen Kapital- und Kreditlenkungssystem, Bevorzugung von Reformregierungen der oben erwähnten Orientierung und Schaffung eines internationalen Finanzhilfesystems, das den Entwicklungsländern die Güterwahl überläßt und ihnen hilft, die eigenen Rohstoffe selbst zu verarbeiten.

Diese langfristigen Zielvorstellungen zur Entwicklungspolitik können jedoch nicht von heute auf morgen verwirklicht werden. Um die Voraussetzungen zu schaffen, im Rahmen einer sozialistischen Reformpolitik auch die Entwicklungspolitik anders zu orientieren, sind die folgenden <u>kurz- und mittelfristigen</u> Maßnahmen erforderlich:

<u>a) kurzfristige Maßnahmen</u>

1. Ideelle und materielle Unterstützung ist von seiten der BRD allen Gruppen zu gewähren, die gegen faschistische Diktaturen, reaktionäre Oligarchien und Kolonialregimes kämpfen.

2. Bis der Zustand einer sozialistisch struktuierten Entwicklungshilfe erreicht ist, sollen nur solche Privatinvestitionen gefördert und begünstigt werden, die außerhalb des Rohstoffsektors in Entwicklungsländern getätigt werden. Jeglicher rücktransferierter Gewinn deutscher Unternehmen ist extra zu besteuern. Die Einnahmen fließen in die staatliche Entwicklungshilfe.

3. Die Bundesregierung macht in allen Unternehmen, in denen sie Anteile des Bundes verwaltet und die Zweig- Tochtergesellschaften in Entwicklungsländern haben, ihren Einfluß geltend, um verbindliche Verbesserungen auf dem Gebiet der sozialen und betrieblichen Sicherheit für die Arbeitnehmer in den Betrieben in Entwicklungsländern durchzusetzen. Außerdem soll sie auf demselben Wege versuchen, ein dem jeweiligen Lande entsprechendes Mitbestimmungsmodell durchzusetzen, das in derartigen Betrieben der Arbeitnehmerschaft Einfluß auf die Produktion garantiert.

4. Die Öffentlichkeitsarbeit des BMZ soll sich von den unpolitischen Argumentationsweisen trennen, die den Eindruck erwecken, als sei Entwicklungspolitik Sozialfürsorge im internationalen Rahmen. Statt dessen ist die Notwendigkeit von Entwicklungspolitik politisch-emanzipatorisch zu legitimieren. Die politisch-emanzipatorischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer sind am besten durch eine Entwicklungspolitik vertreten, die auf die Errichtung und optimale Unterstützung von demokratisch-sozialistischen Systemen in Entwicklungsländern ausgerichtet ist.

5. Im Rahmen der EWG sollen einseitige Zollpräferenzen für die Entwicklungsländer unter Verzicht auf die Meistbegünstigungsklauses GATT (= wenn man einem Land Zollpräferenzen gewährt, müssen sie allen anderen Mitgliedern des GATT auch gewährt werden) für die Einfuhr be- und verarbeiteter Waren durchgesetzt werden. Alle Maßnahmen, die daneben die Einfuhr traditioneller Produkte aus Entwicklungsländern behindern wie Einfuhrzölle, Einfuhrkontingente, spezielle Verbrauchssteuern usw. sind aufzuheben, auch für solche Entwicklungsländer, die nicht mit der EWG assoziiert sind.

6. Die internationalen Rohstoffabkommen sollen ausgebaut werden. In derartigen Abkommen sollen ausländische Investitionen im Rohstoffsektor von Entwicklungsländern scharf reglementiert werden.

7. Das statistische Material über die wirtschaftlichen Einflußnahmen jeder Art von seiten der BRD in Entwicklungsländern muß ab sofort besser und durchsichtiger aufgeschlüsselt und veröffentlicht werden. Im besonderen gilt das für private Wirtschaftsinteressen. Die Bundesregierung soll sich auch in den internationalen Organisationen dafür einsetzen. Eine solche Maßnahme bedeutet selbstverständlich auch ein Abgehen von der 1 %-Ideologie in den offiziellen Bekanntgaben des BMZ, in denen trotz des Versprechens nach Differenzierung alle Privatinvestitionen zur "Entwicklungshilfe" gerechnet werden.

b) mittelfristige Maßnahmen

8. Alle privaten und halbstaatlichen Organisationen, die Informationen über Entwicklungsländer sammeln, Experten und Entwicklungshelfer entsenden und/oder direkt die wirtschaftlichen Beziehungen zu Entwicklungsländern beeinflussen, sind - soweit nicht bereits durch die Rechtslage so bestimmt - öffentlicher Kontrolle zu unterstellen. Es ist zu prüfen, inwieweit diese Organisationen etwa Teil des DED oder der Bundesstelle für Entwicklungshilfe werden können, damit die Verzettelung auf diesem Gebiet aufhört.

9. Die Kapitalhilfe ist zu leisten als Devisenzuschuß zu den Haushaltsmitteln der Entwicklungsländer, die Gewähr auf eine sinnvolle Verwendung in dem unter Punkt 4 angesprochenen Sinn gewährleisten. Auf diese Weise soll eine größere Selbständigkeit in der Gestaltung der Entwicklungspolitik seitens der Entwicklungsländer erreicht werden. In solchen Ländern werden an den deutschen Botschaften permanente Entwicklungshilfe - Konsulate oder - Missionen eingerichtet. Diese vermitteln Experten und Entwicklungshelfer für die konkreten Projekte dieser Länder, stellen in Zusammenarbeit mit den dortigen Behörden und internationalen Organisationen den langfristigen Bedarf fest und erarbeiten mit ihnen Vorschläge über den Umfang der notwendigen Devisenkredite.

10. Auf internationaler Ebene soll ein von der UNCTAD verwalteter Entwicklungsfonds geschaffen werden. Die Anteile pro Staat aus den Reihen der sogenannten Geberländer sollen nach den Anteilen der Privatinvestitionen von Unternehmen aus den sogenannten Geberländern in Entwicklungsländern aufgeteilt werden.

11. Eine Aufgabe dieses Fonds wäre die Verteilung von Mitteln an solche Entwicklungsländer, die im Handel mit anderen Entwicklungsländern einen Handelsüberschuß erzielen und bereit sind, diesen Überschuß zu kreditieren. Diese Maßnahme soll die Handelsverflechtungen der Entwicklungsländer untereinander verstärken, damit sie zu einem Gegengewicht für die heute auf dem Weltmarkt dominierenden Mächte werden können. Hat ein dermaßen bezuschußtes Entwicklungsland eine festzulegende Zahl von Handelsbeziehungen zur Entwicklungsländern oder - Wirtschaftsgemeinschaften erreicht, so erhält es für die weitere Gewährung von Krediten keinen Zuschuß mehr.

12. Im Rahmen der gesamten EWG soll darauf verzichtet werden, jene Agrarprodukte anzubauen, für die die Entwicklungsländer aus Standortgründen Kostenvorteile haben.

13. Bereits im Rahmen der kurzfristigen Maßnahmen soll ein intensiverer Erfahrungsaustausch mit allen sozialistischen Entwicklungsländern (und solchen, die mit dem Sozialismus sich aus dem Stadium der Unterentwicklung befreit haben) aufgenommen werden. Mit fortschreitender Verwirklichung eines sozialistischen entwicklungspolitischen Konzeptes soll eine gemeinsame politische Front auf internationaler Ebene gegen alle Arten von Neokolonialismus und Imperialismus aufgebaut werden.

Rezension

Südafrika aus der Sicht der Unterdrückten

Franz John Tennyson Lee, Der Einfluß des Marxismus auf die nationalen Befreiungsbewegungen in Südafrika, Frankfurt 1971, Selbstverlag (1).

Der Verfasser (1938 in Südafrika geboren) lebt seit 1962 in der BRD und beschäftigte sich über 7 Jahre wissenschaftlich mit Südafrika. Seine Arbeit ist die wohl erste umfassende Darstellung des südafrikanischen Widerstands der letzten 100 Jahre.

Der Verfasser teilt diesen Zeitabschnitt in vier Phasen (31):

A. Die Übergangsperiode nach der militärischen Eroberung (1880-1910)

Bis zu diesem Zeitraum hatten die Buren in ihren Eroberungskriegen hunderttausende von Schwarzen niedergemetzelt, die übrigen in Reservaten aufgesplittert und das traditionelle afrik. Stammessystem durch die Oktroyierung der kapitalistischen Produktionsweise vernichtet. Nur noch in isolierten Gegenden leben sekundäre - folkloristische - Merkmale der Stammesgesellschaften fort.

Die letzten Reste des burischen Feudalsystems wurden durch das Vordringen des brit. Imperialismus beseitigt (Burenkriege). Dem "liberalen" englischen Minenkapital kamen die schon von den Buren eingerichteten Formen ökonomischer Sklaverei gerade recht: "Wenn jeder Kaffer aufgespürt werden könnte; wenn man feststellen könnte, ob er schon einmal registriert oder bei einer Gesellschaft beschäftigt war, hätten wir eine Kontrolle" ... dann "würden wir die Kaffern lehren, alle niedrigen Arbeiten zu verrichten, die heute von Weißen erledigt werden... Mehr Bergwerke könnten in Betrieb genommen werden... und die Männer, die ihr Geld in den Bergwerken anlegen, erzielten höhere Dividenden" (Exponenten des Minenkapitals, zit. nach Lee, 36). Mit den Buren söhnte man sich überraschend schnell wieder aus, man brauchte sie als Sklavenhalter: "They needed the Boers to act as supervisors over the millions of potential Black workers and as guardians over the investments of British Imperialism." (I.B. Tabata, zit. nach Lee, 39.)

Die sich während der Burenkriege und während des 1. Weltkriegs bietenden Chancen für einen Befreiungskampf wurden von den Afrikanern auf Grund des niedrigen politischen Bewußtseinsstandes nicht genutzt.

B. Das politische Erwachen der Afrikaner (1910-1943)

Von stammesföderativen Organisationen, religiös motivierten Bewegungen und ersten gewerkschaftlichen Gruppen führte der Weg des afrikanischen Widerstandes zu nationalen politischen Bewegungen, wie dem von Ghandi beeinflußten ANC und dem Zusammenschluß der "All African Convention" (AAC), die eine Reaktion auf die brutalen Hertzog-Gesetze darstellte (Abschaffung des Wahlrechts, Vorbereitung der totalen rassischen Trennung, Verbot gewerkschaftlicher Organisationen). Der südafrikanischen Regierung gelang es jedoch durch geschickte Verhandlungstaktik, diese Bewegung zu spalten, die aber dennoch als erste nationalrevolutionäre Organisation einen qualitativen Schritt nach vorwärts bedeutete.

C. Der Versuch eine gemeinsame Front zu bilden (1943-1960)

Der linke Flügel der AAC lebte in dem hierzulande völlig unbekannten "Unity Movement" unter Leitung des Trotzki-Schülers Tabata weiter; er analysierte die südafrikanische Rassengesellschaft als Form einer Klassengesellschaft und gab daher dem Klassenkampf das Primat in der Politik. Diese Bewegung verfaßte hervorragende Analysen, entwickelte aber keine sozial-revolutionäre Initiative, was sich besonders negativ nach den Sharpeville-Ereignissen auswirkte.

Der rechte Flügel unter Leitung des Ghandi-Schülers und späteren Friedensnobelpreisträgers Albert Luthuli wollte nur rassische Gleichberechtigung im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie erreichen. Sein Prinzip war der gewaltlose Widerstand. Durch die Mitarbeit der s.a. kommunistischen Partei (SACP) wurde die Kon-

gress-Bewegung stalinistisch beeinflußt. Lee's Darstellung des marionettenhaften Zickzack-Kurses der SACP während der Stalin-Ära (119 ff), die bis heute nachwirkt (vgl. die fanatische Verteidigung des russischen Einmarsches in die CSSR durch das offizielle Organ der SACP "The African Communist", Nr. 36, London, 4. Quartal 1968), ist ein wichtiger Beitrag zur Kritik der Stalinschen Außenpolitik.

D. Entwicklung seit 1960

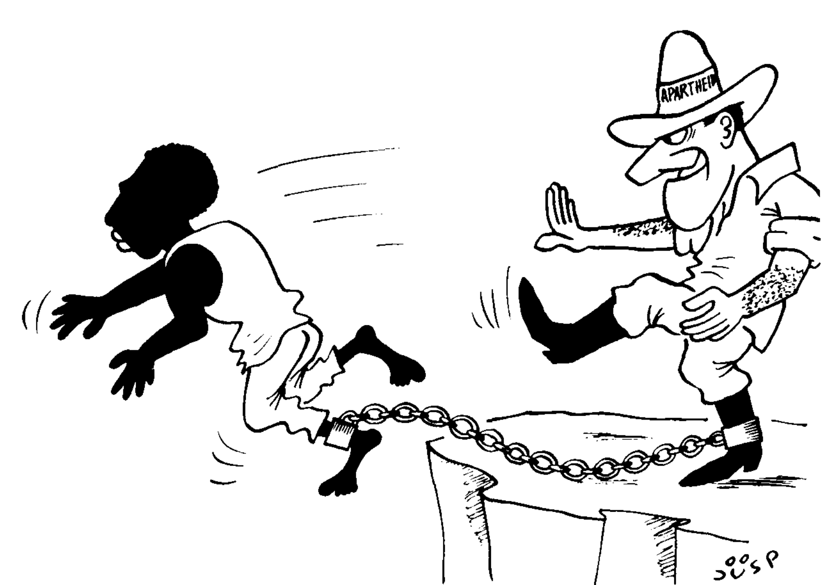
Die Ereignisse von Sharpeville und die blutige Niederschlagung des darauf folgenden Generalstreiks gaben der vom ANC vertretenen Methode des gewaltlosen Widerstandes einen entscheidenden Schlag. Der gleichzeitig für einige Monate erfolgreiche Aufstand der Bauern und Wanderarbeiter im Pondoland (Transkei) war modellhaft für eine zukünftige Revolution in Südafrika.

In der Folgezeit wurden von verschiedenen Organisationen (ANC, PAC, UMSA) außerhalb Südafrikas Guerillakämpfer ausgebildet, die aufgrund der fehlenden Massenbasis aber keine Chancen hatten. Was man in Lee's Arbeit an dieser Stelle vermißt, ist wenigstens die Andeutung einer Methode, wie unter den konkreten südafrikanischen Verhältnissen eine derartige Massenbasis geschaffen werden kann. Offensichtlich glaubt er, daß diese Basis im Laufe des Kampfes geschaffen werden kann: "Das Beispiel anderer Revolutionen hat ... gezeigt, daß ... durch den organisierten revolutionären Kampf Bewußtseins- und Denkprozesse in Gang gesetzt werden können, die erst den Erfolg der bewaffneten Revolution und einen für die Masse der Bevölkerung gewaltlosen Prozeß der zum Sozialismus führenden Transformation der Gesellschaft ermöglichen helfen" (209).

In den folgenden Kapiteln untersucht Lee im Detail die Strategien und Aktionen der verschiedenen Organisationen, die sich seit 1910 gebildet hatten und insbesondere den Einfluß des Marxismus, vermittelt durch Trotzkismus und Stalinismus (93 ff), und die dadurch entstandenen Differenzen in der Land- und Nationalfrage (124 ff) und der Organisations- und Revolutionsfrage (167 ff). Er verschweigt dabei nicht seine Sympathie für die trotzkistisch beeinflußte UMSA.

Durch die gesamte Arbeit zieht sich als "roter Faden" eine konsequent marxistische Geschichtsauffassung, die die Klassenverhältnisse analysiert und die Geschichte als eine Geschichte der Bewußtwerdung der Unterdrückten begreift.

Die Arbeit steht damit im Gegensatz zu der psychologisierenden Auffassung Heribert Adams (2), der die Entwicklung Südafrikas als die Entwicklung der weißen Herrschaft begreift, auf die Organisation und Bewußtwerdung der Beherrschten kaum eingeht und logischerweise eine Überwindung oder Abschwächung der weißen Herrschaft nur durch dieser Herrschaft immanente Widersprüche oder durch eine Invasion von außen für möglich hält.



Fußnoten

1) Das Buch von Lee (240 S. kart.) ist für DM 7,50 beim iz3w gegen Vorauszahlung erhältlich. Best.-Nr. C 12
2) vgl. Heribert Adam, Südafrika, Soziologie einer Rassengesellschaft. Edition Suhrkamp, 1969 (DM 4,--) (Buchbericht in iz3w Nr. 1) sowie Heribert Adam, Einheimischer Kolonialismus: der Fall Südafrika, in: Das Argument 59, Nov. 70

gs

WAFFENHANDEL

Ein Buchbericht

Albrecht, Ulrich: Der Handel mit Waffen. Eingeleitet von Karl Friedrich von Weizsäcker. München (Carl Hanser Verlag) 1971, 216 Seiten, 35 Abbildungen, DM 27,--.

Schon Albrechts erste Feststellung zeigt, wie wichtig ein systematischer Überblick über das internationale Waffengeschäft heute ist: Zahl und Volumen der Transfers von Rüstungsgütern sind seit Anfang der sechziger Jahre rapide gewachsen. So nahm z.B. der Export der USA auf diesem Sektor zwischen 1957 und 1967 um das rund Zehnfache zu (1957: 1,20 Mrd. DM; 1967: 11,02 Mrd. DM; S. 7). Verkäufer sind fast ausschließlich die großen Industriestaaten (USA, England, Frankreich, BRD, UdSSR, Tschechoslowakei usw.), während in der Rolle von Käufern die Länder der Dritten Welt vermehrt auf den Plan getreten sind, obwohl die meisten "durch ihre bittere Armut auf alles andere als den Kauf von Waffen gewiesen" zu sein scheinen (S. 15; 1961 gingen 3 % der amerikanischen Rüstungsausfuhr in sogenannte Entwicklungsländer, 1968 bereits 32 %).

Daß die entwicklungsgestörten Länder sich Kriegsgerät für Summen verschaffen, die im krassen Mißverhältnis stehen zu ihren sozialen Problemen, deren Bewältigung hohe Ausgaben erfordert, wird bei uns zuweilen als Argument benutzt, um - nicht ohne kulturimperialistische Arroganz - die Unmündigkeit farbiger Völker unter Beweis zu stellen: Sie seien eben noch nicht reif dafür, ihre Ressourcen sinnvoll in Anspruch zu nehmen. Auf diese Weise wird ausschließlich den Afrikanern und Asiaten selbst die Verantwortung für ihre Misere zugeschoben, die vermeintlich nur durch Beistand und Beispiel der "hochentwickelten" Nationen Europas und Nordamerikas beendet werden kann. Nicht nur versteckter Wirtschafts- und Kulturimperialismus wird so legitimiert, sondern auch die direkte Kolonialherrschaft, soweit sie speziell im Falle Portugals in Afrika noch ausgeübt wird.

Obwohl es an keiner Stelle seines Buches explizit wird, entlarvt Albrecht diesen Argumentationszusammenhang als ideologisches Blendwerk. Er vermag nämlich zwingend zu zeigen, daß die entwicklungsgestörten Länder keineswegs gegen das, sondern im ökonomischen und politischen Interesse und sogar auf Veranlassung der industrialisierten Staaten (nicht nur privater Produzenten!) Kriegsausrüstungen erwerben. Dabei analysiert er mehrere Motive und Instrumente ihrer expansiven Waffenexportpolitik.

Zu den Motiven zählen die "economics of scale", die ökonomischen Vorteile also, die in der Größe liegen. Den Waffenproduzenten und ihren Regierungen ist vor allem deshalb an umfangreichem Export komplizierter Großgeräte (Flugzeuge, Panzer) gelegen, weil bei diesen Produkten mit verlängertem Produktionslauf eines Modells die Stückkosten sinken. Über den Gewinn hinaus, den Absatzsteigerungen ohnehin mit sich bringen, verspricht eine hohe Zahl verkaufter Aggregate daher erheblichen zusätzlichen Profit. Albrecht betont, daß die UdSSR, die seit einiger Zeit mit Vorliebe modernstes Gerät transferiert, ebenso wie westliche Exporteure an langen Produktionsläufen interessiert zu sein scheint. Neben Kostenersparnissen, die auch die Russen sich davon erhoffen, gibt er hier den Wunsch nach "dem fortwährenden Ausbau und Unterhalt möglichst umfangreicher Kapazitäten zur Erzeugung modernster Waffen" als Beweggrund an, der mit der Abkehr vom herkömmlichen Arsenalismus zusammenhängt (S. 73). Mit diesem Stichwort ist ein weiteres Motiv für das Interesse aller Industriestaaten an der expandierenden Waffenausfuhr genannt. Bestände zwar unmodern gewordener, aber in den Regionen der Dritten Welt durchaus noch verwendbarer Rüstungsgüter sind immer erneut abzustoßen, und zwar zu Preisen, die möglichst über dem Schrottwert liegen. An diesem Handel mit Altgeräten hat die BRD entscheidenden Anteil. Vor dem Hintergrund der genannten Motive ist es zum scharfen und sich ständig verschärfenden Wettbewerb der Industrienationen einschließlich des Ostblocks um Absatzmärkte gekommen.

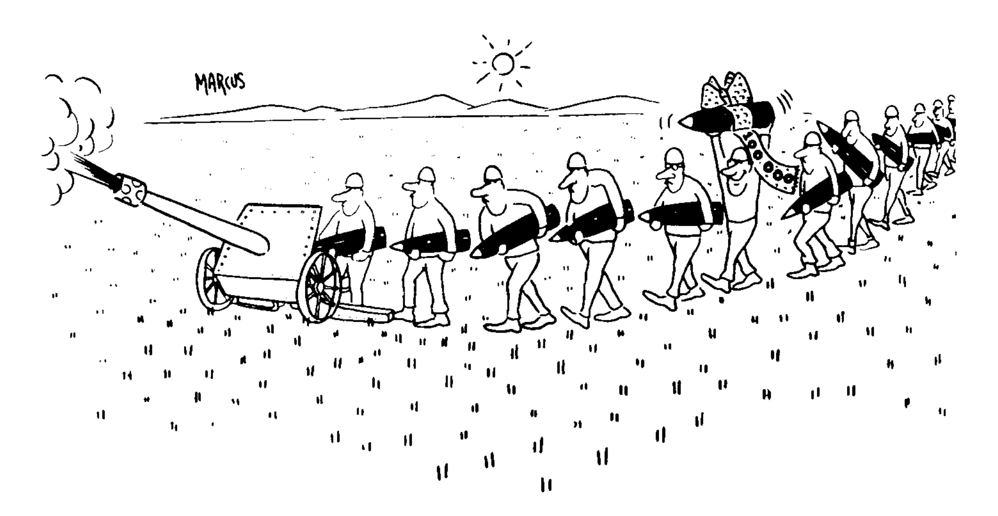
Ebenso wie die Motive ähneln sich bei den Industriestaaten auch die Instrumente dieses Wettbewerbs, die es erlauben, ein Maximum an Kriegs-

ausrüstungen in entwicklungsgestörte Länder zu exportieren. Bei der Analyse dieses Instrumentariums ist ein Punkt zu berücksichtigen, den Albrecht nicht erwähnt: Es darf als sicher gelten, daß bei den Regierungen vieler Völker der Dritten Welt eine grundsätzliche Bereitschaft zur Rüstung besteht, da die dünnen, parasitären Oberklassen, von denen die Regierungen in der Regel gestellt werden, aus den miserablen sozialen Verhältnissen ihren Nutzen ziehen und deshalb die Verteidigung des status quo gegen revoltierende, verändernde Gewalt der verarmten Massen vorzubereiten suchen. Der Wunsch nach Waffen dürfte allermeist eher solche innenpolitischen als irgendwelche außenpolitischen Gründe haben.

Albrecht exemplifiziert am Beispiel der USA, wie diese Bereitschaft von den Waffenexporteuren ausgenutzt und ausgeweitet wird. Die Amerikaner haben im Rahmen ihrer "militärischen Hilfsprogramme", über die sie rund 75 % ihrer Rüstungsexporte abwickeln (S. 100 f.), zunächst (veraltetes) Gerät verschenkt. Staaten der Dritten Welt, die sie auf diese Weise an sich gebunden hatten, überließen sie in der folgenden Phase der Militärhilfe Waffen zu weich konditionierten Krediten, schließlich traten dann regelrechte Barverkäufe harter kommerzieller Natur an deren Stelle. Es zeichnet sich heute ab, daß die "Hilfsprogramme" europäischer Staaten ähnliche Phasen durchlaufen und nach demselben Prinzip der "chinesischen Öllampe" funktionieren. Die Militärhilfe, häufig im Rahmen besonderer Beziehungen zwischen ehemaligen Kolonialmächten und ihren früheren Kolonien "gewährt" (Frankreich in Afrika!), erweist sich damit als unverzichtbares Instrument der waffenproduzierenden Länder, ihren Export zu stimulieren.

Die absatzfördernde Wirkung der Militärhilfe wird abgesichert und flankiert durch verschieden scharfe Sanktionen, die ergriffen werden, sobald ein entwicklungsgestörtes Land sich an neue Lieferanten wendet oder aus anderen Gründen nicht mehr die erwartete Menge von Rüstungsgütern bezieht. Restriktive Ersatzteilpolitik, die wegen der technischen Kompliziertheit und der damit verbundenen Reparaturanfälligkeit moderner Aggregate keinesfalls ignoriert werden kann, ist als relativ milde einzustufen. Die USA wendeten sie Mitte der sechziger Jahre gegen ihren SEATO-Bündnispartner Pakistan an, als dieser in der Volksrepublik China und in Frankreich Flugzeuge bestellte. Auf der nächsten Stufe der Härteskala steht die Kürzung von zivilen Hilfsprogrammen, die Peru prompt hinnehmen mußte, als es 1967 französische "Mirage 5" statt wie bisher amerikanische Jäger kaufte. Als schärfste Sanktion bleibt schließlich die Einmischung in innere Verhältnisse, die die USA im Falle einiger mittelamerikanischer Staaten (Dominikanische Republik) ebenfalls schon praktiziert haben.

Indem Albrecht also einerseits die ökonomischen und politischen Motive, andererseits die Methoden darstellt, die für den umfangreichen internationalen Waffenhandel und den Wettbewerb auf diesem Sektor charakteristisch sind, beschreibt und analysiert er einen Teil jenes Mechanismus, der die Völker der Dritten Welt in immer zwingendere Abhängigkeit von den Industrienationen und deren Profitinteressen geraten läßt und der verhindert, daß die sozialen Probleme jener Völker, Unterernährung, Krankheit, kultureller Verfall, auch nur einer bescheidenen Lösung zugeführt werden. Gleichzeitig entlarvt er zumindest die militärische "Entwicklungshilfe" als



ein Instrument der Ausbeutung, das mit hohem Pathos ideologisch verziert und verschleiert wird.

Während wir ihm darin zustimmen, merken wir seinem Buch zweierlei kritisch an. Albrecht interpretiert die Lieferung von altem oder inferiorem Kriegsgerät an verschiedenen Stellen seiner Arbeit als Diskriminierung entwicklungsgestörter Länder und setzt dabei voraus, daß der Besitz modernster Waffen im allgemeinen entwicklungsbeschleunigende Funktion hat (S. 140 ff.). Fast überflüssig, darauf hinzuweisen, daß modernste Geräte auch die teuersten sind, so daß die Staaten der Dritten Welt ihre Ressourcen durch entsprechende Anschaffungen am nachhaltigsten strapazieren müssen. Im übrigen ist es kaum noch strittig, daß Unterernährung, Krankheit und kultureller Verfall bei entwicklungsgehemmten Völkern nicht allein auf zurückgebliebenes technisches Niveau ihrer Produktionsmittel, sondern vor allem auf die privatwirtschaftlichen, auf das Individuum abgestellten Produktionsverhältnisse zurückzuführen sind, die mit den traditionalen Strukturen nicht in Einklang zu bringen sind. Eine Hebung des technischen Standards nützt solange wenig, wie die Ärmsten der Armen - und das ist die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung - nicht an der Steigerung des Sozialprodukt oder des Durchschnittseinkommens partizipieren können, die dadurch möglicherweise hervorgerufen wird. Rüstung jedenfalls verhindert tendenziell eine gleichmäßigere Verteilung dieser rein statistischen Größen, indem sie widerstrebende Gewalt der unteren Klassen präventiv vereitelt.

Unsere zweite kritische Bemerkung betrifft Stil und Anlage der Arbeit. Albrecht beschränkt sich weitgehend auf mühsam zusammengetragenes und recht übersichtlich präsentiertes Material, wobei er dem geneigten Leser überläßt, sich ein politisches Urteil zu bilden, während der weniger geneigte ohne weiteres an der Oberfläche der Fakten hängen bleiben darf. Das mag seine Verdienste haben in einem politischen Klima wie dem unseren, wo bereits Wörter wie "Profit", "Abhängigkeit" oder "Ausbeutung", die sicher nicht weniger Realitätsgehalt besitzen und sicher nicht weniger scharf definiert sind als "Demokratie" oder "Pluralität", negative Ressentiments wecken, weil sie nicht wertfrei sind. Dezidierte Kritik z.B. an der deutschen Rüstungsexportpolitik wird freilich nach der Lektüre von Albrechts Buch wieder nur der äußern, der mit entsprechenden Vorverständnissen bereits die Lektüre begonnen hat. Theorie, an die sich politische Praxis knüpfen soll, hätte eine deutlichere Sprache zu reden als Albrechts Text.

hpö

Tabelle 48: Das Militärhilfeprogramm der Bundesrepublik – regionale Gliederung –

Stand: 1.1.1970

A) Bilaterale Hilfe

Empfänger	Wert (Mill.DM)	Lieferungen, Art der Hilfe
Europa		
Griechenland (1)		Großgerät, Finanzhilfe
Portugal (2)		
Türkei (3)	50	Großgerät, Finanzhilfe
Afrika		
Äthiopien (4)	38	Ausrüstg. f. 4 Bataillone Feldpolizei
Ghana (4)	2	
Guinea (4)	43	Infrastrukturhilfe
Libyen (5)		Ausbildung von Luftwaffenpersonal
Madagaskar (6)	25	5 Küstenschutzboote
Marokko (7)	8	Lkw, Funkgerät
Niger (8)		
Nigeria (9)	100	Luftwaffengerät
Somalia (4)	14	Polizeiausrüstungen
Sudan (10)	120	Infanteriewaffen f. 6 Bataillone
Tansania (11)	40	Küstenwachboote
Tunesien (12)	4	
Asien		
Indien (13)	5	Winterkleidung f. 1 Division
Iran (14)	45	Modernisierung einer Waffenfabrik
Israel (15)	240	Großgerät aller Art
Jordanien (16)		1 Feldlazarett, gepanzerte Fahrzeuge
Saudi-Arabien (17)		Fallschirme

B) Multilaterale Hilfe

Empfänger	Wert (Mill.DM)	Lieferungen, Art der Hilfe
Kenia (18)	10	Waffenkäufe Kenias in England
Israel (15)		Waffenkäufe Israels in Frankreich und England

Anmerkungen:

1 1963 32 Mill.DM, 1965 36 Mill.DM (NZZ 10.11.64), 1968 18,4 Mill.DM, 1969 24,6 Mill.DM (Le Monde 17./18.3.1968)
2 Zahlen nicht veröffentlicht
3 NZZ 5.11.1966, die Zahl gibt das Jahresvolumen wieder
4 Wehrdienst Nr.222 vom 7.7.69
5 Wagner (210), S.225
6 Wie 6. und The Times 13.6.63
7 FAZ 11.3.68, 12.6.68, 22.6.68
8 Wagner (210), S.225
9 Der Spiegel Nr.46/1964, S.124
10 Zeitlin (215), S.42
11 Guardian 17.2.65
12 FAZ 12.6.68
13 The Times 13.6.63
14 FAZ 2.7.66
15 FAZ vom 12.2.65
16 FAZ 28.11.64, 9.2.65
17 FAZ 9.2.65
18 FAZ 20.6.66

In der Schweiz: Kein Lehrstuhl für die Dritte Welt

(Zur Disertation Antonin Wagners: "Steuerprobleme der Entwicklungsländer)

Für das Studium der besonderen Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer gibt es an Schweizer Universitäten keinen einzigen Lehrstuhl. Mit einigen nebenamtlichen Vorlesungen und Seminaren wird die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt «erledigt». Was an den benachbarten deutschen und französischen Universitäten bereits selbstverständlich ist, nämlich das intensive Studium der wirtschaftlichen Entwicklung Südamerikas, Afrikas und Asiens, halten die stark industrieausgerichteten Schweizer Universitäten noch für einen Luxus. Das «Südamerikanische Institut» in St. Gallen und das «Institut Africain» in Genf sind embryonale Anhängsel der örtlichen Hochschulen. An vielen Orten wird immer noch so getan, als ob die Wirtschaftstheorie der Industriestaaten ohne weiteres auch auf die Entwicklungsländer angewandt werden könne, ungeachtet der demographischen, sozialen und bestehenden wirtschaftlichen (Miss-) Verhältnisse, welche ganz andere Voraussetzungen schaf-

Kein Wort über Steuerflucht

Als etwas unglückliches Resultat dieses Hintergrundes muss zum Beispiel die Dissertation Antonin Wagners betrachtet werden, die soeben vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Universität Zürich veröffentlicht wurde. Sie trägt den weitgefassten Titel «Steuerprobleme der Entwicklungsländer». Nach dem Kapital über das Steuerproblem Nummer eins in den Entwicklungsländern, nämlich über die gewaltige Steuerflucht, sucht man aber vergeblich. Dabei ist heute allgemein anerkannt, dass die Fluchtgelder der eigentliche Fluch vieler armer Länder sind, deren reiche Oberschichten das dort bitter benötigte Kapital (oft via Schweizer Banken) im hochindustrialisierten Ausland anlegen.

Die Steuerflucht ist zweifellos eines der wichtigsten Steuerprobleme der Entwicklungsländer. Wagner gibt aber in seiner Doktorarbeit nicht einmal einen Grund an, warum er darüber kein Wort verliert.

Fragwürdige Hypothesen

Wagner geht in seiner Dissertation ausserdem von einigen fragwürdigen — in seiner Arbeit nicht begründeten — Arbeitshypothesen aus:

1. «Bevor das Einkommen gerechter verteilt werden kann, muss erst Einkommen entstehen... Das Sparproblem kommt vor dem Einkommensproblem.»

2. «Im Mittelpunkt aller entwicklungspolitischen Bemühungen steht deshalb das Problem der Finanzierung einer ausreichenden Kapitalbildung für Entwicklungsländer.»

Wagner ignoriert damit die Aussagen namhafter Experten der Entwicklungspolitik, nämlich dass zuerst die Einkommen besser verteilt werden müssten, um das volkswirtschaftliche Wachstum überhaupt zu ermöglichen. Die wirtschaftlichen Erfolge bleiben sonst beschränkt auf eine kleine Oberschicht.

Die herkömmliche Wirtschaftstheorie lehrt zwar, dass eine ungleiche Verteilung zu höherem Wachstum führen könne, weil die reichen Schichten viel sparten und investierten und so das Wachstum finanzierten. Die langjährige Erfahrung hat aber deutlich gezeigt, dass dies für Entwicklungsländer nicht zutrifft, weil die dortige Oberschicht ihre Ersparnisse und ihre Gewinne selten im eigenen Land produktiv investiert. Entweder verschwendet sie den Ueberschuss für Luxuskonsum und für unproduktive Investitionen (zum Beispiel das Horten von Gold) oder sie transferiert ihn über Schweizer und andere Banken ins Ausland. Das Wachstum im eigenen Lande wird dadurch alles andere als finanziert.

Wagners Vorschläge für eine Verbesserung der Steuersysteme in Entwicklungsländern sind noch aus einem anderen Grund nur sehr bedingt gültig: Seine Vorschläge setzten durchwegs eine privatwirtschaftlich-kapitalistische Wirtschaftsordnung in Entwicklungsländern voraus. Möglichkeiten in einer eher sozialistischen Ordnung (von der Art des heutigen Chile bis zur Art der Volksrepublik China) werden nicht diskutiert. Wagner schreibt als «Entwicklungsexperte, der nicht von einem sozialistischen Wirtschaftsmodell ausgeht». Es wäre immerhin zu bemerken, dass in China das Steuerproblem einigermassen gelöst ist. Das Land entwickelt sich (im Gegensatz etwa zu Indien) ohne jegliche ausländische Finanzhilfe

Sinnlose Steuererleichterungen

Infolge dieser Einschränkungen und fragwürdigen Hypothesen besteht für Wagner das Hauptproblem aus folgendem Dilemma: Einerseits muss der Staat die Steuereinnahmen maximieren, und andrerseits soll er durch seine Steuerabschöpfung die private Investitionstätigkeit möglichst nicht beeinträchtigen. Zur Kapitalbildung kämen zwei sich gegenseitig konkurrenzierende steuerpolitische Massnahmen in Frage: Budgetüberschüsse des Staates und steuerliche Begünstigung der privaten Spar- und Investitionstätigkeit.

Wagner kommt auf diese Weise folgerichtig zum Schluss, dass die «Anreizbesteuerung weder auf inländische, noch auf ausländische Investoren einen entscheidenden Einfluss» ausübt. Das «allgemeine politische Klima, die Sicherheit vor Enteignung, Rohstoffvorkommen, die Konvertibilität der Währung und die Grösse des Marktes» würden die Standortwahl eines Unternehmens mehr beeinflussen als irgendwelche steuerliche Erleichterungen. Steuervorteile spielten dann eine Rolle, wenn das Investitionsklima in verschiedenen, für die Standortwahl in Frage kommenden Ländern annähernd gleich sei. Im Pearson-Bericht werde den Entwicklungsländern zu Recht der Rat erteilt, sie sollten aufhören, sich mit Steuerkonzessionen gegenseitig zu überbieten. Sie verzichteten nämlich sonst sinnlos auf Steuereinnahmen.

Urs P. Gasche, Founex (VD)

Erklärung der Bischöfe Perus

Das peruanische Experiment

1. Die peruanische Kirche wirkt in einem Land, das einen entscheidenden Abschnitt seiner Geschichte durchlebt, wobei sich das Bestreben unseres Volkes bemerkbar macht, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Dieses Experiment mit seinen Erfolgen und zweifelhaft zu beurteilenden Ergebnissen ist ein Beitrag zur Formung einer Gemeinschaft der Nationen und der Kirchen in der Welt. Die Geschichte eines jeden Volkes ist gemeinsames Erbe einer solidarischen Geschichte der Menschheit im Erlösungsvorhaben Gottes.

Die Situation der Abhängigkeit

2. Wir teilen mit den Nationen der dritten Welt das Schicksal, Opfer von Systemen zu sein, die unsere wirtschaftlichen Reichtümer ausbeuten, unsere politischen Entscheidungen kontrollieren und uns die kulturelle Vorherrschaft ihrer Werte und ihrer Konsumzivilisation aufdrängen. Diese von den lateinamerikanischen Bischöfen in Medellin angeprangerte Situation bleibt bestehen und festigt sich aufgrund der internen Struktur unserer Länder, einer Struktur der wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ungleichheit, der politischen Perversion, die nicht dem Wohle aller, sondern einiger weniger dient.

Der Wille zum Wandel

3. Wir teilen mit diesen Ländern ebenfalls den Versuch einer Befreiung. In unserem Land entsteht aus der historischen Lage heraus ein Streben nach Befreiung in jeglicher Hinsicht. Dies ist das Ergebnis des Elends der marginalisierten Bevölkerung, ihres Zusammenschlusses zu solidarischen Verbänden und nicht zuletzt Ergebnis ihres Kampfes; es ist auch eine Folge der Interpretation unserer Wirklichkeit als Ausfluß der kapitalistischen Entwicklung der westlichen Gesellschaft, welche als Zentrum des Systems betrachtet wird. Diese Interpretation veranlaßt jene, die gegenwärtig die politische Macht innehaben, Maßnahmen zu treffen, die einen beginnenden Zusammenbruch der internen und externen Herrschaft bedeuten. Derartige Maßnahmen sind z.B. der Versuch, unsere natürlichen Reichtümer wieder in die Hand zu bekommen, den Rücktransfer von Kapitalien zu stoppen, den Devisenfluß wieder unter Kontrolle zu bringen. Das sind weiter: die Agrarreform, die Schaffung von Arbeits-Kollektiven, die Bildungsreform und eine allgemeine soziale Mobilmachung. Diese Maßnahmen zielen auf eine Wiederbetonung unserer Souveränität, auf eine bessere Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat, auf eine gerechtere Verteilung des Einkommens in den ländlichen Sektoren, auf ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Bezug auf Einkünfte, Geschäftsführung und Eigentumsbefugnisse in Unternehmen; sie zielen darauf ab, das Volk als treibende Kraft teilnehmen zu lassen an seiner eigenen Befreiung.

Ausländische Pressionen

4. Je mehr man sich um den Wandel bemüht, umso deutlicher präsentieren sich die Herrschaftsverhältnisse. Die herrschenden Kräfte von außen verstärken ihre Repressalien mit wirtschaftlichen Sanktionen auf dem Weltmarkt und über die Gewährung von Krediten und anderer Hilfe. Die Nachrichten-Agenturen und die Massenmedien, die unter der Kontrolle der Mächtigen stehen, verschweigen die Rechte der Schwachen und deformieren die Realität, indem sie die Informationen gemäß ihren Interessen gefiltert weitergeben.

Interne Pressionen

5. Der Widerstand gegen den Wandel macht sich auch im Inneren bemerkbar. Die dominierenden Gruppen kämpfen um die Erhaltung ihrer Privilegien. Sie ziehen das Kapital zurück, um den Wandlungsprozeß zu behindern, ohne sich im geringsten um die Menschen zu kümmern, die von Arbeitslosigkeit betroffen sein werden; die individualistische Wertordnung der Konsumgesellschaft bestimmt die zögernde Haltung der Mittelklasse; die unteren Schichten, durch eine lange Geschichte der Ausbeutung entfremdet, haben es schwer, den Sinn und die Regelung ihres Mitbestimmungsrechts zu begreifen; sie sind durch eine repressive Politik oder mit den wenig ehrbaren Machenschaften politischer Gruppen leicht zu verwirren. Diese Schichten lassen sich durch Werbung und Propaganda der Konsumgesellschaft zu falschen Vorstellungen (Illusionen) hinreißen und suchen oft über ein individuelles Fortkommen ihrer Umwelt zu entrinnen, anstatt sich mit den Brüdern ihrer Klasse zu solidarisieren und auf eine totale Volksbewegung hinzuarbeiten. Die Stellung der Christen ist zweideutig: die einen zeigen eine entschiedene Unterstützung der Änderungsmaßnahmen und verlangen sogar eine radikalere Durchführung derselben, während andere die Verteidigung ihrer Privilegien vom Glauben her zu rechtfertigen suchen; es fehlt ihnen der tiefere Einblick in die Solidarität, die ihre Wurzel im Evangelium hat.

Die Erfahrung der Kirche

6. Angesichts dieser Situation ergeben sich innerhalb der christlichen Gemeinschaft Parteinahmen zugunsten der Unterdrückten, indem man sich mit ihren Problemen, ihren Kämpfen und Bedürfnissen identifiziert. Viele Christen sehen sich zu einem Engagement ermutigt durch eine Theologie, die vom Glauben her diese Wirklichkeit als eine Situation des sich sündhaft Verschuldens und als eine Verneinung des Planes Gottes

interpretiert, und die zu einem Engagement für die Befreiung drängt, einfach als Antwort an den Herrn, der uns berufen hat, unsere Geschichte selbst zu gestalten. Die Kirche entdeckt so, daß sie durch ihre Präsenz unvermeidlich in die Politik verwickelt ist, und daß sie das Evangelium in einer Situation der Unterdrückung nicht verkünden kann, ohne die Gewissen mit der Botschaft des Befreiers Christus aufzurütteln. Sie sieht in der den Evangelisten gemäßen Armut den Ausdruck ihrer Solidarität mit den Unterdrückten und bezichtigt die unterdrückende Konsumgesellschaft der Schuldhaftigkeit gegen Gott, weil sie künstliche Bedürfnisse und überflüssigen Konsum schafft. Sie erkennt die Dringlichkeit, sich den Weltproblemen zu öffnen, um ihrer Mission treu zu bleiben. Wie in der Vergangenheit neigt die Kirche auch jetzt noch dazu, sich allein mit ihren eigenen internen Problemen zu beschäftigen. Sie läuft aber Gefahr, nicht ein Zeichen zu sein, wenn sie sich aus den Ängsten und Bedrängnissen der Menschen heraushielte.

Gerechtigkeit und Heiligkeit

7. Die Bischöfe sagen unter anderem, daß die Verwirklichung der Gerechtigkeit unter den Menschen das Kernstück der biblischen Botschaft ist. Gerechtigkeit üben heißt Gott kennen und somit ihn lieben (vergl. 1 Joh. 2, 29). Wenn es keine Gerechtigkeit unter den Menschen gibt, wird auch Gott nicht anerkannt. Deshalb sagt Medellin, daß dort, wo ungerechte soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheiten bestehen, auch das Geschenk des Friedens durch den Herrn abgelehnt wird, ja mehr noch, der Herr selbst abgelehnt wird. Die Gerechtigkeit, verstanden als Geschenk und Ausdruck der Heiligkeit des Herrn, ist das Fundament der sozialen Gerechtigkeit. Aber diese ist ihrerseits die notwendige und unersetzliche Antwort auf die erste. Der Kampf gegen die Ungerechtigkeit unter den Menschen bedeutet erst, dem Herrn gerecht zu werden. Die Liebe zu Gott und die Nächstenliebe sind untrennbar.

Befreiung und Erlösung

8. Die Schaffung einer gerechten Gesellschaftsordnung in Lateinamerika und in Peru bedeutet Befreiung aus der gegenwärtigen Situation der Abhängigkeit, der Unterdrückung und der Ausbeutung, in der die Mehrheit unserer Völker lebt. Die Befreiung wird einerseits einen Bruch mit alldem darstellen, was es dem Menschen unmöglich macht, sich als solcher zu verwirklichen, sei es persönlich oder gemeinschaftlich, und andererseits wird es die Errichtung einer neuen menschlicheren und brüderlicheren Gesellschaftsordnung bedeuten.
Die Erlösung durch Christus erschöpft sich nicht in der politischen Befreiung, sondern diese findet ihren Ort und ihre wahre Bedeutung in der totalen Befreiung, die in der Heiligen Schrift unermüdlich verkündet wird, und die den Menschen zu seiner Würde als Kind Gottes bringt. Ein Gottesvolk, das in allen Menschen den ganzen Menschen erweckt, ist das, was Gott will und worauf die Menschheit wartet.

Für die Kirche Perus bedeutet dies, sich auf die Seite der Unterdrückten und Unterprivilegierten zu stellen, als persönliches und gemeinsames Engagement. Diese Entscheidung schließt keinen Menschen von unserer Liebe aus. Uns für die Unterdrückten zu entscheiden, ist für uns eine wirksame Art der Liebe zu denen, die, vielleicht unbewußt, unterdrückt sind, gerade deswegen weil sie unterdrücken.

Teilnahme am Befreiungsprozeß

9. Der Mensch muß Urheber seines eigenen Schicksals sein, verantwortlich gegenüber der Geschichte, Schöpfe seiner eigenen Kultur und Zivilisation, was besonders im gegenwärtigen soziopolitischen Wandel äußerst dringlich ist .
Das bedeutet, daß das Volk eine reelle und direkte Teil habe an der revolutionären Aktion gegen die Unterdrückungsstrukturen haben muß. Diese Teilnahme wird sich äußern in einem kritischen Bewußtsein und in schöpferischer Aktivität. Dies fordert die Existenz von Kanälen für die Teilnahme an Entscheidungen. Nur so wird man den Schein einer Formaldemokratie vermeiden, die eine ungerechte Situation zudeckt: Tatsächlich, wenn es neben den Gesetzen keinen tieferen Sinn für Dienstbereitschaft und Respekt dem Nächsten gegenüber gibt, könnte sogar die Gleichheit vor dem Gesetz harter Diskriminierung, Ausbeutung, effektivem Betrug dienen.
Diese Teilnahme darf nicht haltmachen an den Grenzen eines Gesetzes und den Befugnissen der Regierung, obwohl diese dafür gedacht waren, die Teilnahme zu ermöglichen. Denn man soll vermeiden, daß die Teilnahme des Volkes sich nur in einer vorbestimmten Richtung oder unter einer vorherbestimmten politischen Führung vollzieht. Es soll ein schöpferischer und autonomer Prozeß sein.
Andererseits gibt es keine politische Teilnahme ohne ökonomische Teilnahme. Deswegen müssen wir feststellen, daß die Arbeit das Recht besitzen muß, über die Güter auf grundlegende und legale Weise zu verfügen. Dies bringt uns eine neue und wirklich humane Konzeption des ökonomischen Prozesses und bedeutet eine Überwindung des kapitalistischen Modells, in dem das Kapital privilegiert war und die Arbeit als reine Ware betrachtet wurde.

Als Konsequenz dieser Auffassung von Arbeit ist es nötig, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu überwinden und ein Gemeineigentum zu schaffen, das auf wirksamere Weise der Bedeutung der menschlichen Arbeit Rechnung trägt und auch der allgemeinen Bestimmung der Güter. Denn Gott der Schöpfer hat die Güter allen Menschen zugedacht. Mehr noch: Die Führung der Unternehmen soll Sache all derer sein, die in diesen arbeiten, als besondere Form der Mobilisierung und der sozialen Teilnahme. Man soll nicht nur die Vorherrschaft des Kapitals über die Arbeit vermeiden, sondern mögliche Manipulation von der Seite der Direktoren oder der Unternehmer, und man soll auch die Solidarität den Arbeitsgenossen gegenüber fördern, die in weniger rentablen Unternehmen arbeiten und man soll auch im Interesse des Landes arbeiten.

Eine neue Gesellschaft

1o. Das Gesagte und die Erfahrung unseres Volkes führt zu einer Ablehnung des Kapitalismus, sowohl in seiner wirtschaftlichen Form als auch in seiner ideologischen Ausprägung, die dem Individualismus huldigt, dem Wucher und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Deswegen soll man sich bemühen um die Schaffung einer qualitativ anderen Gesellschaft. Darunter verstehen wir eine Gesellschaft, in der Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit herrschen, und das als Antwort auf das Streben und die Suche nach einer gerechteren Gesellschaft. Aber damit eine solche Gesellschaft entsteht, ist es notwendig, daß die Erziehung des ganzen Volkes in sozialem und gemeinschaftlichem Sinne erfolgt, allumfassend bezogen auf Kultur, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Eine Erziehung, so verstanden, führt zur Schöpfung eines neuen Menschen und einer neuen Gesellschaft: Ein sozialer Mensch und eine Gesellschaft als Gemeinschaft, in der Demokratie lebendig ist, auf der Basis einer wirksamen politischen Partizipation der gesellschaftlichen Mitglieder, auf der Basis des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln, auf der Basis einer menschlichen Auffassung und Anwendung von Arbeit, auf der Basis der Unterordnung des Kapitals unter die Notwendigkeiten der ganzen Gesellschaft. Die Bischöfe lehnen allerdings gewisse historische Sozialismen ab wegen ihres Bürokratismus, ihres Totalitarismus oder wegen ihres militanten Atheismus.

11. Angesichts der ungerechten Situation, die sich auch allgemein in den Erziehungssystemen der Dritten Welt (insbesondere aber in Lateinamerika) widerspiegelt, Erziehungssysteme, die ihrem Klassencharakter nach abhängige, individualistische und passive Wesen heranbilden, schlagen wir vor, die Kirche möge dieser Art von Erziehung begegnen und noch Mittel und Wege suchen für ein den Menschen befreiendes Erziehungssystem.

12. Angesichts der ungerechten Situation, in der sich eine große Zahl von ethnischen Gruppen, den sog. Indianern oder Eingeborenen, befindet, denen unter Vorenthaltung aller Menschenrechte eine Behandlung widerfuhr, die zu einer großen Gefahr für ihr kulturelles und sogar biologisches Überleben geworden ist, schlagen wir vor, daß die Kirche die Zuerkennung von Grundrechten für sie fordere:
a. indem sie sich zu der Realität der Existenz von Eingeborenengruppen bekennt und den höchsten Respekt vor ihrer Kultur zeigt, was bedeutet: Recht auf gesetzliche Anerkennung als Person und als soziale Gruppe; Recht auf Besitz der Ländereien, die sie benötigen und die sie seit urdenklichen Zeiten bewohnen; das Recht menschenwürdig zu leben und das Recht "verschieden" zu sein.
b. schlagen wir vor, es zur Pflicht der Kirche zu machen, die Werte dieser ethnischen Gruppen, die die Anwesenheit Gottes und Christus in der Geschichte verkörpern, zu entdecken, kennen und schätzen zu lernen.
c. schlagen wir vor, daß die Kirche die Überzeugung vertrete, daß es ihre vornehmliche Pflicht ist, Gerechtigkeit gegenüber den Eingeborenen zu realisieren, als einzige Basis der Wahrheit, der Liebe und des Friedens der Botschaft: Christus.

13. Da Regierungen gebildet werden, die versuchen, in ihren Ländern eine gerechtere und menschlichere Gesellschaftsordnung einzuführen,
schlagen wir vor, daß die Kirche sich verpflichte, diese zu unterstützen, indem sie dazu beiträgt, Vorurteile abzubauen, indem sie ihre Bemühungen gutheißt und sie ermutigt bei der Suche eines eigenen Weges hin zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit humanistischem und christlichem Inhalt, indem sie weiter die Rechtmäßigkeit von Enteignung von Gütern und Reichtümern anerkennt, wenn deren Besitz dem Lande großen Schaden zufügt, aber auch dann, wenn die ungerechte Anhäufung von Reichtum sich innerhalb eines gesetzlich legalen Rahmens vollzieht.

14. Angesichts der repressiven Politik jeglicher Regierung und besonders derer, die im Namen der christlichen Zivilisation Gewalt anwenden einschließlich der Folter von Menschen, die für die Befreiung ihres Volkes kämpfen,
schlagen wir vor, daß die Kirche diese repressiven Methoden verurteile und das Recht jener Menschen anerkenne, für die Gerechtigkeit zu kämpfen und daß sie ihre Solidarität mit deren Idealen bekunde, auch wenn sie nicht immer ihre Vorgangsweisen gutheißen kann.

15. Angesichts der Lage, in der sich die Länder befinden, die, weil sie für ihre Autonomie kämpfen und demzufolge ausländische Privatinvestitionen ihren politischen und nationalen Zielen unterordnen müssen, in ihrer Entwicklung dadurch gehindert werden, daß die entwickelten Nationen ihr Kapital aus ihnen abziehen, was die Schaffung neuer Arbeitsplätze unmöglich macht und Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit verursacht.
schlagen wir vor, die Kirche möge einen solchen Kapitalabzug als Verrat an der Idee menschlicher Brüderlichkeit anprangern und sich dabei der internationalen Foren bedienen, um diesen Protest hörbar zu machen.
Ebenfalls schlagen wir vor, daß die Synode die Pseudoneutralität jener Länder anprangere, die durch ihr Banken-System die Flucht, die Häufung und den Schutz der Kapitalien begünstigen, und die eine Politik betreiben, die die Länder wie die unseren verarmen läßt. Gleichermaßen schlagen wir vor, daß die nationalen Kirchen der mächtigen Länder bewußt wer-

den, daß ihr Handeln oder Nicht-Handeln ein Faktor in dem Spiel ist, das ihre Länder als die Herrschenden mit den anderen Völkern treiben. Wir fordern deshalb, daß sie sich nach besten Kräften gegen diese Situation wehren: indem sie diesen Zustand anprangern und ihren sozialen und moralischen Einfluß geltend machen zu dessen Überwindung, zum Beispiel, indem sie den Verkauf von Waffen an Länder der Dritten Welt aufdecken oder auch die Willkür aufzeigen, mit der die internationalen Kredite vergeben werden.

16, Da es nicht nur ungerecht ist, sondern auch ein Verstoß gegen den Willen Gottes sein muß, Millionen Menschen in einer untermenschlichen Situation leben zu lassen, während zugleich ungeheuere ökonomische Mittel für einen unbegrenzten Rüstungswettlauf aufgewendet werden, mit dem Ziel, internationale Machtstellungen zu halten (eine Situation, die noch durch die nukleare Rüstung verschärft wird), was nicht nur materielle Verschwendung ist und Kriegs-Gefahr darstellt, sondern auch schon infolge der Atomversuche Schäden an den Menschen hervorgerufen hat, schlagen wir vor, daß die Weltkirche diesen Zustand im allgemeinen, sowie auch in konkreten Fällen, in denen Waffen von den mächtigen Ländern zur Anwendung gebracht werden, und die armen Länder zu unterdrücken, mit Entschiedenheit verurteilt.

17. Da angesichts der Eroberung des Weltraums, (ohne daß dabei übersehen werden soll, daß diese Eroberung einen großen technologischen Fortschritt bedeuten kann) mit Sorgen festzustellen ist, daß sich diese Eroberung in Form einer politischen Konkurrenz entwickelt, bei der der ökonomische Aufwand sich unnötig verdoppelt und auch die Gefahr zu erkennen ist, daß dieser technologische Fortschritt zur massiven Vernichtung der Menschheit eingesetzt werden könnte oder zur Vergrößerung des internationalen Machtgefälles einschließlich einer Verschärfung der Unterdrückung mißbraucht werden könnte, schlagen wir vor, die Weltkirche soll verlangen, daß die am Wettlauf um die Eroberung des Weltraums beteiligten Mächte ihre Anstrengungen integrieren und fordern, daß neu gewonnene Erkenntnisse zum Wohle der ganzen Menschheit verwandt werden.

18. Wir unterstützen und ermutigen die Christen, die uns ein klares Engagement für die unteren Schichten vorleben und deren Probleme, deren Kampf und deren Hoffnungen zu ihren eigenen machen. Angesichts des strukturellen Wandels in unserer Nation sagen wir, daß alle notwendigerweise Verzicht üben müssen, denn es ist nur möglich, mit moralischer Autorität Opfer zu fordern, wenn man selbst ein Beispiel für Verzicht gibt.

19. Angesichts der manipulationsbereiten und entpersonalisierten Mentalität vieler Funktionäre und Beamter, besonders in der Provinz, weisen wir darauf hin, daß diese Einstellungen nicht nur der Verwirklichung von Gerechtigkeit, sondern auch den derzeitigen Anstrengungen, die alten Strukturen aufzubrechen, um eine neue Gesellschaft aufzubauen, entgegenstehen. Nachlässigkeit, Routine und fehlender Idealismus bedeuten das gleiche.

2o. Angesichts der Haltung der direkt gewählten Volksvertreter, die mehr Wert darauf legen, die Kritik an den inneren Widersprüchen, die jedem Wandlungsprozeß eigen sind, zu unterdrücken, als die Berechtigung solcher Kritik zu prüfen, halten wir es für angebracht, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, zu einer neuen Einstellung zur Autorität zu kommen und neue Formen der Autoritätsausübung zu finden.

21. Angesichts der rassischen und kulturellen Diskriminierung, unter der unsere Landbevölkerung immer noch leidet, und angesichts der marginalen Rolle besonders in der Sierra, müssen wir darauf hinweisen, daß wir alle Menschen sind, Kinder des selben Vaters, zu der selben Befreiung und Erlösung bestimmt.

22. Angesichts der Resultate einer Agrarreform, die, auch wenn sie versucht, eine gerechte Antwort zu finden, im Begriff ist, ungerechte Gegebenheiten zu schaffen, wie beispielsweise in der Verteilung von Ländereien ausschließlich an Arbeiter, die vor dem Zeitpunkt der Reform auf dem zur Verteilung kommenden Land arbeiteten, was große Unterschiede zwischen den neuen Besitzern in reichen und in armen Landstrichen verursacht, und große Teile der Landbevölkerung, die nicht den Status von Landarbeitern haben, leerausgehen läßt,
schlagen wir vor, dieses Problem für den Verteilungsmodus von Land in der Weise in Betracht zu ziehen, daß man nach Formen des Eigentums sucht, die einem möglichst großen Teil des Campesinos zu gute kommen. Man soll ebenfalls die soziale Bestimmung des Eigentums betonen, indem man legale Vorkehrungen trifft, die der Gesellschaft den größtmöglichsten Nutzen sichern.

23. Man hat die Comunidades laborales (Einheitsgewerkschaften) gebildet, um die Interessen des Kapitals und der Arbeit in den kapitalistischen Unternehmen zur Deckung zu bringen. Man entschied sich in diesem Zusammenhang, die Arbeiter an der Verwaltung und am Eigentum an den Produktionsmitteln zu beteiligen. Solche Neuerungen sind auf Entscheidungen der Regierung über den Kopf der Arbeiter hinweg also des Personenkreises, von dem erwartet wird, daß er von dieser Regelung Gebrauch macht und weil die von der Regierung verfügten Mitspracherechte der Arbeiter sich so radikal von ihren bisherigen Erfahrungen unterscheiden, weiß er sich dieser Möglichkeiten nicht zu bedienen, was Frustration unvermeidlich macht.
Es ist deshalb an der Zeit, eine neue Definition der Rolle der Arbeiter und der Unternehmer zu finden in einem Wandlungsprozeß, der, weil er offen ist,

geeignet ist, Prozesse in Gang zu setzen, deren Dynamik zu einer völligen Aufwertung der menschlichen Arbeit in der neuen Gesellschaft führt.

(aus dem Spanischen übersetzt von
Senida Monge und Gottfried Walcher)

Diesem ersten Teil des von der peruanischen Bischofskonferenz verabschiedeten Papiers ·lolgt noch ein 5-seitiger zweiter Hauptteil, der zum einen eine Anzahl theologischer Herleitungen für das bereits in Punkt 1 - 23 Gesagte liefert und einige an die Kirche gerichteten Forderungen unter Bezug auf Peru näher expliziert. Hinzugefügt ist dem Papier noch ein Bericht über Verfolgung und Ausrottung der Indianer in Peru, verfaßt von Priestern, die im Urwald am Osthang der Anden tätig waren. Während dieser Anhang vermutlich in der folgenden Nummer der "blätter" abgedruckt wird, wird der genannte 2. Hauptteil, weil von mehr speziellem Interesse, vom iz3w in der Dokumentationsreihe als paper herausgegeben (zusammen mit dem bereits abgedruckten Text und Anhang) kann ab Januar beim iz3w bestellt werden.

RECOMPENSA

buscado por subversión, asociación para delinquir y conspirar contra el gobierno establecido.



JESUCRISTO

viste pobremente, obrero, mal alimentado, con ideas foráneas, asociado a gente común, desocupados. alias: "el príncipe de la paz, la luz del mundo", etc. señas: barba y pelo largo, heridas en manos y pies producidas por ciudadanos respetables, dirigidos por autoridades legales.

Bolivianische Jugendgruppen verteilten in ihrem Land diese Plakate.
Die Übersetzung lautet:
"Belohnung
Gesucht wegen Subversion und Verschwörung gegen die Obrigkeit.
Jesus Christus
Armseliges Aussehen, Arbeiter, unterernährt, mit fremden Ideen, verbündet mit dem gemeinen Volk und Arbeitslosen, alias: 'Fürst des Friedens, Licht der Welt', usw.
Kennzeichen: Bart und langes Haar, Wunden an Händen und Füßen, verursacht von respektablen Bürgern auf Befehl der legalen Obrigkeit."

AM BEISPIEL ANGELA DAVIS

Oskar Negt: Freiheit für Angela Davis! Lothar Menne: Die Schule der schwarzen Nation - Der Prozeß gegen Angela Davis ist ein Prozess gegen das Justivsystem der USA Detlev Claussen: Die Irrationalität des US - Kapitalismus - zu einigen Problemen der amerikanischen Linken Herbert Marcuse: Freiheit beginnt mit Befreiung! Angela Davis: Schwarzer Befreiungskampf und politische Gefangene - Die Realtiät der Unterdrückung George Jackson: Einheitsfront
Vorwort von Ernst Bloch

Seit einem Jahr ist Angela Davis in Haft. Seit einem Jahr wird ihr Prozess von einem Termin zum nächsten Verschoben. Seit ienem Jahr weigern sich die Justizbehörden, Angela Davis gegen Kaution freizulassen. Mit der Schrift "Am Beispiel Angela Davis" will das Solidaritätskomitee aufklären und jede Form der Unterstützung einleiten.

Stückpreis 2,5o DM
(Bestellungen sind mit der beiligenden Paperliste des Verlags 2ooo möglich)

Lieder aus den Befreiten Gebieten in den portugiesisc en Gebieten.
17 cm - Schallplatte , herausgegeben vom Komitee für die Befreiung der Völker der portugiesischen Kolonien , Paris

bestellbar beim iz3w, Freiburg Preis DM 10,-

Türkischer Kulturverein
(Türk Kültür Birligi)

c/o Ülkü Gürkan
6 Frankfurt/Main
Kronbergerstr. 30

20. Oktober 1971

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Am 9. Oktober 1971 sind in Ankara 18 junge Türken (Durchschnittsalter 24 Jahre) vom Militärgericht Nr. 1 wegen oppositioneller Aktivität zum Tode verurteilt worden.

Was war geschehen?

Am 12. März 1971 stürzte das türkische Militär die reaktionäre Regierung Demirel mit der Begründung, daß diese die in der Verfassung vorgesehenen sozialen Reformen nicht durchführe. Das Militär berief sich auf die türkische Verfassung, in deren Präambel es ausdrücklich heißt, daß die Bürger selbst über die Verwirklichung der in der Verfassung festgelegten Rechte zu wachen hätten.

Gerade die demokratischen Kräfte der Türkei kämpfen seit langem dafür, den demokratischen Anspruch der türkischen Verfassung in der Türkei zur Realität werden zu lassen. Hierbei berufen sie sich auf die gleiche Präambel der gleichen Verfassung wie das Militär.

Das Militär hat jedoch sein Versprechen vom März 1971 nicht gehalten. Die von den Generalen eingesetzte Regierung hat nichts unternommen, um die versprochenen - seit Jahrzehnten überfälligen Sozialreformen (Landreform, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Analphabetentums, usw.) - endlich in Angriff zu nehmen; anstatt für eine Durchsetzung der demokratisch -rechtstaatlichen Normen der Verfassung von 1961 zu sorgen, hat sie diese Normen durch Verfassungsänderungen im Gegenteil bereits weitgehend außer Kraft gesetzt. Alle auf dem Boden dieser Verfassung stehenden demokratischen

Kräfte werden von Polizei und Justiz mit Mitteln des physischen Terrors unterdrückt.

Die Militärdiktatur von Ankara will mit den Todesurteilen vom 9. Oktober ihre wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten überdecken. Diese Urteile sollen dazu dienen, die demokratische Opposition, die in der unzufriedenen Bevölkerung - bei den Arbeitern, Bauern und Intellektuellen wachsenden Anklang findet, durch brutalen Terror einzuschüchtern.

Über die bereits gefällten Todesurteile hinaus sind an verschiedenen Militärgerichten in Ankara und Istanbul über 50 weitere Todesurteile gefordert worden. Die 18 Todesurteile vom Oktober sind lediglich der Anfang einer umfassenden Terrorwelle, die sich gegen alle demokratischen Kräfte der Türkei richtet.

Es muß unverzüglich gehandelt werden, da anzunehmen ist, daß die Militärdiktatur versuchen wird, durch eine schnelle Vollstreckung der Todesurteile vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die von den Militärgerichten bereits gefällten und noch geplanten Todesurteile stellen einen Akt der politischen Barbarei dar, sie sind dazu bestimmt, die Forderungen des türkischen Volkes nach Demokratie und sozialem Fortschritt zum Schweigen zu bringen. Sie sind zutiefst illegal, weil

- nach internationalem Recht eine Tat nicht von einer Institution abgeurteilt werden kann, die (wie dies bei den Militärgerichten der Fall ist) erst nach dieser Tat eingerichtet worden ist;
- nach der türkischen Verfassung (Art. 32) nur ordentliche Gerichte zulässig sind, deren Unabhängigkeit außer Zweifel steht (Art. 7) und die keinem politischen Druck unterliegen (Art. 132).

Wir bitten Sie, durch Ihren Protest beim türkischen Staatspräsidenten mit dazu beizutragen, die Vollstreckung der Todesurteile zu verhindern.

Türkischer Kulturverein
Frankfurt
gez.: i.A. Ü. Gürhan

Der Türkische Kulturverein wird das angefügte Protestschreiben mit den Namen der Unterzeichner an den Präsidenten der Türkischen Republik weiterleiten. Bitte senden Sie uns umgehend Ihre Unterschrift zu.

